

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 13. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Teuerung und Kapitalismus.

Es ist noch nicht lange her, seit der Chor derer gar laut erklingen, die den Kapitalismus ob der Fülle reichen Segens priesen, welche er den Arbeitern bringe; gestatte er ihnen doch, in unauffälligem Aufstieg sich höhere Löhne, höhere Lebenshaltung zu erringen, räume er doch der ganzen Klasse einen stetig wachsenden Einfluß auf die Politik ein, erleichtere er es doch durch die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte, die die Erzeugungskosten und damit auch die Preise senkten, dem Proletariat die Erreichung seiner Wünsche. So sprachen sie, und auch in unsere Reihen drang davon ein Widerhall.

Ein Märchen aus uralten Zeiten: so klingt uns heute. Stück um Stück ist in das Grab gesunken, was dieser Auffassung Stütze war. Feitgefügte Unternehmerverbände erschweren den gewerkschaftlichen Kampf; ein Knecht der besitzenden Klassen ist der Staat, heute wie ehemals; an die Stelle der niedrigen Warenpreise ist eine Teuerung getreten, die die Erfolge der Gewerkschaften illusorisch macht, ja, breite Schichten mit Verelendung bedroht. Und diese Tatsache, die heimtückisch den Arbeitern den durch Lohnbewegungen erzielten Erfolg hinterher aus der Hand windet, läßt deutlicher als die anderen erkennen, daß dem Ringen der Arbeiter um größeren Anteil an der Kultur innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gar enge Grenzen gesetzt sind, die nur mit dem Kapitalismus selbst beseitigt werden können.

Der kapitalistischen Produktion unmittelbar entspringende und durch die staatliche Wirtschaftspolitik herbeigeführte Ursachen sind es, die die Preissteigerung der Lebensmittel und Industrieprodukte erzeugt haben. Wir wollen zunächst jene, die gewöhnlich im gesamten Umkreis der kapitalistischen Produktion gleichartig wirksam sind, untersuchen.

Steigt die Nachfrage nach einer Ware schneller als ihr Angebot, so steigt auch ihr Preis; so lange bis die dadurch bewirkte Steigerung der Produktion den Preis wieder auf sein früheres Niveau herabdrückt. Wird aber diese Mehrproduktion aus irgend welchen Ursachen gehemmt oder läßt sie sich nur mit erhöhten Produktionskosten durchführen, so bleibt der Preis dauernd höher als er früher gewesen ist. Diese Verhältnisse finden wir insbesondere auf dem Getreidemarkt wirksam. Getreide ist ein Welt handelsartikel geworden; eine Reihe von Produktionsgebieten beteiligt sich an der Beschaffung des Marktes, eine Reihe von Ländern entnimmt dem Weltmarkt die für ihren Bedarf notwendigen Mengen und so hat sich auch ein Weltmarktpreis gebildet, der dort zu suchen ist, wo er nicht durch das Eingreifen des Staates verändert wird, also vor allem in England. Der Preis für die Tonne Weizen betrug in England

im Durchschnitt der Jahre	Mark
1891-1895	119,72
1896-1900	130,12
1901-1905	131,0
1906-1909	150,25

Der Weltmarktpreis ist also ziemlich schnell gestiegen. Zahlreiche Ursachen haben sich zusammengesetzt, um diese Wirkung hervorzurufen. Zunächst wird die Industrialisierung der alten kapitalistischen Staaten immer stärker; ein immer geringerer Teil ihres Getreidebedarfs kann von der heimischen Landwirtschaft gedeckt werden. So steigt ihre Nachfrage auf dem Weltgetreidemarkt. Neben den alten entstehen aber auch neue Getreidekäufer. „Europäisches Kapital“, sagt Otto Bauer in seiner sehr empfehlenswerten Schrift über „Die Teuerung“, wirkt in überseeischen Ländern. Es entwickelt dort neue Produktionszweige. Es zieht gewaltige Arbeiterheere zusammen. Es hebt die Kaufkraft der Länder, die es befruchtet. Sie treten nun als Getreidekäufer auf den Weltmarkt. . . Südafrika muß heute bereits beträchtliche Mengen Weizen einführen. Brasilien wird zum Kaffeelieferanten der Welt; seinen Weizenbedarf deckt es durch die Zufuhr aus dem Ausland. . . Der Export des Kapitals, das die Weltwirtschaft industrialisiert, treibt die Getreidepreise in die Höhe.“

Auf der anderen Seite wird das Angebot an Getreide für den Weltmarkt durch die Industrialisierung der Vereinigten Staaten von Amerika eingeschränkt. Je mehr die Ernte im eigenen Land verzehrt wird, desto geringer ist der Teil, den Nordamerika den alten und neuen Industrieländern zur Verfügung stellen kann. So wurden während der Jahre 1895/96-1899/1900 durchschnittlich 98,6 Millionen Metertonnen exportiert, in den Bischofsjahren 1900/01-1905/06 63,4, im Jahre 1906/07 59,7 und 1907/08 42,1 Millionen. Eine größere Produktion in Nordamerika ist aber nur bei höheren Kosten möglich, setzt also hohe Preise voraus und vermag sie nicht zu beseitigen.

Die gesteigerte Zufuhr anderer Länder (Argentinien, Kanada) vermag diesen Ausfall nicht völlig wettzumachen. Denn die Neubefriedelung des Bodens - die wichtige Voraussetzung erhöhten Ertrages in jenen Ländern - kann verhältnismäßig nur langsam vor sich gehen. Die Auswanderung der Menschen kann die Getreideländer nicht so schnell entwickeln, wie das Zufließen des Kapitals, das Wachstum der Industrie den Getreidebedarf der Einfuhrländer steigert.

So steigt der Getreidepreis auf dem Weltmarkt, damit aber auch der deutsche Getreidepreis, denn dieser wird durch jenen in seinen Schwankungen mitbestimmt.

Wesentliche Ursachen verteuern heute die Rohstoffe der Industrie. Besonders deutlich zeigt sich dies auf dem Baumwollmarkt. Die Textilindustrie ist sehr leicht erweiterungsfähig und auch in solchen Ländern zu betreiben, die der Kapitalismus erst zu erobern beginnt. So hat sie sich im letzten Jahrzehnt überaus rasch ausgedehnt; die Zahl der Baumwollspindeln stieg in den Jahren 1900-1909 in der ganzen Welt von 105,7 auf 133,4 Millionen. Die Erzeugung von Baumwolle ist bei weitem nicht im gleichen Verhältnis gesteigert worden. So stieg der Preis enorm: von 1900-1910 auf das Doppelte. Die Folge ist natürlich eine Verteuerung der Baumwollgarne und -gewebe oder, wo es den Fabrikanten nicht möglich ist, die erhöhten Kosten ganz auf die Konsumenten zu überwälzen, Einschränkung der Produktion, Arbeitslosigkeit.

Wie für die Baumwolle, so mußte aus gleichen Gründen in den letzten Jahren für Wolle, Häute, Holz, Kautschuk, die meisten Metalle mehr bezahlt werden; so stiegen auch die Preise der aus ihnen gefertigten Fabrikate.

Diese Preissteigerungen aber weisen auf einen Grundgedanken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hin. Denn ihre Ursache ist, daß die Produktionszweige sich in ungleichem Tempo ausdehnen, dieser rascher, jener langsamer. Dies aber entspringt dem Wesen des Kapitalismus, der dem Privatkapitalisten die Entscheidung darüber zuschiebt, wo er sein Kapital anlegen will. So kann es sich hinterher herausstellen, daß dieser Produktionszweig zu rasch vergrößert, jener zu langsam ausgedehnt worden ist. Der oft irigen Meinung Einzelner ist die Ausdehnung der Produktion ausgeliefert. Diese Anarchie der Produktion ist unlösbar mit dem Privateigentum verbunden. Wer jene Ursache der Teuerung auf die Dauer ausschalten will, muß für den Sozialismus kämpfen, der die ganze Gesellschaft zur Herrin der Produktion machen wird.

Die Regellosigkeit der Produktion trifft auch den Unternehmer; er leidet darunter, wenn der Konkurrenzkampf seine Gewinne beschränkt, wenn die Krise den Wettbewerb verschärft. So sucht er auf seine Weise, zu seinem Vorteil diesen Zustand zu beseitigen. Die Konkurrenz soll beseitigt, ein gemeinsames Vorgehen auf dem Warenmarkt hergestellt werden.

Die Mittel zu diesem Zweck sind Kartelle und Trusts. Die Unternehmer beginnen damit, die Preise gemeinsam festzusetzen, kontingentieren dann die Produktion, verteilen die Absatzgebiete untereinander, lassen endlich den Absatz sämtlicher kartellierter Unternehmungen von einem gemeinsamen Verkaufsbureau vermitteln. In einem Trust endlich werden die Unternehmungen ihrer Selbstständigkeit entkleidet und einheitlich, von einer Spitze aus geleitet. Und nun, nachdem der Preisregulator der Konkurrenz beseitigt ist, wenden sich die kartellierten Kapitalisten gegen den Verbraucher. Er muß nun Kartellpreise bezahlen, höhere Preise, als er früher dem unartikellierten Unternehmer gezahlt hatte. Die Kartelle verhindern aber auch, daß die Ernieuerung der Produktionskosten, die in sehr vielen Industriezweigen rasche Fortschritte gemacht, in den Preisen zum Ausdruck kommt. Die Preise bleiben hoch, auch wenn die Kosten noch so sehr abnehmen; den Unternehmern fällt die Frucht des technischen Fortschritts zu.

Je wichtiger eine Ware für die Bedürfnisbefriedigung der Massen, desto schwerer belastet die Kartellierung ihrer Produzenten die Verbraucher. Zu den gefährlichsten gehören die Kartelle in jenen Industriezweigen, die das Rückgrat der kapitalistischen Volkswirtschaft bilden: die Montan- und Eisenverbände. Es wurde in Düsseldorf pro Tonne in Mark gezahlt für

	Roh Eisen	Steinkohle
1891-1895	48	9,32
1896-1900	56	9,60
1901-1905	57	10,40
1906-1909	69	11,70

Die Preissteigerung betrug beim Roh Eisen 45 Proz., bei der Steinkohle 25 Proz. des zu Anfang dieser Periode gezahlten Preises. Und diese Erhöhung wirkt nun weiter: Die Maschinen werden teurer, der wichtigste Hilfsstoff der Industrie, die Kohle, wird verteuert, so steigen die Produktionskosten aller anderen Fabrikate und damit auch ihre Preise. So pflanzt sich die Preissteigerung von Kohle und Eisen fort, bis sie endlich (soweit Kohle als Heizmaterial für städtische Wohnungen verwendet wird, geschieht dies direkt) beim Konsumenten zur Ruhe kommt. Der Kartellgedanke ergreift aber auch (oft von den Kartellen der „schweren Industrien“ unterstützt) die anderen, die Fertigungsindustrien; es entstehen Kartelle in der Maschinenfabrikation, in der Textilindustrie, in der chemischen, der Holzindustrie, in der Erzeugung von Metallwaren wie Papierwaren usw. Ihr wichtigster Zweck ist: hohe Preise, hohe Profite. Und nicht nur Fabrikate, auch die Konsumtionsmittel des täglichen Lebens werden durch Kartelle verteuert: Bier und Zucker, Salz und Spiritus usw. Manchmal erhebt auch ein ausländischer Trust Tribut von fremden Nationen; so streuen die Kernisten aus allen Völkern dazu bei, die Gewinne Herrn John Rockefeller, des Herrn der Standard Oil Company, des Petroleumkönigs, zu mehren.

Das ist die Signatur des modernen industriellen Kapitalismus. Seine Waffen sind nicht mehr wohlfeile Preise, mit denen nach Karl Marx' Worten „die Bourgeoisie alle chinesischen Mauern in den Grund schleht“. Er errichtet nun selbst in den Kartellen hohe Mauern, die immer schroffer die Besitzenden von den Besitzlosen scheiden. Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt sind diese jener Knechte; auch auf dem Warenmarkt wird nur denen, die da haben, gegeben.

Auch hier aber muß die Wirtschaftsordnung eine Stufe höher geführt werden, wenn man die von den Kartellen ausgehende Teuerung beseitigen will. Soll der Organisation der Privateigentümer ein Ende gemacht werden, so muß dem Privateigentum ein Ende gemacht werden. Hier hilft kein Kartellgesetz, nur die Expropriation; kein Mittel des kapitalistischen Klassenstaates, nur der Sozialismus.

Die Teuerung, unter der die Massen heute leiden, ist aber nicht nur durch diese überall wirksamen Tatsachen erzeugt; sie wird durch das Eingreifen des Staates noch außerordentlich verschärft. Auf die verschiedenste Art kann er die Höhe der Waren- und Lebensmittelpreise beeinflussen und überall tut er es zugunsten der Besitzenden. Deshalb kann die Teuerung schon heute gelindert werden, wenn die, die unter der Teuerung leiden, den Staat zwingen, nicht immer an den Profit der Besitzenden zu denken, sondern auch an die Not der Besitzlosen. So ist der Kampf gegen die Teuerung nicht bloß ein Kampf für die Sozialisierung der Gesellschaft, sondern auch ein Kampf um eine soziale Wirtschaftspolitik des Staates.

Der Krieg.

Das Expeditionskorps.

Tripolis, 12. Oktober. Begleitet von einem Teil des Geschwaders trafen heute morgen weitere 19 Transpordampfer mit der zweiten Staffel der für Tripolis bestimmten Expeditionstruppen hier ein. Die Ausschiffung begann sofort und vollzieht sich ohne Störung. In einer Entfernung von 180 Seemeilen von Tripolis nach Italien zu ist eine Schutzkette für die Transportschiffe bestehend aus dem Panzerkreuzer „Coati“ und einer größeren Anzahl von Torpedobooten und Torpedobootzerstörern postiert.

Nach einer Meldung des „Corriere d'Italia“ wurden die Truppen, die in Tripolis angekommen sind, sofort nach der Landung zum Ausruhen in die vorbereiteten Quartiere geschickt, worauf sie zum Ersatz der in den vorgezeichneten Positionen verwendeten Matrosen dienen sollen.

Bergweiselte Lage der türkischen Truppen?

Rom, 12. Oktober. Dem „Corriere d'Italia“ wird aus Tripolis gemeldet, von Italien freundlich gestimmten Arabern werde bestätigt, daß die Lage der türkischen Truppen sich immer bergweiselter gestalte. Bei den italienischen Behörden fanden sich zahlreiche Deserteure ein. Auch eine Anzahl Kamelfahrer, die die türkischen Truppen begleiteten, seien unter Mithnahme von Vorräten desertiert. Das Blatt meldet weiter, dem Vernehmen nach habe die Regierung in Konstantinopel, da sie mit Tripolis nicht direkt verkehren könne, an die türkischen Konsulen in Tunis und Malta telegraphiert, sie sollten dem Kommandanten der türkischen Truppen in Tripolis den Befehl zu übermitteln lassen, so viel als möglich Widerstand zu leisten. In Tripolis verlautet, daß Munir Pascha bereits die Absicht kundgegeben habe, sich zu ergeben, da ihm ein Widerstand hauptsächlich wegen des absoluten Mangels an Wasser und Vorräten unmöglich erscheine.

Unterwerfung der Araber.

Tobruk, 12. Oktober. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Ein arabischer Häuptling kam gestern an Bord des Panzerkreuzers „Pisa“, um seine Unterwerfung anzukündigen; er verspricht auch bei den anderen Arabern für die Anerkennung der italienischen Herrschaft wirken zu wollen. Die aus der Stadt geflüchteten Einwohner kehren hierher zurück.

Ein türkischer Hifferuf.

Salonik, 11. Oktober. Das Zentralkomitee hat ein Telegramm des Komitees in Tripolis erhalten, in dem dringend um Hilfe ersucht und erklärt wird, die Araber hätten sich bisher nicht bewährt, während die türkischen Soldaten wacker ausgehalten hätten. Das Zentralkomitee hat schleunige Hilfe versprochen und an das Komitee in Tripolis die Aufforderung gerichtet, inzwischen dort den heiligen Krieg zu predigen. Seit Ausbruch des Krieges zwischen Italien und der Türkei hat die Wandernbewegung in Albanien und im Vilajet Monastir gänzlich aufgehört.

Türkische Rüstungen.

Konstantinopel, 12. Oktober. Ueber die militärischen Maßnahmen im Vilajet Adrianopel verlautet, daß 100 bis 150 Mann pro Bataillon, im ganzen etwa 15 000 Mann, zur Verstärkung des Friedensstandes einberufen werden. Außerdem sollen auch mehrere Kadibataillone, über deren Zahl genaue Angaben fehlen, mobilisiert werden.

Petersburg, 12. Oktober. Rußland hat der Türkei den Rat erteilt, die Truppen im Bezirk von Adrianopel nicht zu verstärken, um die benachbarten Staaten nicht zu reizen.

Die Inserions-Gebühr

Bekannt für die festgesetzte Annoncen-Gebühr von 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweifache 2-fache Gebühre), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der antitalienische Boykott.

Rom, 12. Oktober. Nach Meldungen der „Agenzia Stefani“ hat der Boykott italienischer Waren in Smyrna und Saloniki begonnen. In Konstantinopel soll ein vom Phäos kommender bulgarischer Dampfer mit italienischen Waren an Bord am Völkchen gehindert worden sein.

Die Friedensvermittlungen.

Rom, 12. Oktober. „Giornale d'Italia“ erklärt die Meldungen über Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Italien für verfrüht. Von solchen Verhandlungen könne nicht eher die Rede sein, bis die Türkei auf das bestimmteste auf Besitzansprüche in Tripolis und der Cyrenaika verzichtet habe.

Gegen die Zensur.

Konstantinopel, 12. Oktober. Einige oppositionelle Deputierte haben beim Großwesir gegen die Anhebung der Presse protestiert. Der Großwesir hat, wie verlautet, geantwortet, daß er von der Maßnahme des Kriegesgerichts, die verfassungswidrig sei, keine Kenntnis gehabt habe, und das Nötige veranlassen werde.

Eine sozialistische Kundgebung.

Saloniki, 12. Oktober. Bei dem hier abgehaltenen großen Sozialistenmeeting hielt der Abgeordnete der türkischen Kammer Blakow eine Rede, in der er ausführte, daß der Zusammenschluß der Balkanstaaten die einzige Schutzwehr gegen den Appetit der Großmächte und deren Gelüste auf die Balkanhalbinsel sei.

Zur Lebensmittelteuerung.

Freisinnige Schwärmer für das Einfuhrscheinssystem.

Wie die „Freisinnige“ Kaufmannschaft Königsbergs, will auch die Danziger von einer Aufhebung oder Beschränkung des Einfuhrscheinsystems nichts wissen; denn der durch dieses System ermöglichte bedeutende Getreideexporthandel trägt den Herren Kaufleuten reichliche Profite ein, und der Profit geht diesen Herren über alles in der Welt — auch über die schönsten freisinnigen Prinzipien.

Am 21. September beantragte die sozialdemokratische Parteileitung Danzigs bei den städtischen Körperschaften:

„Die städtischen Körperschaften wollen aus Anlaß der zum drückenden Notstande gewordenen Teuerung der notwendigsten Lebensmittel

1. bei der Reichsregierung die zollfreie Einfuhr aller Futtermittel, die Befreiung der Getreideeinfuhrscheine und die Deckung der Grenzen für Vieh und Fleisch beantragen;
2. den Verkauf von Fleisch, Fischen, Kartoffeln, Hülsenfrüchten und sonst notwendigen Lebensmitteln zu ermäßigtem Preise durch die Stadt einrichten und
3. den in städtischen Betrieben beschäftigten Handwerkern und Arbeitern Teuerungszulagen gewähren sowie die Armegehälter angemessen erhöhen.“

Gegen die Forderung der Befreiung der Getreideeinfuhrscheine richteten die hier durchweg freisinnigen börsenfähigen Getreidegroßhändler durch den Vorstand des Vereins Danziger Getreide- u. s. w. Händler an den Magistrat einen geharnischten Protest! Sie behaupteten, dieses System sei ein Stückchen geretteten Freihandels! Weiter wurde das größte Geschäft gegen die Linderung der Hungernot durch die Aufhebung des schändlichen Einfuhrscheinwunders aufgeföhrt. So steht dort: „Es gehört eine ganze Portion Unverschämtheit dazu, das gegenteilige Interesse (für Aufhebung) als Gemeinwohl zu bezeichnen; es steht vielmehr Interesse gegen Interesse!“ Weiter wird gesagt: „In diesem Sinne (plötzliche Aufhebung) ist die Hege gegen das Einfuhrscheinssystem nur als feirol zu bezeichnen.“

Diesem Protest der maßgebenden kapitalistischen Kreise des Freisinn schloß sich der freisinnige Chefredakteur Dr. Herrmann in der „Danziger Zeitung“ sofort an, indem er die glatte Ablehnung des Antrages forderte! Als Stadtverordneter beantragte dieser Herr zusammen mit dem ebenfalls freisinnigen Syndikus der Kaufmannschaft, Dr. Herrmann, daß die Stadt lediglich die Beschaffung von Nordweizen in Erwägung ziehen solle.

In der Stadtvorordnetenversammlung am 8. Oktober trafen die freisinnigen und die konservativ-merikalen Brotwucherer das Uebereinkommen, sich gegenseitig nicht zu kritisieren, um die gegenseitige Stichwahrheit bei der nächsten Reichstagswahl nicht zu gefährden! Man beschloß eine Kommission, in der alle Anträge verlesen wurden. Sehr interessant war, daß in der kurzen Debatte sogar der Oberbürgermeister sich gezwungen fühlte, dem freisinnigen Syndikus Dr. Herrmann entgegenzutreten, als dieser kurzweg behauptete, daß von einer Teuerung der Lebensmittel noch gar nicht gesprochen werden könne.

Die unehrliche Abmachung zwischen den Freisinnigen und Konservativen wurde durch einen Hirsch-Dunderschen Stadtverordneten festgestellt, der ärgerlich aus der Schule plauderte, daß er und seine Freunde sich in der Besprechung der Notstandsgründe zurückgehalten hätten und sich nun durch die Gegenseite geäußert fühlten.

Um das Kommissionsdunkel einigermaßen aufzuheben, beantragten die Danziger Sozialdemokratie und das Gewerkschaftskartell die Einziehung von Arbeitervertretern. Die Antwort darauf steht noch aus.

Die Teuerung im Ruhrrevier.

Die Lebensmittelteuerung hat im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Wirkungen hervorgerufen, die für die Arbeitererschaft von den nachteiligsten Folgen sind. Im allgemeinen sind die Lebensmittel im Industriegebiet schon an und für sich teurer als in anderen Gegenden; denn da die landwirtschaftliche Bedienungslage nur klein ist, müssen die Lebensmittel aus entfernteren Gegenden bezogen werden. Besonders kommt Holland für die Versorgung mit Lebensmitteln in Betracht.

Diese Teuerung zwingt auch die sonst recht wenig sozial empfindenden kommunalen Verwaltungen und Vertretungen, der aktuellsten Frage der Gegenwart einige Aufmerksamkeit zu schenken, zumal die zahlreichen Protestversammlungen meist Resolutionen angenommen haben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

So kam in der letzten Stadtvorordnetenversammlung in Welsenkirchen auch der Oberbürgermeister Wachen auf die herrschende Lebensmittelteuerung zu sprechen. Unter Hinweis auf den Sonderlaß des Ministers, von dem man allerdings erst durch die Presse Kenntnis erhalten habe, teilte der Oberbürgermeister mit, daß die Finanzkommission sich mit der allgemeinen Teuerung befaßt habe und zu dem Entschluß gekommen sei, diese Angelegenheit mit verschiedenen Sachverständigen zu beraten und zu prüfen. Es sei geplant, die Einfuhr von Seefischen zu fördern und den Einkauf bestimmter Lebensmittel, wie Kartoffeln und Gemüse, in die Hand zu nehmen. Nachdem die Vorarbeiten erledigt sein würden, werde die Stadtvorordnetenversammlung ersucht werden, die notwendigen Mittel zu bewilligen.

Auch die Wittener Stadtvorordneten-Versammlung beschäftigte sich am vergangenen Donnerstag mit der Lebensmittelteuerung. Nachdem der Stadtvorordnetenvorsteher über die An-

gelegenheit referiert hatte, glaubte Bürgermeister Lause ihr das Genid undrehen zu können, indem er befragte, ob eine Kommission zu überweisen. Er stieß dabei jedoch auf Widerstand. In der Debatte handelte es sich im wesentlichen um die Frage, wer die Schuld an der Lebensmittelteuerung trage, in deren Verlauf die Kräfte der Junker, ein Zentrumsmann dagegen die Kräfte für die Preissteigerung verantwortlich machte. Schließlich wurde die Angelegenheit an eine Kommission verwiesen, das heißt begraben.

Eine Aktion gegen die Lebensmittelteuerung

Will auch die Stadtverwaltung Stuttgart unternehmen. Auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion antwortete der Oberbürgermeister Lautensalager, daß die zuständige Kommission Auftrag erhalten habe, neben den Maßnahmen zur Beschaffung billigerer Milch auch zu beraten, wann und woher die Stadt über den Bedarf der eigenen Anstalten hinaus noch größere Mengen Kartoffeln beziehen könne, die dann zu billigem Preis an die Bevölkerung abgegeben werden sollen. Eine Besprechung der Interpellation soll stattfinden, sobald das Beratungsergebnis der Kommission vorliegt.

Der Graf vor Gericht.

Graf Wolff-Wetternich ist nach achtstägiger Verhandlung zu neun Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von sechs Monaten auf die erlittene Untersuchungshaft, verurteilt. Das Urteil und seine Begründung geben wir an anderer Stelle ausführlich. Ein außerordentlich mildes Urteil, selbst wenn man nur die drei Betrugsfälle als erwiesen erachtet, die das Gericht für festgestellt erachtet hat. Ein Arbeiter, der ähnliche Summen durch ähnliche Schwindelaktionen aus Gang zur Arbeitslosigkeit erschwandeln würde, wäre schwerlich unter ein paar Jahren Gefängnis davon gekommen. Der Graf hat ein ungemeines Glück vor Gericht. Eine Reihe Betrugsfälle fallen in sich zusammen, weil nach den Aussagen von Belastungszeugen der blaue Titel auch eines Grafen von Habenichts ihnen kreditwürdig erschienen wäre; in anderen Fällen sind die Belastungszeugen wegen Geisteskrankheit oder aus anderen Gründen nicht zu vernehmen; in weiteren Fällen, wie in dem des Amtsrichters von der Schulenburg, tritt die psychologisch interessante Erscheinung zu Tage, daß die Ereignisse sich in den Köpfen der Belastungszeugen vor einer Ansicht auf Befriedigung durch die jegliche Ehefrau des Angeklagten völlig anders als hernach widerpiegeln. Ein Glück auch für den Angeklagten, daß ihm von einer Reihe Zeugen bestätigt wurde, daß das, was man im gewöhnlichen Leben Hochstaperei nennt, in dem Milieu der Kavaliere ohne Geld, Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit gang und gäbe sei. Ein netter pestilenzialischer Sumpfboden, auf dem der Graf und seine Standesgenossen sich bewegten. In einer Nacht verjagte der Herr Graf mehr, als ein Dupend Arbeiter in einem Jahre erarbeiten können. Ein Stallmeister behauptet, daß für die fünfzehnjährigen Herren ein „Tafelgeld“ von 800 Mark monatlich angemessen gewesen sei, ein Gehalt, das das Einkommen aller Arbeiter und der meisten Beamten übersteigt. Für ganz selbstverständlich hält es der Graf, Schulden zu machen, wenn der Vater nicht für ihn sorgt — ein Graf ist doch nicht zum Arbeiten da. Wiggisjagd erscheint allein standesgemäß.

Welche Fälle von Sünden der heutigen Gesellschaftsordnung traten da als Zeugen auf! Neben dem wie eine Kabinettsfigur aus einer Pötte amputierten königlich preussischen Major a. D., kaiserlich chinesischen Generalmajor, Generalstabsobers der Republik Peru und Generalmajor der Republik Honduras Paul: Heiratvermittler, Darlehenshändler, Kolonnen und aktive Offiziere in buntem Gemisch. Das Haus Wertheim, zu dem eine heiratsfähige, unglückliche, aber reiche junge Frau gehört, wird von hochabligen Freiern bestirmt. Der Oberleutnant von Fetter will keine Freiabsichten gehabt haben, vielmehr habe er aber solche erweckt. Und dieser bis an die Ohren in Schulden siedende Gardeoffizier nimmt unter diesen Umständen, wie Herr Wertheim behauptete, monatliche Renten von 1000 Mark von der Frau Wertheim, wie er meint, „nur“ Darlehen von einmal 3000 und dann ein paar Mal 1000 Mark. Herr Wolf Wertheim veröffentlicht im gestrigen „Berliner Tageblatt“ eine Erklärung, nach der zwischen Herrn v. Fetter und Frau Wertheim vereinbart war: er solle als Zuschuß zu den edelichen Ausgaben u. a. monatlich 1000 M., zu Weihnachten und Pfingsten noch 2000 M. extra erhalten, und zwar schon vom Dezember 1909 ab. Die 3000 M. „Darlehen“ sei die Weihnachtsgabe einschließlich Weihnachtsgeschenk gewesen. Was's sich verhalten, wie v. Fetter oder wie Wertheims angeben — in jedem Fall war das Verhalten des Oberleutnants kavalierrmäßig und nicht minder das des Angeklagten. Auch er ist ja eine Stütze der herrschenden Gesellschaftsordnung. Wir möchten wissen, wieviel mal die höchste Ordnungsstrafe einem Arbeiter oder einem sozialdemokratischen Preßhändler aufgebremst worden wäre, der nur ähnlich regellos — die Herren Kavaliere nennen das standesgemäß — wie der Angeklagte sich vor Gericht benommen hätte. Milde, recht milde und nachsichtige Richter fand der Angeklagte. Sie berücksichtigten im reichsten Maße das Milieu des Angeklagten, die Tatsache, daß er das Produkt der Verhältnisse sei. Werden die Richter auch Arbeitern gegenüber ein gleiches Verständnis für das Erwachen einer Tat aus dem Milieu, aus den Verhältnissen haben?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober 1911.

Also doch nur Wahlsache!

In der „Post“ veröffentlicht der bekannte Strategie des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der Generalleutnant v. Liebert, einen „Das Ende vom Liede“ überschriebenen Artikel, der zwar, wie alle schriftstellerischen Leistungen dieses großen Politikers, größtenteils nur aus albernem Geschwätz besteht, insofern aber von einem gewissen Interesse ist, als er recht offen ausdrückt, daß die patriotischen Kriegsheer mit ihrem „nationalen“ Trompetengeschmetter vornehmlich den Zweck verfolgt haben, für die Reichstagswahlen und die in Aussicht stehende neue Flotten-Heeresvermehrung eine schöne patriotische Stimmung zu erzeugen. Herr Generalleutnant von Liebert schreibt nämlich: „Und nun ein Blick auf die bevorstehenden Wahlen. Schlimmer konnte es wohl nicht kommen! Statt durch eine politische Tat die streitenden Parteien zu versöhnen oder wenigstens die Gegensätze zu mildern und auszugleichen, erzeugt die Regierung durch ihr bellagendwert schwächliches Auftreten nach außen eine tiefe Verstimmung unter den Vätern des Volkes, unter den Patrioten, die bisher ihre festeste Stütze waren! Man muß nur die Ausdrücke tiefsten Schmerzes und der Niedergelassenheit hören und lesen, die aus jenen Kreisen aufsteigen. Wer soll denn der Reichsregierung das Heeres- und Flottenbudget von 1250 Millionen Mark bewilligen, wenn sie solche gewaltigen Wuchsmittel — nicht etwa zum Kriegsführen, daran denkt kein Mensch! — wohl aber zum Nachdruck

für eine energische Sprache bei Vertretung der Interessen des deutschen Volkes verwendet? Wer soll noch für die Regierung eintreten, die auf die wichtigsten, und schwer zu behauptenden Rechte verzichtet und sich über die Zukunft eines 70 Millionenvolkes leichtfertig hinwegsetzt?“

Ein wertvolles Jugendschriftchen, das im Wahlkampfe gute Dienste zu leisten vermag.

Brauntwein und Staatsbudget.

Unter dieser Epigramme machte kürzlich eine Notiz die Runde durch die Presse, die von „kompetenter Seite“ lanciert war. In dieser Notiz wurde auseinandergesetzt, daß alle Staaten die Brauntweinerzeugung und den Brauntweingenuss zu einer wertvollen Einnahmequelle gestaltet hätten. Rußland, so hieß es dort, erziele fast einundneunzig Milliarden Mark aus dem Brauntweingenuss. Auf diese Feststellungen kommt jetzt der „Reichsbote“ zurück und bemerkt unter anderem dazu:

„Welche Umsatzen der Verkommenheit und des grenzenlosen Zimmers aber in Rußland durch diese 1240 Millionen Mark repräsentiert werden, das ist gar nicht auszubedenken und wie möchten es energisch ablehnen, unsere Reichsfinanzen aus dieser höchst bedenklichen Quelle durch irgendeine Steigerung des Konsums aufzubessern zu sehen. Das unbestreitbar große Verdienst der Sozialdemokratie ist es, den Schnappgenuß in den Reihen ihrer Volkener eingebämmt, ja verpönt zu haben. Man sollte also namentlich von Reichswegen lieber Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gehen, als an dem sichtslichen Erfolge dieser ungewissen Kulturnat auch nur in Gedanken zu rütteln.“

Zur Landtagswahl in Oldenburg.

Im Wahlkreis Oldenburg-Stadt hat am Dienstag die Liste der Fortschrittlichen Volkspartei gesiegt. Es erhielten Stimmen: Oberbürgermeister Lappenberg 294, Professor Dursthoff 354, Ratsherr Weid 840. Die beiden Sonderländer Berichtskontrollrat Alver (Umbd der Festbesoldeten) und Geschäftsführer Schwonker (Värgerverein) erhielten nur 1408 bzw. 1411 Stimmen.

Steuerhinterziehung.

Auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik machte in der Diskussion über Gemeindefesteuerung Herr Bürgermeister Weihenborn-Halberstadt einige Angaben über Steuerhinterziehungspraktiken in Gemeinden. Er verwies darauf, daß bei der Einkommensteuerveranlagung der Gesellschaften m. b. H. große Schwierigkeiten vorgekommen werden dadurch, daß die Besteuerung in Gemeinden mit niedrigeren Zuschlägen erfolge. Auch große Geschäfte mit vielen Filialen versuchen jetzt dadurch, daß sie einzelne Gesellschaften m. b. H. gründen, der Besteuerung aus dem Wege zu gehen. In Berlin gibt es sogar eine „Steuerkontor“ m. b. H., deren Ziel es ist, Ratschläge zur Herabminderung der Steuern zu geben. Wenn geplant ist, bei der preussischen Einkommensteuerreform nur die Zuschläge in das Gesetz hineinzuarbeiten, so muß das zur Schädigung der Gemeinden führen, die schon jetzt hohe Zuschläge erheben müssen, und das muß eine Vergünstigung der Gemeinden, die mit niedrigeren Zuschlägen auskommen können, zur Folge haben.

Wir geben diese Mitteilungen wieder, weil immer wieder darauf verwiesen werden muß, daß sowohl der große Grundbesitz, als auch das große mobile Kapital im größten Umfang die schuldigen Steuern hinterziehen. Wir stimmen ganz mit dem Stadtrat Dr. Voldt-Dortmund überein, der in der Versammlung ausführte:

„Das zweifelloste ist, daß noch viele Steuern durch unrichtige Steuerdeklaration defraudiert werden, liegt es nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch in dem der Gemeinden, daß durch Gesetz scharfe Strafen gegen Steuerdefraudanten eingeführt werden. Ein Steuerdefraudant handelt viel ehrloser als ein Armer, der aus Not einen Diebstahl begeht und dafür ins Gefängnis wandern muß. Der Steuerdefraudant schädigt alle seine Mitbürger, welche die von ihm unterschlagenen Summen aufbringen müssen. Nicht nur sollten Gefängnisstrafen eingeführt, sondern auch der dolus eventualis rechtzeitig angezogen werden. Die Steuerdefraudationen müßten durch gesetzliche Einführung der Wuchseinfuhr und durch Anstellung staatlicher Revisoren verhindert werden, die sowohl mit der Buchführung als mit der Gesetzgebung vertraut sind.“

Wirklich wirksame Maßregeln gegen Steuerhinterziehung, wie sie hier Voldt vorschlägt, bezeichnen aber die Besitzenden von jeher als „vexatorisch“ und Agrarier und Großkapitalisten vereinigen sich sofort, um solche „unerträgliche Eingriffe in das Privateigentum“ zu hindern.

Fürst Alois von Löwenstein,

der Erwählte von Daun-Prüm-Witburg, dem dunkelsten Wahlkreis, den das Zentrum zu vergeben hat, ist in einer Zentrumsvorversammlung in Köln aufgetreten und hat hier über die auswärtige Politik und die innerpolitische Lage in Deutschland geredet. Die „Nürnberger Volkszeitung“ weiß an dem Redner besonders zu schätzen, daß in seinen Ausführungen hier und da der „Untergrund seines Humors“ durchgelchimmert habe. Offenbar zählt zu diesen Blüten „seinen Humors“ auch die Stelle, wo Fürst Alois die Revisionsisten in der Sozialdemokratie dadurch von den Radikalen unterschied, daß er ihnen eine höhere Bildung, feinere Umgangsformen und größeren Seifenverbrauch zuschrieb. Sollte Fürst Löwenstein diese Dinge im Ernst als das Kennzeichen des Revisionismus ansehen, so liegt der Schluß nahe, daß die Wähler des Kreises Daun-Prüm-Witburg sehr radikale Leute sein müssen.

Fürst Löwenstein sieht trübe in die Zukunft. Die Reichswahlen, so meinte er, haben eine bedeutende Verschiebung nach links gebracht, der Löwenanteil fiel, wie das nicht anders sein konnte, an die Sozialdemokratie. Gehe es so weiter, so könnte man ruhig mit etwa 120 sozialdemokratischen Abgeordneten im nächsten Reichstage rechnen. Jene Seite würde dabei das Zentrum verlieren, vielleicht zwanzig die Rechte, dreißig der Liberalismus. Die nationalliberale Partei würde nahezu zerrieben werden. Jedes Fürst Löwenstein will noch nicht alles abgeben. Die gemäßigten Liberalen könnten einen Strich durch die Rechnung machen, wenn sie auf ihr eigenes Interesse und ihre Pflichten gegen das Vaterland besännen. Wenn sie das wollten, sei es die höchste Zeit, einzulernen.

Eine revolutionäre Welle zieht Fürst Löwenstein über Europa ziehen, wie wir sie seit 1848 nicht erlebt haben, ja er glaubt, daß die jegliche Welt tiefer greift und gefährlicher wirt als jene Märzrevolution. Beweis:

In Wien zerstören die sozialistischen Massen öffentliche Gebäude und Schulen unter Hochrufen auf die Revolution, reißen den kaiserlichen Adler herab und erschlagen das Bild des ehrwürdigen Monarchen. In Spanien kann die Regierung, die mit den Männern des Unlutes bedenklich geliebte hat, nur mit knapper Not den Ausbruch der Revolution für diesmal noch ersticken. In Portugal allgemeine Unzufriedenheit, kräftlich verbunden mit schamloser Korruption. England gar, kürzlich noch die Heimat konfessionellen Volksempfindens und maßvoller Sitten, erlebt einen Waffenaufstand, der sein Wirtschaftsleben an

der Wurzel bedroht unter Szenen des Aufruhrs, die an Vorgänge der französischen Revolution erinnern.

Ob es dem flüchtigen Medner bei der Aufzählung dieser Greuel nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß drei dieser Länder erakatolisch sind, so daß man versucht ist zu sagen: Je katholischer desto revolutionärer! Aber in Deutschland, so tröstet sich der Herr, wirds nicht so weit kommen, wenn nur der schwarzblaue Bloß bestehen bleibt. Und Zentrum und Konervative, so versichert Herr Löwenstein, halten zusammen. Und namentlich das Zentrum steht fest und unerschütterlich in seiner Einigkeit. Dypersdorff und Hahn, Noeren und Bachem, Kopp und Fischer, Perlm und W. Gladbach und wie man die Richtungen und Strömungen, die Streitigkeiten und Auseinandersetzungen im Zentrum auch bezeichnen will, die ultramontane Durchsicht schiebt alles das lächelnd beiseite und verkündet: das Zentrum ist einig. Mag es sich — so sagt er — um Schutz der Arbeiter oder des Mittelstandes, um Industrie und Landwirtschaft, um Kraumelzölge und Roselwein handeln, oder mögen tiefe Probleme der Sozialpolitik in Verhandlung stehen, auf dem Boden des altbewährten Zentrumsprogramms, auf dem Fundament gleicher einheitlicher Weltanschauung ebnen sich alle Gegensätze, steht wie ein einzig Volk von Brüdern, die ganze Zentrumsfraktion!

„Starker Beifall, der sich immer wiederholt, und Händeklatschen“ bezeichnet die „Kölnische Volkszeitung“ am Schluß ihres Berichtes — womit bewiesen wäre, daß die Kölner Zentrumsleute den Eisenbauern in Daun-Prüm-Witburg an Anspruchslosigkeit nichts nachgeben.

Die Reichstagswahl

Im Kreise der verstorbenen Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg ist auf den 30. November anberaumt worden. Bekanntlich soll der Reichstag nur bis zum 2. 3. Dezember zusammenbleiben. Selbst wenn die Entscheidung im ersten Wahlgang fällt, wird also die amtliche Auszählung und damit die definitive Querverteilung des Mandats nicht vor dem Auseinandergehen des Reichstages erfolgen.

Die preussische Staatslotterie in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben:

Wiederum droht der Verlust eines „bedeutenden“ Stückes bayerischer Selbstständigkeit: Die preussische Klassenlotterie wird wie die Bundesstaaten Baden und Württemberg so auch das Königreich Bayern annektieren und der bayerische Staat dann nichts anderes sein als eine Verkaufsstelle der preussischen Staatslotterie mit dem kgl. bayerischen Finanzminister v. Pfaff als Hauptkollektur und Generalagent.

Was beweglich werden wieder die Klagen der echten Bajubaren erlösen über die frivole Preisgabe eines Reservat- und Hoheitsrechtes und über die immer wachsende Gefahr der völligen Verprehung Bayerns. Wenn das der seltsame „Waterlands“-Medaleur Dr. Sigl erlebt hätte, er würde der bayerischen Regierung nicht schlecht in die Haare gefahren.

Es will dabei wenig sagen, daß man das preussische Justizgericht für das Bayern seine Erbschaft verlaufen soll, dadurch schmachvoller zu machen sucht, daß man die Lotteriefirma entsprechend der Erweiterung des Geschäftes in „Preußen Co.“ ändert und es bleibt zu fürchten, daß selbst die schöne Bezeichnung für die Lotterie-Einnahmestellen als „Königlich Bayerische Einnahme der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie“

das Rothen der partikularistischen bayerischen Volksseele nicht verhindern kann.

Der Staatsvertrag mit Preußen und der notwendige Gesetzesentwurf, der zum Schutze des staatlichen Monopols auf Ausbeutung der Dummheit und Leidenschaft fast ausschließlich aus Strafparagrafen besteht, müssen beide den Landtag passieren. Es werden dort jedenfalls recht verschieden beurteilt werden. Konservativ und Liberale sind leicht zu gewinnen. Das Zentrum wird wohl einige Schwierigkeiten machen. Aber sehr zahlreich werden auch hier die Moralisten nicht sein und so wird es schließlich, wenn auch wegen der zu beschränkten Schädigung der Kirchenlotterien lauren Gesichtes und schweren Herzens, dem Vertrage mit Preußen zustimmen. Vielleicht wird man eine Zeitlang mit dem Gedanken fasziniert, eine eigene bayerische Klassenlotterie zu errichten, vielleicht auch verlinken, die bayerische Selbstständigkeit und das wichtige Hoheitsrecht zu einem höheren Preise als 215 000 M. pro Jahr zu verkaufen. Aber das Ende? Bayern wird in bezug auf die Klassenlotterie eine preussische Provinz.

Ernstlichen oder vornehmlich vergeltlichen Widerstand wird wohl nur die sozialdemokratische Fraktion leisten, die aus sittlichen und wirtschaftlichen Gründen die Einführung der preussischen wie der bayerischen oder der preussisch-bayerischen Klassenlotterie ablehnen wird. Es will nicht in ein sozialdemokratisches Hirn, daß der in so hohem Maße christliche bayerische Staat unter der Verwaltung einer christlichen Regierung und der Herrschaft des allerchristlichsten Zentrums in so unchristlicher Weise die Leidenschaft und Dummheit der Menschen ausbeutet.

„Geld riecht nicht“, sagt die bayerische Regierung. „Geld riecht nicht“, wird auch die bayerische Abgeordnetenkammer sagen und so kann bald die Bauernfänger unter dem Protektorat der bayerischen Staatsregierung beginnen.

Aus dem bayerischen Landtage.

München, 10. Oktober 1911.

Die Fortsetzung der Kottstabsdebatte brachte heute zwei interessante Reden, eine des freisinnigen Abgeordneten Haberlein und eine des Zentrumsabgeordneten Dr. Heim. Vorher ergriß ein Ministerialrat das Wort, um für seinen in Berlin weilenden Chef, den Herrn Ministerpräsidenten v. Hofmann, eine Verteidigungsrede für den Handel zu halten, die ganz gut ungehalten hätte bleiben können.

Der freisinnige Haberlein gehört derselben Fraktion an, wie der Nationalliberale Ruyhdecker, entwickelte aber einen vollständig entgegengesetzten Standpunkt. Er spricht in scharfen Worten von der absoluten Notwendigkeit der Regierung und von dem Vertreter des einseitigsten Produzentenstandpunktes durch Dr. Fischer und die Regierung. Der Fleischverbrauch sei nicht gestiegen, wie Dr. Fischer behauptet, sondern gesunken. Die kleinen Mittel helfen nichts, es müssen große zur Anwendung kommen. Der nachgewiesene Rückgang des Viehbestandes pro Kopf der Bevölkerung beweise, daß die nationale Landwirtschaft Deutschland allein nicht mit Fleisch genügend versorgen könne. Die rigorose und geradezu widerwärtige Absperrung der Grenzen durch Viehzölle habe auch gegen Seuchengefahr nichts genutzt, während Dänemark, Frankreich und Schweden fast vollständig seuchenfrei seien.

Haberlein bezeichnet das System der Ausfuhrzölle in normalen Zeiten schon als einen „kompletten Unfuh“, in den jetzigen Kottstabszeiten als einen „Standal“. Er spricht von einer Aushungerung des eigenen Landes und verlangt als wichtigste Maßnahme die sofortige Beseitigung dieser Ausfuhrzölle. Ebenso sei der Maiszoll aufzuheben, um die Viehzüchtern billigeres Futter zu verschaffen.

Er für seine Person sei weiterhin auch für die zeitweilige Aufhebung der Lebensmittelzölle. Das Volk fordere gebieterisch die Verbilligung der Lebensmittel.

Nach ihm spricht Dr. Heim, dessen Rede wir gestern schon kurz skizziert haben.

Politische Spielerei.

In München ist endlich die seit langem geplante Gründung einer sogenannten gemäßigt-konservativen Partei erfolgt. Das Wolffsche Telegr.-Bureau berichtet darüber:

„Eine aus verschiedenen Landesteilen und von allen Bevölkerungsstufen gut besuchte Versammlung unter dem Vorsitz des Freiherrn von Beckmann hat gestern abend nach längerer Aussprache die Gründung einer bayerischen Reichspartei einstimmig beschlossen. Von auswärts waren erschienen: Reichstagsabgeordneter Dr. Arendt als Vertreter des Vorstandes der deutschen Reichspartei, Konrad Schünzinger-Freiburg im Breisgau und Rechtsanwalt Dr. Bopp-Darmstadt als Vertreter der reichsparteilichen Bewegung in Baden und Hessen.“

Die Partei will zu gemeinsamer politischer Wirksamkeit diejenigen sammeln, die es als Bürgerpflicht erkennen, am öffentlichen Leben teilzunehmen, die aber nicht im Kampfe gegen irgend eine der bürgerlichen Parteien, sondern in der Zusammenfassung aller Kräfte des Bürgertums zur Überwindung seines ausgesprochenen Feindes, der Sozialdemokratie, die erste und wichtigste Aufgabe der Gegenwart erblicken.“

Jedem eine politische Bedeutung hat die Gründung nicht; sie hat lediglich den Zweck, daß einige Personen die Gelegenheit erhalten, von sich reden zu machen.

Die Kontrollversammlungen.

die manchmal recht unangenehm in das Berufsleben der Reservisten und Landwehrlente eingreifen, sollen nach der Mitteilung einer halb-offiziösen Korrespondenz reformiert werden. Dem Reichstage war vor einiger Zeit die Anregung gegeben worden, daß die Herbstkontrollversammlungen überhaupt fortfallen sollten. Ueber diesen Wunsch des Reichstages hat sich aber die Oberverwaltung hinweggesetzt. Sie läßt erklären, daß diese Kontrollversammlungen beibehalten werden müßten, da sich die Bezirkskommandos durchweg gegen diesen Antrag ausgesprochen hätten. Dafür sollen aber „Erleichterungen“ für die kontrollpflichtigen Mannschaften eingeführt werden. So wird die Versammlung einer Kontrollversammlung nicht mehr bestraft, der Kontrollpflichtige wird aufgefordert, die Kontrollversammlung eines späteren Jahrganges zu besuchen. Aus häuslichen, beruflichen und gewerblichen Gründen können auch Befreiungen von dem Besuche stattfinden, wenn der begünstigte Antrag genügend begründet wird. Hat kurz vor einer Kontrollversammlung der Kontrollpflichtige eine Uebung absolviert, so bleibt er von dem Besuche der Kontrollversammlung befreit, wenn ihm hierüber am Schluß der Uebung eine Mitteilung gemacht wird. Eine Vermehrung der Kontrollbezirke und der Orte, in denen Kontrollversammlungen stattfinden, ist ebenfalls beabsichtigt.

Wiel geändert wurde mit diesen „Erleichterungen“ an dem gegenwärtigen Zustande nicht. Auch klingt es nicht sehr wahrscheinlich, daß die Militärbehörde auf jede Bestrafung einer Versäumnis der Kontrollversammlung verzichte. Das entspricht nicht dem ganzen militärischen System. Auch die Bestimmung, daß die Ableistung einer Uebung von der Kontrollversammlung befreien kann, ist dazu angetan, die Reservisten einer willkürlichen Zensur der Vorgesetzten zu unterwerfen. Erhalten bleibt aber die härteste Begleiterscheinung der Kontrollversammlungen, nämlich die, daß die Reservisten und Landwehrlente am Kontrolltage unter den Militärgesetzen stehen, eine Bestimmung, die schon manchen Reservisten und Landwehrrmann ins Unglück gestürzt hat.

Obstruktion in der Moskauer Stadtverordnetenversammlung.

Die Moskauer Stadtverordneten wollten an die ihnen präsentierten Magistratskandidaten die Frage richten, ob sie sich ehrenwürdig verpfänden würden, im Falle ihrer Wahl nach zehnjähriger Amtsdauer sich einer Neuwahl zu unterziehen. Der Magistrat verbot diese Fragestellung bei Androhung einer Strafe von 300 R. Die Regierung trat auf die Seite des Magistrats, der die Wahl der Magistratsmitglieder auf Lebenszeit vornehmen lassen will. Unter Vorantritt unserer Genossen erfolgte aber Obstruktion durch Verlassen des Saales, so daß die Versammlung wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben werden mußte.

Die revolutionäre Bewegung in China.

Peking, 12. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Neuerer aus Szetschuan haben Hsutschou besetzt und marschieren auf Tschung-king. Ihr Zweck ist augenscheinlich, die Hauptpunkte auf dem linken Ufer des Yang-tse-kiang zu besetzen.

Hankau, 12. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Wutschang und Hanhang sind in die Hände der Aufständischen gefallen, die auch die Eisenwerke und das Arsenal von Hanhang in Besitz genommen haben. Die Regierungstruppen befanden sich beim Kampf in der Minderzahl. Der General Chang pao ist entkommen; die Mitglieder der Lokalbehörden haben sich zerstreut. Der Führer der Aufständischen in Supeh hat in einer Proklamation angekündigt, daß Bevölkerung wie Armee die Mandschu-Regierung stürzen und die Rechte der Chinesen wieder herstellen wolle. Die Bewegung gewinnt schnell an Ausdehnung. Auch mehrere Städte der Nachbarschaft sollen in die Hände der Aufständischen gefallen sein. Die Brandstiftungen dauern an.

Eine provisorische Regierung.

Hankau, 12. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die vorläufige Regierung in Wutschang wählte den Vorsitzenden der Provinzialkonferenz Lan zum Präsidenten und den General Li zum Befehlshaber der Truppen. Die Straßen Wutschangs sind voll von Mandschulischen. Das Staatspapiergeld ist außer Kurs gesetzt und dafür sind Kreditbilletts von den Revolutionären eingeführt worden. Die Frauen und Kinder der Ausländer sind an einigen Punkten zur leichteren Beförderung auf die Dampfer konzentriert. Bewaffnete Patrouillen der Ausländer bewachen nachts die Europäerstadt. Zweitausend Mann Regierungstruppen sind aus Honan eingetroffen.

Maßregeln der Regierung.

Peking, 12. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Durch Edikt ist befohlen worden, daß zwei Armeekorps unter dem Kriegsminister unverzüglich nach Wutschang abgehen sollen. Ferner ist die Abfahrt von Kriegsschiffen nach Wutschang angeordnet worden. Die Stärke der Regierungstruppen wird auf 5000 Mann, die der Aufständigen auf 6000 Mann geschätzt. In der Eingeborenenstadt von Hankau sollen heute früh 200 bis 300 Mandschus getötet worden sein.

Der Generalgouverneur von Wutschang ist seines Amtes enthoben worden. Es ist ihm jedoch vorgeschrieben, vorläufig noch auf seinem Posten zu bleiben, um Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe in Wutschang zu treffen. Wutschang selbst wird von einer chinesischen Flottille besetzt. Wie aus Hankau gemeldet wird, befindet sich das Chinesenbierlein in der Hand der Aufständischen. Neuerer haben sich Chiadingsus bemächtigt und die Mitglieder der Behörden gefangen genommen.

Oesterreich.

Paulin enthaftet.

Der Beamte des Holzarbeiterverbandes Paulin, der dem verrückten Schieber aus Montenegro die Einlaßkarte ins Parlament verschafft hatte und den man zu Zweede der Sozialisten als „der Mitschuld verdächtig“ eingeperrt hat, ist selbstverständlich vom Landesgericht sofort in Freiheit gesetzt worden.

Schweiz.

Der Sessionshaß der Bundesversammlung.

Bern, 9. Oktober. (Fig. Ber.) Noch nur vierzehntägiger Dauer ist die Herbstsitzung der schweizerischen Bundesversammlung und damit auch ihre dreijährige Legislaturperiode geschlossen worden.

Von den behandelten und erledigten Geschäften mögen nur die wichtigsten erwähnt sein. Mit 65 gegen 14 Stimmen wurde ein Antrag angenommen, der vom Bundesrat die Prüfung der Frage verlangt, ob nicht der Bund eine Mobiliarversicherung errichten soll. Die Antragsteller konstatierten, daß in der Schweiz gegenwärtig für 800 Millionen Fr. Mobiliar unversichert ist, wobei es sich meistens um unbemittelte Familien handelt, die im Brandfalle völlig verarmen. Während in sämtlichen Kantonen die staatliche Gebäudeversicherung besteht, zum Teil sogar schon seit 100 Jahren und noch länger, besitzt erst ein einziger Kanton die staatliche Mobiliarversicherung, nämlich der Kanton Glarus und dieser machte damit die besten Erfahrungen. Die Mandatsträger und Versicherungskapitalisten bekämpften den Antrag, blieben aber, wie das angeführte Stimmenverhältnis beweist, erfreulicherweise in der Minderheit.

Eine beachtenswerte Beleuchtung fand einmal die bekannte Phrase von der Verteuerung von Bauten beziehungsweise der Notwendigkeit von Nachtragkrediten durch die Steigerung der Arbeitslöhne. Diese angebliche Lohnsteigerung sollte die Ursache eines Nachtragkredites von 840 000 Fr. für einen Straßenbau im Kanton Graubünden sein. Da erklärte aber Bundesrat Schaubinger, daß weniger die eingetretene Erhöhung der Arbeitslöhne als vielmehr die ungenügende Vorbereitung der Projektpläne die Ursache der Kreditüberschreitungen ist. Alle die bisherigen Schwierigkeiten hätten vorausgesehen werden können und darum wird der Bund in Zukunft solchen Bauten mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Mit dieser Bundesrätslichen Feststellung ist die Argumentation mit der Phrase von den „vertuernden Lohnsteigerungen“ für die Zukunft etwas erschwert. Eine parlamentarische Musterleistung vollbrachte der Ständerat, der ohne jede Diskussion den Kaufvertrag mit der Gotthardbahn, die 200 Millionen Frank kostet, annahm. Die Gotthardbahn wird bereits seit 1908 staatlich betrieben.

Zum Schluß gab es im Nationalrat eine Militärdebatte wegen der Maßregelung des Obersten und Kreisinspektors Feld in St. Gallen durch das Militärdepartement wegen intellektueller Mitschuld an den Exzessen ihm unterstellter jüngerer Offiziere. Der bei den Soldaten und im Volke beliebte humane Offizier war den judiziösen Elementen im Offiziersrod gegenüber nicht gewachsen, um so weniger, als sie bei anderen hohen Offizieren, die von preussischem Militärgeist erfüllt sind, moralische Unterstützung durch allerlei Intrigen fanden. Und dieser Militärgeist, von dem auch der Kriegsminister, Bundesrat Müller, erfüllt ist, siegte auch im Nationalrat. Er macht die Schweiz zu einer preussischen Militärprovinz.

Jetzt hat nun überall die Wahlbewegung für die Neuwahl des Nationalrates eingesetzt und auch unsere Partei hat die Aktion begonnen.

Frankreich.

Die Teuerung.

Paris, 11. Oktober. Es ist eine gerichtliche Untersuchung über die hohen Preise von Getreide, Zucker und Milch eröffnet worden, um festzustellen, ob sie nicht auf wucherische Aufkäufe zurückzuführen sind.

Eine Marokkodebatte.

Paris, 12. Oktober. Der Minister des Reichens de Seides wohnte heute nachmittag der Sitzung der Budgetkommission bei. Der Deputierte Prou führte aus, er habe mit seinem Verlangen, daß der Minister in der Budgetkommission erscheine, bezweckt, daß die Kommission dem Minister ihre Besorgnis zum Ausdruck bringe, die sie hinsichtlich der territorialen Kompensationen im Kongogebiet. Die Abtretung dieses Gebiets, eines Teiles des nationalen Besitzstandes, sei ein Akt von höchster Wichtigkeit, zumal er sich mitten im Frieden vollziehe. Die Frage berühre die nationale Würde und Ehre und alle empfindlichen Gefühle des Patriotismus.

Prou erklärte weiter, die Regierung habe alles Interesse daran, das, was sie als ihr konstitutionelles Recht betrachten könne, nicht zu rigoros in Anwendung zu bringen.

Minister des Reichens, de Seides, antwortete, Prou beabsichtige nicht, der Regierung eine Frage zu stellen. Wenn Prou eine Frage gestellt hätte, so hätte der Minister rund heraus erklärt, daß er sie nicht beantworten könne. Das Parlament habe der Regierung Kredit gewährt, und die Regierung sei zum Schweigen verpflichtet, das gerade im gegenwärtigen Augenblick so notwendig sei. Die Regierung fühle die ganze Schwere der Verantwortlichkeit, die auf ihr laste; sie werde sich nicht erlauben, ein Wort lautwerden zu lassen, das die Verhandlungen stören könnte. Er bitte die Kommission, den Kredit, den ihm die Kammer gewährt habe, zu achten. Der Minister betonte sodann nochmals, daß Prou keine Frage gestellt habe; daß, was Prou wolle, sei eine Kundgebung von Seiten der Kommission. Liegt es in der Rolle und in der Befugnis der Budgetkommission, in einer Frage der äußeren Politik eine solche Kundgebung zu unternehmen, wenn sie nicht den genauen Stand der Verhandlungen kennt? Ist es ganz sicher, daß diese Kundgebung, die anderswo man weiß nicht wie beurteilt wird, nicht eine ernste Lage schaffen würde? Die Kommission werde nicht in Unkenntnis der Dinge eine Kundgebung unternehmen wollen, die gefährlich sein könnte. In kurzem werde man dem Parlament sagen, was man getan habe; es werde dann über das vollendete Werk und über die erzielten Ergebnisse urteilen. Im Vertrauen auf den Patriotismus der ganzen Budgetkommission wie auf den aller guten Franzosen, bitte er, der Minister, die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht noch zu vermehren.

Portugal.

Der monarchistische Putschversuch.

Lisboa, 12. Oktober. Eine amtliche Depesche aus Braganza, die gestern um 10 Uhr abends bekannt wurde, besagt, die Monarchisten hätten Portugal über Oeiras verlassen, seien aber über Seriget bei Chaves wieder zurückgekehrt. Eine Depesche aus Chaves von gestern 10 Uhr 35 Min. abends meldet: Die Monarchisten fahren fort, sich an der Grenze zu entwickeln, bemüht, sich den Rückzug nach der spanischen Seite zu sichern. Aber sie können nicht weiter vorrücken. Die Republikaner hoffen, sie binnen kurzem in die Flucht zu schlagen oder aufzureiben.

Gewerkchaftliches.

Gewerkchaftliche Leistungen.

Mit der von dem Magdeburger Bürgermeisteressel auf den Ministerstuhl avancierte Herr Lenz im Reichstage seine eigenartige Kenntnis der Gewerkschaftsverhältnisse der Mittel- und Nachwelt kund und zu wissen getan, indem er Gewerkschaftsbeiträge mit Steuerleistungen auf eine Stufe stellte und dabei auch noch in den Zahlen sich vergriff, da war er der Held der Scharfmacher. Sie, die das Personal aus der „Firma Regierung“ sonst nicht sehr achtungsvoll behandeln, fierten nun den Minister als große Denkste, gab er ihnen doch Gelegenheit, gegen die Gewerkschaften zu hegen. Immerhin muß man den Blättern vom Schläge der „Post“ und der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zugute halten, daß sie berufsmäßig und geschäftsmäßig die Arbeiterorganisationen zu bekämpfen haben. Das kapitalistische Interesse bestimmt ihre Taktik, die Wahl der Mittel ist für sie kein Faktor der Moral.

Andererseits beurteilen ist das Verhalten der Zentrums- und christlichen Gewerkschaftspresse. Bei ihr darf man nicht als mildernden Umstand gelten lassen, daß Unternehmerinteresse ihr Urteil trübe. Sie kennt die Gewerkschaftsbewegung, sie wußte, daß Herrn Lenzes Zahlen und Argumente falsch waren. Trotzdem wollte man sich die schöne Gelegenheit, die freien Gewerkschaften zu verdächtigen, nicht entgehen lassen. In mehr oder weniger — verschämter Weise listeten die frommen Blätter ihren Lesern die ministeriellen Ansichten gegen die Gewerkschaften auf; gerade so, wie sie nun auf Scharfmacherkommando Terrorismusgeschichten erfinden und verbreiten. Dabei mußten sie wissen, daß die Angriffe gerade mit Bezug auf die freien Gewerkschaften am allerwenigsten berechtigt waren. Die öffentlichen Abrechnungen der Verbände lassen da gar keinen Zweifel zu. Da gerade jetzt, aus Anlaß der Veröffentlichung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die Kämpfe im Jahre 1910, wieder Betrachtungen über Vielstreikerei den Spießer graulich machen, erscheint es nützlich, in die Betrachtung kommenden Zahlen der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen zusammenzustellen. Die Ziffern, nach den Abrechnungen für 1910, ergeben das folgende Bild. Es betragen in Mark:

	Freie Verbände	Christliche Verbände	Girch-Dundersche Verbände
Einnahmen	64 372 178	5 490 000	2 928 693
Ausgaben für Streiks	19 068 972	1 299 500	339 928
Unterstützungen	30 000 000	1 039 519	1 068 528

Die Zahlen zeigen die Ueberlegenheit der freien Verbände, weiter aber auch, daß diese nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu ihren Gesamteinnahmen die höchsten Leistungen an die Mitglieder aufweisen. Es stellt sich nämlich heraus, daß die als Streikvereine verlästerten freien Gewerkschaften sogar mehr an Unterstützungen zahlen, als die Girch-Dunderschen Harmonievereine, von den Christenverbänden erst gar nicht zu reden. Die freien Verbände stehen mit den direkten Zuwendungen an die Mitglieder weit aus an erster Stelle. Die nachfolgende Aufstellung illustriert das. Vom Hundert der Gesamteinnahmen verwenden für:

	Streiks	Unterstütz.	Streiks und Unterstütz. zusammen
Die freien Gewerkschaften	29	47	76
Christlichen Verbände	22	19	41
Girch-Dundersche Vereine	11,8	36,4	48

Das sind die Resultate aus dem kampfreichsten aller Jahre, denn es brachte den Gewerkschaften 9690 Bewegungen mit 1 025 542 beteiligten Personen, während die bisher höchsten Zahlen das Jahr 1906 mit 8150 Bewegungen und 917 748 beteiligten Personen aufwies. Die Ergebnisse werden die braven Christen nun wahrscheinlich dazu benutzen, um die freien Verbände als für die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter bedeutungslose Unterstützungsvereine zu denunzieren, wie das früher auch schon geschehen ist. Das hindert sie natürlich nicht, bei passender Gelegenheit doch wieder über die Streikorganisationen sich zu entrüsten, deren Zweck lediglich der sei, die Arbeiter ins Elend zu stürzen, um sie unzufrieden und für die Sozialdemokratie reif zu machen.

Gegen christliche und scharfmacherische Verdächtigung und Verleumdung ist kein Kraut gewachsen!

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Arbeiter in den Eisengießereien.

Die streikenden Former und Gießereiarbeiter versammelten sich vollzählig am Donnerstagsvormittag in den „Pharusälen“, um Cohen's Bericht über die Situation zu hören. Bis auf einen geringen Rest sind alle Betriebe, die zum Ring der Metallindustriellen gehören, stillgelegt worden; es streiken 3035 Personen, die sich auf 23 Betriebe verteilen. Der Direktor eines großen Werkes hat sich und andere damit getrübt, daß der Streik nur von kurzer Dauer sein könne, denn er sei überhaupt nicht gültig, es fehle die Zweidrittelmajorität; er rechnete mit 6000 beschäftigten Personen. Der Herr ist im Irrtum und seine Aufrechnung ist falsch. Der Streik besteht in vollem Umfang und die Streikenden sind einig, ihre Reihen sind geschlossen. Die Firmen, die dem Ring nicht angehören, sind von der Organisation nicht angegriffen worden, aber die Arbeiter dieser Firmen stehen bereit, ebenfalls die Arbeit niederzulegen, wenn es die Situation erfordern sollte. Cohen erklärte: Ich warne diese Firmen, den bestreikten Ringbetrieben irgendwelche Hausarbeiten zu leisten, da in solchem Falle die Arbeiter nicht zögern würden, sofort die Arbeit einzustellen. — Die Ringbetriebe sind mit ihrem Guß in großer Verlegenheit und versuchen auch, Modelle außerhalb Berlins unterzubringen, aber sie begegnen dort vielen Schwierigkeiten. Die Konjunktur ist gegenwärtig gut, und die Städte mit neuentwerter Metallindustrie haben meistens allerlei Kämpfe hinter sich. Streiks oder Ausperrungen, wodurch sich die Arbeit angehäuft hat; sie werden also kaum besondere Hilfe leisten können. — Es fehlt auch nicht an Versuchen, die Streikenden uneinig zu machen und sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Die „Unterstützungsvereine“, vor denen die Organisation stets gewarnt hat, weil sie nur zur Unterstützung der Unternehmer da sind, rühren sich. Man kennt sie besser als gelbe Vereine, die sich die Unternehmer als Schutztruppe gebildet haben. Bei der Firma Ludwig Loewe hat der „Werkverein“ ein Flugblatt herausgegeben, das anscheinend von den Unternehmern selbst diktiert ist. Es lautet:

„Wieder einmal kommt es zum Streik bei unserer Firma und wieder handelt es sich um eine Nachprobe des Metallarbeiterverbandes. In der Gießerei legen die Organisierten die Arbeit nieder. In unserer Gießerei wird jedoch der Betrieb unter allen Umständen aufrecht erhalten. Der Streik wird voraussichtlich genau so enden wie in Maschinenbau, mit einer glänzenden Niederlage des Metallarbeiterverbandes. Kollegen, laßt Euch nicht von anderer Seite aufheulen! Der Vorstand des Werkvereins erwartet, daß jedes Mitglied weiter arbeitet.“

Werkverein Ludwig Loewescher Arbeiter.
Der Vorstand. J. A. Denz.

Cohen wandte sich gegen den Inhalt dieses Flugblattes, weil von einer „Nachprobe“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes darin die Rede ist; er zeigte, daß gerade die Unternehmer ihren Nachdruck nicht überwinden konnten, darum die Ablehnung der §§ 15, 16, 17. Materiell konnten sie spielend leicht bewilligen, was gefordert wurde. Glücklicherweise ist die Zahl der gelben Streikenden viel zu gering, als daß sie einen Schaden anrichten könnten. — Neuerdings hat Herr von Vorsig dem Arbeiterausschuß seiner Fabrik erklärt, daß es sich bei diesem Formstreik eigentlich nur um ein „Mißverständnis“ handle. (Allgemeine Bewegung in der Versammlung.) Cohen trat dieser Auffassung sehr bestimmt entgegen und erklärte, daß man sich bei den letzten Kommissionsberatungen am vorigen Freitag über alle Punkte vollständig klar war, daß ein Mißverständnis ausgeschlossen sein mußte. Ein Mißverständnis der Situation bestand auf Seiten der Unternehmer darin, daß sie glaubten, sie könnten ihre ablehnende Haltung bewahren, ohne daß es zum Streik kommen würde.

In Vorsigs Betrieb soll heute eine Versammlung der Arbeiterschaft (Dreher, Schloßer usw.), von der Betriebsleitung einberufen, stattfinden, in der die Streiklage besprochen werden soll. Cohen wünschte, daß er dazu eingeladen würde, damit er zur Klarstellung der behaupteten Mißverständnisse sein Teil beitragen könne. Im übrigen habe er zu den Arbeitern von Vorsig das Vertrauen, daß sie sich nicht betren lassen. Werde sein Wunsch, eingeladen zu werden, nicht erfüllt, so dürfe die Betriebsleitung sich nicht wundern, wenn die Arbeiter ungünstige Schlüsse für die Arbeitgeber daraus ziehen. Cohen gab der Ueberzeugung festen Ausdruck, daß die Sympathien der ganzen Kollegenschaft in der Metallindustrie auf Seiten der Streikenden seien. Diese Sympathien würden nicht geringer werden, wenn auch vielleicht in den nächsten Tagen Tausende die Arbeit aussetzen müßten, weil es an dem nötigen Guß mangelt. Der Deutsche Metallarbeiterverband sei gerüstet und vorbereitet, wenn auch die Zahl der Streikenden durch Ausgehende oder Ausgesperrte erheblich größer werde. (Großer Beifall.)

Der Vorsitzende erteilte den Streikenden die nötigen Instruktionen und machte eine genaue Uebersicht der beteiligten Kategorien von Arbeitern bekannt. Unter anderem erwähnte er, daß in den bestreikten Betrieben vor dem Streik täglich 9400 Zentner Guß hergestellt worden ist, während jetzt kaum 500 Zentner pro Woche fertiggemacht würden. — Die Polizei hat vor den bestreikten Betrieben Doppelposten aufgestellt, aber einige Firmen haben sich den Polizeischutz verbeten, da diese Posten nur unnützes Aufsehen machten und man keine einzelnen Leute einsperrten könne, sondern den Verlauf der Bewegung abwarten müßte. — Die Streikposten werden aber deswegen nicht zurückgezogen, denn stets Wachsamkeit ist auf alle Fälle geboten.

Die Streiks in der Wäscheindustrie Berlins.

Wie Sie gestern Abend in der Wäschearbeiterversammlung des näheren berichtete, sind die Verhandlungen bei der Firma Wohl u. Schumann gescheitert, da die Firma zu irgendwelchen annehmbaren Zugeständnissen sich nicht bereit finden ließ. Demgemäß dauert der Streik fort, und dasselbe gilt von den Firmen Blume sowie Simon.

Arbeiter! Käufer! Kauft nur dort, wo die grünen Plakate aushängen! Beachtet die Veröffentlichungen in der heutigen „Vorwärts“-Nummer.

Die Firma Wüstendörfer u. Senfner in der Kochstraße 59, im Laden, die neuerdings mit Hochdruck Reklame macht für ihre Fabrikate, kann ganz bestimmt mit den Löhnen, die ihre Arbeiter (die Firma beschäftigt nur Heimarbeiter) für ihre Sorten erhalten, keine Reklame machen. Lag es nun am Wuchhalter oder lag es am Chef, Herrn Haade, kurzum bis vor ganz kurzer Zeit erhielten sogar die Arbeiter für dieselbe Sorte einen verschiedenen Lohn. Als neben verschiedenen anderen Ronita auch diese Wertwürdigkeit zur Sprache kam, geriet Herr Haade in große Aufregung, unter deren Einfluß er sogar den üblichen Umgangston ganz vergaß, indem er den bei ihm vorsprechenden Beauftragten des Verbandes neben verschiedenen anderen Liebenswürdigkeiten das Wort „Pöter“ an den Kopf warf.

Geger! Bei Löhnen von 10,50 M. pro Tausend in der Heimarbeit hergestellter Widel und Zigarren bedarf es keiner Pöter! Dergleichen Löhne wirken an sich aufreizend genug. Es ist anzunehmen, daß Herr Haade alle diese Dinge nur durch die Weile seines Wuchalters sieht, daher auch diese unmotivierte Aufregung. Wenn man mit solch einer Reklame aufwartet, so möge man auch bedenken, daß all der Lichterglanz der Affischen nicht inlande ist, die düstere Lage, in der sich die Arbeiter befinden, in freundlichere Farben zu tauchen.

Tabakarbeiter-Verband. Jahrsstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der westfälischen und sippischen Tabakarbeiter sollte vom Donnerstag, den 12. d. M., an vor sich gehen. Der Kampf wird von den Fabrikanten gegen das Koalitionsrecht geführt. Von den Arbeitern wird die Unterzeichnung eines Schriftstückes verlangt, wonach sie sich verpflichten sollen, aus der Organisation auszutreten. Die Tabakarbeiter auf den westfälischen Dörfern sind begeistert und weisen das Ansinnen der Arbeitgeber zurück.

Ein eigenartiger Tarifkonflikt.

Durch die Lohnbewegung der Lithographen und Steindruckere ist auch das Hilfspersonal in der Leipziger Stein-, Licht- und Rollen-druckerei in einen Kampf hineingezogen worden, der jetzt zu einem Prozeß vor dem Landgericht Leipzig führen wird. Das Hilfspersonal hat mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen, der eigentlich erst am 31. Dezember d. J. abläuft. Als nun die Lithographen bei ihrer Lohnbewegung am 8. September die Kündigung einreichten, schritten die Unternehmer zu Massenkündigungen des Hilfspersonals, obwohl dieses am 6. September in einer Versammlung seine Neutralität in dem Kampfe zwischen Lithographen und Steindruckerebestreikern ausdrücklich beschlossen hatte. Einer Anrufung der Tarifinstanzen wichen die Unternehmer aus, und da somit ein offenkundiger Tarifbruch der Unternehmer vorlag, hielten sich die Hilfsarbeiter ebenfalls nicht mehr an den Tarif gebunden und beschloßen deshalb am 27. September unter diesem Zwonge der Verhältnisse die Aufhebung des Tarifvertrages. Gleichzeitig wurde die Einreichung neuer Forderungen beschlossen, und als auf diese bis 6. Oktober keine Antwort kam, kündigten an diesem Tage in 18 Betrieben 347 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Insgesamt sind jetzt 930 Personen an der Bewegung beteiligt. Statt nun sich zu Verhandlungen zu begeben, haben einstweilen drei Firmen gegen den Verband Klage auf Wiederherstellung des Tarifvertrages angestrengt, die am 21. Oktober vor der 10. Zivilkammer des Leipziger Landgerichts verhandelt werden wird.

Vom Streik in der Kartonagenindustrie in Chemnitz.

Von den in 40 Betrieben in Frage kommenden 520 Arbeitern und Arbeiterinnen legten 356 die Arbeit nieder, darunter sind 247 Arbeiterinnen. Von in den Betrieben stehengebliebenen sind eine ansehnliche Anzahl jugendlichen Alters, die vielfach durch die Eltern behindert, entgegen ihrem Willen sich an der Bewegung nicht beteiligen durften.

Gleich am ersten Streiktag nahm sich die Polizei der Arbeitswilligen an, sie holte die Arbeitswilligen am Abend von der Fabrik ab und geleitete sie nach Hause.

Wenn Streikposten stehen müssen sich die Streikposten, besonders die Arbeiterinnen, die gemeinsten Verhöhnungen gefallen lassen, es

ist sogar vorgekommen, daß sie von den Fabrikanten und deren Frauen und deren Anhang angepöbeln wurden.

Den Fabrikanten kann nur entschuldigend über ein solches Verhalten zu gute gehalten werden, daß sie bisher noch nie von der Arbeiterkraft ernstlich mit Forderungen bedacht wurden. Sie haben auch bei dieser Bewegung nicht geglaubt, daß die Schachtelmacherbetriebe zum Teil vollständig stillgelegt werden würden.

Zuzug von Buchbindern, Kartonagenarbeitern und Arbeiterinnen ist streng fernzuhalten.

In der Luxuskartonagen- und Stuckfabrik Richter u. Weisbach (früher Rohne u. Jahn) wurde eine Verständigung erzielt durch Festlegung einer Preistabelle für Affordarbeiter und einer Lohnzulage von 8 Pf. für Lohnarbeiter und Arbeiterinnen. Ferner wurden 5 Pf. mehr für Ueberstunden bewilligt. Die Arbeitszeit von bisher 54 Stunden bleibt bestehen.

Bei der Firma Richter u. Weisbach kann folglich Arbeit genommen werden; die Kartonagenfabrik Wag Stopp, Chemnitz-Kappel, ist nach wie vor gesperrt.

Teuerungszulage für städtische Arbeiter in Nürnberg.

Da die vom Stadtmagistrat Nürnberg bewilligte Familienzulage bei Zustimmung des Gemeindefiskus nicht fand, haben nunmehr beide Kollegien in Uebereinstimmung beschlossen, den Arbeitern 1,40 M., den Arbeiterinnen 0,70 M. pro Woche und Person, den Beamten 6 M. und den Beamtinnen 8 M. pro Monat als Teuerungszulage zu gewähren. Bei Beamten und Beamtinnen erfolgt die Zulage nur, soweit das Gehalt 1800 M. nicht übersteigt.

Die Zulage wird ab 1. Januar 1912 gewährt und gilt vorläufig auf ein Vierteljahr. Die Gesamtsumme beträgt etwa 100 000 M.

Aus Industrie und Handel.

Der Kapitalbedarf der heimischen Industrie ist in diesem Jahre außerordentlich groß. In den Monaten Januar bis August 1911 wurden in Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. 55,67 Millionen Mark neuinvestiert. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung um 41,13 Mill. Mark. In den ersten acht Monaten der Jahre 1907—1911 belief sich die Summe der Neuinvestierungen auf Millionen Mark:

Jahr	1907	1908	1909	1910	1911
Neuinvestierungen	20,10	23,00	31,20	14,54	55,67
Zu resp. Abnahme	+ 2,00	+ 8,20	- 16,68	+ 41,13	

Gegen 1907 ergibt sich eine Zunahme der Neuinvestierungen um 35,57 Mill. Mark. Der größte Teil des im laufenden Jahre dem Geldmarkte entnommenen Kapitals wurde zu Neugründungen verwendet. Im Vergleich zum Vorjahre haben aber auch die Kapitalerhöhungen ganz bedeutend zugenommen. In den Monaten Januar bis August betragen die Neugründungen und Kapitalerhöhungen in Millionen Mark:

Jahr	1908	1909	1910	1911
Neugründungen	9,20	22,94	10,84	32,19
Kapitalerhöhungen	13,80	8,26	8,70	29,48

Im Vorjahre wurden nur relativ sehr geringe Kapitalerhöhungen vorgenommen.

Letzte Nachrichten.

Die Lage der türkischen Truppen.

Rom, 12. Oktober. „Giornale d'Italia“ meldet in einer Sonderausgabe aus Tripolis: Nachrichten der Araber zufolge wird die Lage der türkischen Truppen, die sich nach dem Innern zurückgezogen haben, immer verzweifelter. Zahlreiche Desertieure ergeben sich den italienischen Behörden, auch die Kamessführer, die die türkischen Truppen mit Lebensmitteln begleiteten, desertieren, indem sie die Tiere und die Lebensmittel mit sich nehmen.

Nach demselben Blatte sind jetzt im ganzen 22 000 Soldaten in Tripolis gelandet; auch die früheren Minister Sonnino und Guiffardini sind dort angekommen.

Dreihundert Sträflinge entweichen.

Rom, 12. Oktober. Die „Giornale d'Italia“ aus Tripolis meldet, sind während der Beschießung 300 Sträflinge entwichen; anbauend werden Plünderer festgenommen. Es wurden Schriftstücke des Komitees für Einheit und Fortschritt beschlagnahmt, in denen die Araber zum Passafce der Italiener aufgefordert werden. Die Ankunft weiterer Araberhäuptlinge des Innern gilt als bevorstehend.

Cholera in Tripolis.

Malta, 12. Oktober. Wie das Neuterische Bureau meldet, ist in Tripolis die Cholera ausgebrochen. Vier Personen sollen bereits gestorben sein.

Ein Gefangenenaufseher wegen Bestechung verurteilt.

Frankfurt a. Main, 12. Oktober. (W. H.) Die Strafkammer verurteilte den Gefangenenaufseher Heinrich Heimann wegen passiver Beamtenebestechung und Kuppelrei zu einem Jahr Gefängnis. Er hatte im Laufe mehrerer Monate einem zu Zuchthaus verurteilten Untersuchungsgefängenen Ware und alkoholische Getränke zugesiebt und außerdem viermal nachts von 12 bis 1 Uhr die Gellichte des Gefängnisses in die Zelle gelassen. Der Gefangene erhielt 8 Monate wegen aktiver Beamtenebestechung und die Geliebte, eine Kellnerin, wegen aktiver Bestechung und Hausfriedensbruchs sechs Wochen Gefängnis.

Schweres Fahrstuhlunglück.

Chemnitz, 12. Oktober. (W. L. B.) In einer hiesigen Maschinenfabrik ereignete sich heute nachmittags beim Ausprobieren eines neuen Fahrstuhls ein schweres Unglück. Der Fahrstuhl, auf dem sich mehrere Elektromonteur von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft befanden, stürzte vom vierten Stockwerk in die Tiefe. Vier Elektromonteur wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Dort ist einer der Verunglückten bald nach der Entlieferung gestorben.

Folgeschwerer Gerüstesturz.

Wien, 12. Oktober. (W. H.) Heute nachmittags stürzte im neunten Stadtbezirk in der Latzfakgasse das Gerüst eines Neubaus ein und riß die auf ihm arbeitenden Arbeiter mit in die Tiefe. Zwei Personen wurden schwer verletzt aus den Trümmern gezogen, fünf sollen noch unter ihnen begraben sein.

Sturmfluten in Mexiko.

New York, 12. Oktober. (W. L. B.) Wellungen aus Mexiko beziffern den durch den mehrtägigen Orkan an der Küste von Sonora angerichteten Schaden auf mehrere Millionen Dollars. Mehrere Orte sind überschwemmt bzw. völlig zerstört. Die Zahl der Umgekommenen wird auf dreißig angegeben, auherdem werden viele Personen vermisst.

Graf Wolff-Metternich vor Gericht.

Das gestern nachmittag um 4 Uhr gefällte Urteil gegen den Angeklagten ging dahin: Angeklagter wird wegen dreier Betrugsfälle zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, von denen sechs Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet werden. Die Begründung des Urteils

ging dahin: Um zu einer Beurteilung der Frage zu kommen: Hat sich der Angeklagte des Betruges in einer Reihe von Fällen schuldig gemacht oder nicht? müssen wir prüfen, was ist in dieser Verhandlung an objektiven Tatsachen erwiesen und was ist erwiesen über den Charakter, die Lebensanschauungen des Angeklagten und ferner, wie läßt sich nach dieses alles unter die Paragraphen des Strafgesetzes subsumieren? Da müssen wir beginnen mit der Frage nach der Lebensanschauung, der Lebensstellung und der gesellschaftlichen Stellung des Angeklagten. Wir haben da gehört, daß der Angeklagte eigentlich vom Anfange seines Lebens an seinem Vater Sorge und Nummer bereitet hat. Auf den verschiedenen Gymnasien, auf denen er gewesen ist, hat er schon — natürlich in kleinerem Umfange — Schulden gemacht. Er mußte auch öfter die Schulen wechseln, weil er nicht recht vorwärts kam. Dann sind die Differenzen größer geworden, der Angeklagte hat einen Selbstmordversuch unternommen. Sein Vater hielt es für notwendig, ihn zunächst einmal nach Amerika zu schicken. Hier hielt er es nur einige Zeit aus und kam dann wieder zurück. Da sich aber auch nach der Rückkehr ein einigermaßen angenehmes häusliches Verhältnis mit dem Angeklagten nicht herstellen ließ, hielt es der Vater für angemessen, ihn wieder nach Amerika zu schicken, und gab ihm dieses Mal eine größere Summe Geldes mit, etwa 4000 M., welche die Grundlage für eine Existenz bilden sollten. Auch in diesem Falle ist es dem Angeklagten nicht geglückt, sich zu halten. Nach kurzer Zeit hatte er das ganze Geld verbraucht und kam wieder nach Hause. Nun wies ihm sein Vater direkt die Tür. Er ließ sich bereit finden, dem Angeklagten noch monatlich 30 Mark zu geben, aber der Angeklagte sowohl wie sein Vater mußten sich sagen, daß diese Summe nicht zum Lebensunterhalt ausreichen, sondern nur die Existenzmöglichkeit, die Möglichkeit einer Wohnung gewähren konnte. Nach kurzem Aufenthalt in Frankfurt kam der Angeklagte nach Berlin. Das Gericht hat keinen Zweifel daran, daß der angeklagte Baron v. Trepitz-Jenner ein Schwindler war und daß der Angeklagte nicht gemutht hat, daß dies der Fall war, vielmehr geglaubt hat, daß dieser ihm eine Stellung verschaffen würde. Bald mußte der Angeklagte aber erkennen, daß es sich um einen Schwindler handelte, nachdem er ihm selbst einen Wechsel über 5000 Mark gezeichnet hatte. Nun stand der Angeklagte wieder einem Nichts gegenüber. Jetzt setzt nun das Verhalten des Angeklagten ein, wie es im Eröffnungsbeschluss ihm als Straftat zur Last gelegt wird. Er hatte nichts und hatte auch einstweilen keine Aussicht, Geld zu bekommen, er hat also in seiner ernstlichen Weise sich bemüht, sich Arbeit, eine Anstellung, überhaupt einen Verdienst zu verschaffen, sondern er hat angefangen drauflos zu leben, und dieses Leben gelebt er, wie er wußte und wissen mußte, nur auf Schulden und auf eine ganz ungesicherte spätere Aussicht, in bessere Verhältnisse zu kommen. Erleichtert wurde ihm das sehr, Kredit wurde ihm von allen Seiten entgegengebracht infolge seines Namens. Der Angeklagte hat gelebt und wie hat er gelebt! Das muß man bedenken. Da wird ein Automobil gekauft, ein teures Reitpferd, beim Schuhmacher wird eine Rechnung von 500 Mark gemacht in kaum einem Jahre, beim Schneider werden Sachen für 1000 Mark bestellt, dann muß eine goldene Uhr für 400 Mark angeschafft werden und es werden Dekorationen für über 100 Mark gemacht. Der Rosenstrauß muß besonders keine Rosen haben, die erst besorgt werden müssen, weil sie sonst kaum im Handel sind. Der Angeklagte verkehrt dann mit den teuersten Kokotten von Berlin in den Sallokalen und

gibt dort in einer Nacht das Doppelte von dem aus, was eine Arbeiterfamilie in einem Monat zu verzehren hat.

Das ist das Bild, was wir von dem Leben des Angeklagten notwendig gewinnen mußten. Er weiß darauf hin, um sein beschriebenes Leben darzutun, daß er eine Wohnung für nur 30 Mark und eine Pension von 90 Mark monatlich gehabt hatte. Das hat aber wohl daran gelegen, daß es wohl selten Pensionsmütter geben wird wie Fräulein Ullmann, die den Angeklagten nahm, obwohl er ihr sagte: „An Geld ist vorläufig nicht zu denken, vorläufig muß ich alles auf Vorrat nehmen“, und die ihm dann noch einmal 1000 M. und dann 800 M. zur Verfügung gestellt hat, ohne daß bestimmte Aussichten auf Rückzahlung vorhanden waren. Daß sonst das Leben des Angeklagten nicht so einfach war, sehen wir auch daraus, daß er ständiger Gast im Hotel Esplanade war, von dem wir wissen, daß es kein billiges Lokal ist. Zu diesem Leben gehörte Geld, Geld und immer wieder Geld. Wir sehen, zu welchem wenig fruchtlosen Mitteln der Angeklagte zum Schluss gegriffen hat, um sich Geld zu verschaffen. Mit schlimmen und verächtlichen Selbagenten ist er vielfach zusammengekommen, um sich Darlehen von kleineren und höheren Summen zu verschaffen. Mit Leuten, die ihm ziemlich unbekannt waren, wie Hagenow, Schöfänger usw. hat er Wechsel auf hohe Summen geschrieben, ohne sich viel darum zu kümmern, was aus den Wechseln wurde. Wir sehen, daß er ohne irgendwelche weitere Erkundigungen über die Sicherheit der Geldmänner, sogar gegen ein Darlehen von 2000 M. 50 000 M. Geschäftsanteile einer Teppichfabrik übernahm, daß er sich Legira, Klassikerausgaben bestellte, von denen er nie Gebrauch machen wollte, nur um sich in irgend einer Weise Geld zu machen. Das ist das, was der Angeklagte getan hat. Nun fragen wir uns, welche Aussichten hatte er, die von ihm gemachten Schulden jemals bezahlen zu können? Konnte er überhaupt darauf rechnen, sie in absehbarer Zeit zu bezahlen? Da hat er ausgeführt, daß ihm eine Ausübung mit seiner Familie in Aussicht gestanden hätte, daß er sogar der Meinung gewesen wäre, daß nach zwei Jahren sein Vater ihm ohne weiteres eine große Zulage gewähren werde. Das Gericht ist gegen teiliger Ansicht. Vielleicht hätte sich der Vater dazu verstanden, ihm wieder zur Seite zu stehen, aber wenn er wußte, wie sein Sohn hier in Berlin lebt, daß er nichts geworden ist, sich um nichts bemüht hat, daß dann ein größerer Fuschuh von seinem Vater zu erwarten war, davon kam nach Ansicht des Gerichts nicht die Rede sein. Die folgenden Vorgänge haben dies ja auch bestätigt. Der Angeklagte hat dann ferner immer auf seine Heiratsprojekte hingewiesen. Es ist darüber gesprochen worden, ob seine Heiratsprojekte ihm eine Erwartung darauf gaben, in den Besitz großer Summen zu kommen. Auch hier kann nur betont werden: Wir haben ja den praktischen Erfolg gesehen, daß es dem Angeklagten nicht geglückt ist, eine reiche Frau zu bekommen. Er hat dann erst später eine Frau geheiratet, die ihm die Mittel zur Verfügung gestellt hat. Aber hier ist es ihm nicht gelungen und er mußte Berlin verlassen, weil er sich wegen seiner Schulden nicht halten konnte. Es soll nicht gesagt werden, er schätzte, aber er konnte sich hier nicht halten, weil er fertig war mit seiner Kreditfähigkeit. Tatsächlich konnten ihm aber auch die Heiratsprojekte, die er hatte, absolut keinen Grund geben, sich für kreditfähig zu halten. Denn sämtliche Projekte sind nicht weiter hinausgekommen, als über einen Schriftwechsel mit einem Heiratsagenten und mit Buchwald. Bei Frau Dolly Pinkus nimmt das Gericht an, daß er sich längere Zeit eingebildet zu haben scheint, daß sie ihm bereits als Frau anheimzufallen werde. Es ist dem Angeklagten geglaubt worden, daß er sich mindestens einbilden konnte, sie zu heiraten. Daß diese ganz unsicheren Heiratsprojekte ihm aber keinerlei Berechtigung geben konnten, bestimmte Verpflichtungen zu machen, kann keinem Zweifel unterliegen. In allen Fällen der Anklage, mit Ausnahme von einigen ganz kleinen Warenschulden, wußte er nicht, ob er sie zu dem bestimmten Termin bezahlen konnte. In allen Fällen ist also ohne weiteres gegeben, das Bewußtsein des Angeklagten, daß seine Gläubiger geschädigt würden. Nichts weiter ist nötig zu dem einen Tatbestandsmerkmal des Betruges. Er braucht nicht die Absicht gehabt zu haben, seine Gläubiger zu schädigen, er brauchte nur das Bewußtsein gehabt zu haben, daß sie geschädigt würden. Dieses eine Merkmal, das für alle Fälle zutrifft, ergibt aber nicht allein das Tatbestandsmerkmal

des Betruges, dazu gehört mehr. Daß er die Absicht hatte, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, bedarf keiner Erörterung. Zu dem Tatbestandsmerkmal des Betruges gehört aber noch, daß er falsche Vorspiegelungen gemacht hat, und dadurch einen Irrtum bei seinen Gläubigern erregt hat. Das Gericht geht nicht so weit, die Unterbrechung wahrer Tatsachen schon darin zu sehen, daß er nicht von vornherein mittelte, daß er unermöglicht sei. Das Gericht muß verlangen, um das Tatbestandsmerkmal des Betruges zu erblicken, daß der Angeklagte tatsächlich durch falsche Vorspiegelungen seine Gläubiger getäuscht hat. Weil dieses in den allermeisten Fällen nicht hat festgestellt werden können, sind die Mehrzahl der Anklagefälle in Wegfall gekommen. Dagegen bleiben

Drei Fälle

übrig, bei denen die Vorspiegelung falscher Tatsachen erwiesen ist. Das ist erstens der Fall Gustle-Stöck, dann zweitens der Fall Gorch und drittens der Fall Reich. Der Gerichtshof hat nicht den geringsten Zweifel daran, daß die Gustle tatsächlich dem Angeklagten ein Darlehen von 1000 Mark gegeben hat. Wenn die Gustle uns das allein bezeugt hätte, so würde es uns nicht einfallen, daraufhin den Angeklagten zu verurteilen, denn die Zeugnis hat nach mancher Richtung hin doch Bedenken erregt. Die Aussage der Gustle wird aber außer Zweifel gestellt durch eine Linnenege anderer Tatsachen. Die Zeugin Heide hat bekundet, daß die Gustle zunächst zu Stöck kam und eine Summe von weit über 1000 M. vorzeigte. Als sie nach einigen Tagen wiederkam, hatte sie das Geld nicht mehr, sondern einen Wechsel von 1200 M. und sagte, das Geld habe sie einem Grafen geborgt. Ferner kommt die Aussage des Rechtsanwalts Wallien hinzu, der auf Veranlassung der Gustle dem Angeklagten mit seinen Worten schrieb, er habe sich des Betruges schuldig gemacht nach der Behauptung der Gustle. Jeder andere hätte daraufhin mit Enttäufung gesagt: „Was denkt sich diese Person!“ Der Angeklagte ging zu Rechtsanwält Wallien und erhob den Einwand des Wuchers gegen die Gustle, weil der Wechsel auf 1200 M. lautete, während er nur 1000 M. erhalten habe. Wenn der Angeklagte es jetzt so darstellt, als ob er den Einwand des Wuchers nur bedingungsweise erhoben habe, so hält das Gericht dies nur für eine leere Ausruf, die gegenüber der Aussage des Rechtsanwalts Wallien nicht standhalten kann. Hinzu kommt, daß der Angeklagte auch einer anderen Kokotte, der Zeugin de VDr gegenüber, das Ansuchen gestellt hat, ihm gegen einen Wechsel von 500 M. 300 M. zu borgen. Hinzu kommt noch der Brief an die Gustle, in dem er fälschlich angibt, er hätte die Braut schon getroffen. Nimmt man alle diese Punkte zusammen, so kann kein Zweifel bestehen, daß der Angeklagte das Geld von der Gustle bekommen hat und daß er es bekommen hat unzweifelhaft auf Grund falscher Vorspiegelungen. Er hat der Gustle erzählt, daß er 2000 M. monatlich zu verzehren habe. Daraufhin hat sie ihm das Geld gegeben. Er kann sich nicht damit entschuldigen, daß er damals auf die Brautschau mit einer vielfachen Millionärin ging, denn er hatte die Dame noch nicht gesehen, sondern nur einen Brief von Buchwald bekommen. Bemerkenswert ist noch, daß der Angeklagte bei der späteren Auseinandersetzung mit Stöck noch das naive Ansuchen gerichtet hatte, ihm für 3000 M. Brillanten zu verkaufen, die er noch auf Kredit haben wollte. Es kommt der Fall Gorch, wo sich der Angeklagte ein Automobil gegen eine Anzahlung von 1000 M. verschafft hat. Er hat es wenige Tage nachher, sobald sich ihm die Möglichkeit bot, verlehrt. Der Angeklagte hat sich darauf berufen, daß ihm der Kredit auf seinen guten Namen hin gewährt worden sei. Der Gerichtshof nimmt an, daß er den Wagen nur zu dem Zweck gekauft hat, um sich damit aus einer großen Verlegenheit zu helfen und sich 5000 M. zu verschaffen. Es kann nicht die Rede davon sein, daß er von dem Zeugen Wellmer die Erlaubnis erhalten habe, den Wagen zu verlehren. Dagegen sprechen alle begleitenden Umstände und die übliche Aussage des Wellmer. Wenn man sich überlegt, daß Wellmer das Geschäft ausdrücklich abgelehnt hätte und nur auf direkte Anweisung aus Widau es gemacht hat, so muß man doch sagen: er würde von Sinnen gewesen sein, wenn er sich nun in dieser Weise seiner Firma gegenüber verantwortlich gemacht hätte. Der Angeklagte war nicht berechtigt, den Wagen zu verlehren, er hat auch Herrn Wellmer ausdrücklich versichert, er wolle ihn nicht verlehren, aber er hatte doch

Kleines Feuilleton.

Voran man in Deutschland stirbt. Eine im kaiserlichen Gesundheitsamt verfaßte Zusammenstellung über die Sterbefälle aus bekannten Todesursachen in Deutschen Reiche im Jahre 1909 zeigt, daß hier eine der häufigsten Todesursachen die Altersschwäche ist, der von insgesamt rund 1,08 Millionen Sterbefällen über 106 000 Personen erlagen. Demgegenüber starben an angeborener Lebensschwäche fast 73 000 Kinder, während über 59 000 totegeborenen wurden. Am kindstreichsten starben noch immer mehr als 3000 Frauen und an anderen Folgen der Geburt über 3500 Frauen. Der Lungentuberkulose erlagen nicht weniger als 91 000 Personen, der Tuberkulose anderer Organe fast 14 000 und akuter Miliartuberkulose 1900 Personen. Gleichfalls 90 000 Personen raffte die Lungenerkrankung dahin, andere Erkrankungen der Atmungsorgane 81 000, der Infuenza über 6500. Es starben an Krankheiten der Kreislauforgane 88 000, der Haut- und Geschlechtsorgane 20 000 und der Verdauungsorgane fast 140 000, wozu noch 3700 Todesfälle an Blinddarmentzündung treten. Ein Gehirnschlag setzte dem Leben von fast 40 000 Menschen ein jähes Ziel, während fast 55 000 an anderen Krankheiten des Nervensystems starben. Dem Krebs der verschiedensten Organe und anderen Neubildungen erlagen 53 000, dem Typhus 2600, der Rose 2300 und anderen Wundinfektionen fast 5000. Auch die Kinderkrankheiten erforderten zahlreiche Opfer; so der Scharlach 11 000, Malaria und Mädel über 10 000 und Diphterie und Keuchhusten je über 15 000. Einest gewaltigen Todes starben fast 38 000 Personen, darunter nicht weniger als 14 000 durch Selbstmord und über 1300 durch Mord und Totschlag. Die Sahara als Binnensee. Man weiß, daß im Altertum die Sahara keineswegs in ihrer heutigen Ausdehnung Wüste war, daß sie vielmehr in ihren nördlichen Teilen, z. B. im alten Numidien, außerordentlich fruchtbar und mit den herrlichsten Palmenwäldern bewachsen war. Aber die Vandalen und Sarazenen haben die Palmenwälder niedergebrannt; so wurde dem Lande die Feuchtigkeit entzogen; der unauflösliche Schnee über die Sahara streichende Nordostpassat trug die ausgedörrte Humusschicht in Staubwolken davon, und das ehemals blühende Land wurde so zur Stein- und Sandwüste. Es herrscht nun kein Zweifel daran, daß große Teile der Wüste auch heute noch wieder zu fruchtbarem Ackerlande umgestaltet werden können, wenn es gelänge, die Sahara ausgiebig zu bewässern. Wundersame Projekte dieser Art sind schon vorgelegt worden; es fehlt aber zu deren Durchführung sowohl an Geld wie an technischen Möglichkeiten. Jetzt ist in französischen Gelehrtenkreisen, wie wir einer Studie der Zeitschrift „Les Colonies“ entnehmen, ein neues Projekt dieser Art aufgetaucht. Wollte man früher die ganze Sahara mit Kanälen durchziehen, was schon wegen der hohen Lage weiter Gebiete der Wüste völlig unmöglich ist, so will sich das neueste Projekt darauf beschränken, die Gewässer des Mittelägyptischen Meeres durch einen einzelnen Kanal von etwa 80 Kilometer Länge in die Teile der Sahara zu leiten, die unter dem Meeresspiegel liegen. Auf diese Weise soll die Wüste in ihren niedrigsten Teilen überflutet und in einen Binnensee von riesenhaften Dimensionen umgewandelt werden. Man glaubt, daß diese große Wasserfläche im

Süden von Algerien und Tunis auch eine erhebliche Veränderung des Klimas herbeiführen würde, so daß auch die höher gelegenen Wüstengebiete, die jetzt durch die Einwirkung der außerordentlichen Trockenheit absolut unfruchtbar sind, allmählich durch den Fall von Regen anbaufähig werden würden. Daß die französische Kolonialverwaltung solche Ziele im Auge hatte, als sie sich den größten Teil der Sahara sicherte, steht fest und ist schon häufig zum Ausdruck gekommen. Vorläufig ist man an solche Projekte noch nicht herangetreten; aber die Zeit wird kommen, wo sich der kühne Ingenieur findet, der es unternimmt, die größte Wüste der Erde zu erheblichen Teilen wieder in fruchtbares Land zu verwandeln.

Theater.

Neues Schauspielhaus: Wägl, Komödie von Arno Holz und Oskar Jeschke. Holz und Jeschke sind unter die Schwanvögel gegangen. Ihr „Traumulus“ versteht schon sehr erheblich gegen das radikal-naturalistische Programm, nach dem Arno Holz in der Sturm- und Drangperiode vor zwei Jahrzehnten das Drama reformieren wollte. In dem „Wägl“ wird mit der einst so hoch verehrten Wirklichkeit ein derart leichtfertiges Spiel getrieben, daß die inzwischen ja entschlafene Theorie sich noch in ihrem Grabe umdrehen dürfte. Sonst liegt indes kein Grund zu Jeremiaden vor. Das reinliche Bekreiden, das die komödiantische Behandlung einer verzweifeltsten, Wägl wendenden Situation im Anfang hervorruft, ging dann, als die Verfasser ihren Delinquenzen für die ausgestandene Todesangst so liberale entschuldigende, in ungemessene Feilerkeit über. Die bergoch angehäuften Unmöglichkeiten erhöhen die Komik, und in allen tollen Liebertreibungen jüden gewisse charakteristische Grundzüge des Helben — sein unerschütterlicher Optimismus, seine phantastische, prahlschöne Zügelkunst und das gewalttätige, verwegene Verbrechennatur — mit so viel epigrammatischer Schlagkraft durchgeföhrt, daß der Eindruck eines Typischen entsteht. Dieser dem Schafott entwachte Fremdenlegonär, der es zum bewundernden Heros der europäischen Presse bringt, prägt sich ähnlich wie der Strebermahlheld Nabogas der Sardouischen Komödie als repräsentativ gesteigertes Abbild einer ganzen Menschenpeges der Erinnerung ein. Auch die moderne Sensationslust und der Spitzbubenstil in dem Neuzugestaltlich und den Prozeßberichten der Wägl wird dabei äußerst lustig verflüchtigt. In einer Aufwallung der Eifersucht hat Wägl einen Unteroffizier und gemeinen Leutnant erstickt. Er ist als Mörder verurteilt, sein Gnadengeßel abgelehnt, Staatsanwalt und Waffner bemühen sich vergeblich, ihm ein bußfertiges Geständnis abzulocken. Er flucht und tobt. Wenn die Exekution nur ein paar Tage ausgeschoben würde, dann fände sich gewiß Gelegenheit zur Flucht. Als er erfährt, daß einer seiner Freunde, mit dem er in der Mordnacht zusammen war, sich ins Ausland fortgemacht, erstimmt er rasch das Märchen, jener sei der Täter und bringt den Rechtsanwält um seinen Augenblick dazu, den Antrag auf ein Wiederaufnahmeverfahren einzubringen. Aus der bekommenen Schwüle dieser psychologisch übrigens sehr gut beobachteten Szenen geht dann die Fahrt ins blaue Land der Märchenwälder. Wägl brennt durch und logiert sich auf den Bergen in einem gut verschauzten Jagdschloß des Prinzen mit seiner Lebergen ein. Den Wächter wirft er einfach in den Graben. Soldaten schleichen den

Feind ein. Im nahen Gasthaus nimmt der Staatsanwalt Quartier mit den Zeitungsmenschen, die den Belagerungskrieg in alle Welt hinausstelegraphieren. Auch der Prinz, der eine Kompromittierung durch die von Wägl im Geheimarchiv gefundenen Liebesbriefe fürchtet, findet sich ein und erhält schließlich gegen das telephonisch abgegebene Versprechen, die Begnadigung zu befürworten, von dem Belagerten die Zusage freier Einfahrt. So wie der hohe Herr sein Automobil verlehrt, läßt Wägl sich hinein und raßt der Grenze zu. In diesem ausgelassenen zweiten Akte kulminiert das Stück. Der dritte, der den Mann auf seiner Höhe in Paris zeigt — die französischen Geschworenen haben ihn unter allgemeinem Jubel freigesprochen — bringt dann noch einige glänzend parodistische Einfälle, doch auch manche förende Breiten. Eine flotte Aufführung erhöhte die Wirkung. Glänzend war Heinz Salfners Fremdenlegonär, ebenso echt in den naturalistischen Szenen des Anfangs wie in dem Postenkrübel und unter den spanfernenhöhen des Schlußakts. Die Herren Hiegel, Paaschen, Kaiser-Tiz brachten den Humor in den Figuren des Abolaten, des Staatsanwalts und der Durchlaucht bisseet und eindrucksvoll zur Geltung. Das Publikum applaudierte höchst animiert.

Musik.

Im zweiten Akt fingen sie ein Langduett; mit ausgebreiteten Armen hängt sie an ihm und wird zuletzt von ihm hinausgetragen. Und die Melodie schlägt so durch, daß das Publikum sogar anzufängt mitzufingen. Aber die richtige Liebe kommt erst am Schluss, in einer „Finalette“ (wie's da heißt). Erst muß noch die Frau Rechtsanwält auch ihre beiden Töchter gegen die bösen Männer aussprechen und die Vossigen ihres eigenen Namens als ihre ersten Klientinnen bekommen. Was endlich auch der hohe Gerichtshof sich im Walzerlaste wiegt. Das also ist der Tertius der neuen Operette „Die mörderne Eva“, nach irgendeiner französischen Vorlage. Am Mittwoch wurde sie im Neuen Operetten-Theater unter obligatem Entzücken zum ersten Male aufgeföhrt. Die Wägl für den Abend war „Die leusehe Susanne“, die wir im Sommer an derselben Stätte kennen gelernt hatten. Der Komponist von damals, Jean Gilbert, hat sich mit dem begnügt, was sich ihm bewährt hatte. Zahlreiche musikalische Späße unterbrechen die Langeweile. Man will kein Saurotopf sein und nicht abermals daran denken, wie viel Interesse hier der dramatischen Kunst durch die Wäglentzen entzogen wird, will nicht einmal den Vergleich mit dem lebhafteren Atem wirklicher Poffen wagen. Man freut sich vor allem einer so tüchtigen schauspielertischen Leistung, wie sie hier von der Altistin Posbi Augustin in der Rolle der Rechtsanwältin geboten wird, und nennt gern auch Wägl Wägl als Vertreterin der Titelrolle. Schließlich gerät man noch in einen Ausstellungsbericht hinein: die rote und grüne Sezession an den Wänden und in den Kostümen macht Epoche und Furore. Notizen. Theaterchronik. Im Charlottenburger Schiller-Theater wird die „Antigone“ von Sophokles in der Uebersetzung von Wilbrandt vorbereitet. Die erste Aufgeföhung ist auf Dienstag, den 17. Oktober, angesetzt. In der Titelrolle wird Helene Mitscher ihr Engagement antreten.

von Anfang an die Absicht des halbjährigen Versuches. Das ist eine Vorwegnahme falscher Tatsachen, er konnte auch nicht mit der Möglichkeit rechnen, daß er den Wagen nicht werde einlösen können. Er hat den Wagen ja schließlich eingelöst, aber nur mit Hilfe des Amtsrichters Grafen v. d. Schulenburg, der ihm das Geld mit einigen Zögern gegeben hat, weil er sich sagte, der ihm befreitete Angeklagte könnte in große Verlegenheit kommen und er ihm aus der Kasse helfen wollte. Es ist auch hier charakteristisch, daß der Angeklagte 8500 M. borgt und nur einen Teil dazu verwendet, um das Automobil auszulösen, den übrigen Teil aber behält. Das ist eine wenig schöne Handlung, die auch dadurch nicht aus der Welt geschafft wird, daß Graf Schulenburg hier bekundet, es wäre ihm auch recht gewesen, wenn der Angeklagte ein paar hundert Mark zu anderen Zwecken verwendet hätte.

Dann kommt als dritter der Fall Mich. Hier hat er das Pferd im Februar 1910 gekauft, also zu einer Zeit, als er sich schon in hoher Bedrängnis befand und als von ernstlichen Verdrängungsprojekten nicht mehr die Rede sein konnte. Nach der Ueberzeugung des Gerichts hat der Angeklagte das Pferd lediglich gekauft, um sich darauf Geld zu machen. Wenige Tage nach dem Kauf stellte er es schon zum Verkauf, er hat sich überhaupt das Pferd wenig angesehen und auf den Preis kam es ihm gar nicht an. Es handelte sich für ihn nur darum, Geld zu erhalten. Er hat dies nicht nur verschwiegen, sondern auch versprochen, den Wechsel am 1. Mai einzulösen, da er angeblich um diese Zeit Gelder bekomme. Das war eine falsche Vorwegnahme, denn er hatte keinerlei Sicherheit, zu diesem Termin der Frau Mich 2500 M. zahlen zu können.

In allen anderen Fällen hat der Gerichtshof zu einer Verurteilung des Angeklagten nicht kommen können. Es handelt sich da zumeist um Geschäftsleute, die ihm bereitwillig Kredit gewährt haben und er hat ja auch Abzahlungsplan gemacht. Er hat in diesen Fällen auch direkte falsche Vorwegnahmen nicht gemacht. In anderen Fällen hat das Gericht deshalb nicht angenommen, daß er sich bewußt war, eine Vermögensschädigung zu begehen, das ist namentlich in allen den Fällen nicht anzunehmen, wo noch andere Personen auf den Wechsel standen.

Nun handelt es sich noch um die Frage: sind diese Fälle auslieferungsfähig und können sie abgeurteilt werden oder muß das Verfahren eingestellt werden. Da kann es keinem Zweifel unterliegen, daß in allen Fällen die Tatbestandsmerkmale des Betruges sowohl nach österreichischem als nach deutschem Recht gegeben sind.

Wir kommen nun zum

Strafmaß.

Da ist im weitesten Maße berücksichtigt worden, daß sich der Angeklagte in schlimmer Lage befand. Er war von seiner Familie einseitig vor die Tür gesetzt und hatte auf Unterstützung von dort nicht zu rechnen. Das war schlimm für ihn. Er war nach seinem ganzen Bildungsgange, nach seiner Zugehörigkeit zu einer altblütigen Familie und seinem ganzen Charakter — der Gerichtshof folgt hierin ganz dem so lichtvollen Vortrage des Oberarztes Dr. Förster — ein großer Optimist, der sich einbilden mochte, über lang oder kurz zu Geld zu kommen und er war ferner ein Mann, der wenig fähig war, sich im Leben zu halten. Es muß aber betont werden, daß das Gericht die Behauptung des einen Verteidigers, das Verhalten des Vaters sei eine Schändung des Blutes, aufs höchste gemißbilligt hat und der Meinung ist, daß von einer Verurteilung dieses Ausdrucks in keiner Weise die Rede sein kann. Aber andererseits muß zugegeben werden, daß er von der Familie hart angefaßt wurde. Der Angeklagte war dadurch, daß er nichts Rechtes konnte, nichts wußte, nicht arbeitsfähig, aber auch nicht arbeitswillig war, in eine sehr üble Lage versetzt, wenn auch nicht zu billigen ist, daß er sich in solcher Lage nicht auf das äußerste beschränkte und nicht versuchte, sich eine Existenz zu schaffen. Der Sachverständige hat mit Recht gesagt, daß der Angeklagte das Produkt seiner Erziehung und der Verhältnisse teilweise war.

Es soll ihm auch im weitesten Maße angerechnet werden, daß er bei seinem Optimismus meinte darauf rechnen zu können, später einmal zahlen zu können. Die spätere Erfüllung der Verpflichtungen kann im Zustande des Betruges an sich nicht befehlen, aber dazu beitragen, die Verurteilung milder zu beurteilen. Schließlich war zu erwägen, daß der Angeklagte schließlich in der Tat versucht hat, den Schaden wieder gut zu machen und mit Hilfe seiner Frau, die ihm ja in uneigennützigster Weise zur Seite gestanden, versucht hat, den Schaden zu beseitigen, und ihm dies auch wohl gelungen wäre, wenn er nicht verhaftet worden wäre.

Trotz der sehr erheblichen Objekte und obgleich das ganze Verhalten des Angeklagten ein sehr leichtfertiges und verwerfliches war, hat der Gerichtshof 3 h milde Strafen eingesetzt und zwar: für den Fall Gustl 3 Monate, für den Fall Horsch 5 Monate, für den Fall Mich 4 Monate und hat diese Einzelstrafen auf neun Monate Gefängnis zusammengezogen.

Als nach Verkündung des Urteils der Vorsitzende erklärte: „Ich schließe die Sitzung“, rief der Angeklagte Graf Metternich sehr erregt: „Ja mache von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch! Ungerecht! Natürlich: der Name mußte verurteilt werden, das ist ja selbstverständlich, das habe ich schon vor vier Wochen gesagt. Den Grafen Metternich kann man nicht laufen lassen; wenn es ein Schutze oder Mäuer gewesen wäre, hätten die Herren anders geurteilt. Das ist deutsche Gerechtigkeit! In Rußland wäre so etwas nicht möglich gewesen. — Als die Verteidiger den Angeklagten zu beruhigen suchen, ruft er mit lauter Stimme: „Ja soll Horsch falsche Tatsachen vorwegnehmen haben? Dabaha! Das ist klaffend! Bei solcher verdammten Ungerechtigkeit soll man ruhig bleiben!“

Der Angeklagte wurde nach kurzer Besprechung mit seiner Gattin und den Verteidigern in das Untersuchungsgefängnis zurückgeführt.

Aus der Partei.

Die Arbeiterschule der dänischen Sozialdemokratie.

Gemäß den Beschlüssen des letzten dänischen Parteitages sowie des Gewerkschaftskongresses der dänischen Arbeiterkassen hat jetzt die Arbeiterschule der Sozialdemokratie in Kopenhagen ihre Tätigkeit begonnen und zwar vorläufig als Abendkurse. Die Unterrichtsgegenstände sind: Nationalökonomie, Geschichte des Sozialismus, Statistik, Geschichte und Prinzip der Gewerkschaftsbewegung, Verwaltung in Staat und Kommune sowie dänische Sprache. Die Kosten werden von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsam getragen. Seitens der Organisationen ist eine größere Anzahl von Schülern angemeldet worden, als in diesem ersten Halbjahr der Schulträchtigkeit Aufnahme finden konnten. Die Schüler sind in zwei Abteilungen geteilt und jede Abteilung erhält an zwei Abenden der Woche Unterricht. Selbstverständlich wird darauf hingewirkt, die Schule im Laufe der Zeit immer mehr auszubauen, um sie zu einer Hochschule für die Arbeiterbewegung zu gestalten.

Jugendbewegung.

Lehrer und staatliche „Jugendpflege“.

In einer Konferenz der Direktoren für die Provinz Hessen-Rhassau hielt der Vorsitzende der Jugendfürsorgezentrale der preussischen Ministerien, Herr Vogel-Verlin, einen Vortrag über das Thema: „Wie gründet und leitet man Jugendclubs an Anstalten und Mädchenschulen im Sinne des Ministerialerlasses über Jugendpflege?“ Vogel wies nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung nach, daß von den etwa vier Millionen Jugendlichen von konfessionellen, interkonfessionellen und politischen Vereinen nur etwa ein Fünftel erreicht werden, daß also noch reiche Arbeit bestehe und von Konkurrenz unter den Trägern der Arbeit

keine Rede sein könne. Der Minister empfahl den Anschluß der Klubs an die Schulen. Die Versammlung stimmte den Anregungen des im Auftrag seiner vorgelegten Behörde handelnden Referenten selbstverständlich zu und nahm die folgende Resolution an:

„Die Besucher der Versammlung von Direktoren Hessen-Rhassau sind durchdrungen von der Notwendigkeit einer zeitgemäßen Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Diese Aufgabe ist als eine der allerwichtigsten neuzeitlichen Erziehungsfragen nur durch ein harmonisches Zusammenwirken aller Volksschichten mit den Staats- und Gemeindebehörden zu lösen. Ueberzeugt, daß die berufsmäßigen Erzieher hierbei in den vordersten Reihen stehen müssen, gibt die Versammlung der festen Hoffnung Ausdruck, daß Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen bestrebt sein werden, im Verein mit Behörden und Vertretern aller Stände durch Bildung von „Lehrstellennachweisen“ und „Jugend-Clubs“ an der Förderung der schulentlassenen Jugend, auf der die Zukunft unseres Volkes ruht, in tatkräftiger Weise mitzuwirken.“

In gleicher Weise wie hier in Hessen-Rhassau stellen sich die Lehrer auch in anderen Bezirken und Bundesstaaten in den Dienst der staatlichen Bekämpfung der freien Jugendbewegung.

Aus Industrie und Handel.

Vorbereitungen für ein deutsches Petroleummonopol.

Zu den in der jüngsten Wochenübersicht schon kurz besprochenen neuesten Fusionen in der Petroleumproduktion sei heute noch ein Abriß ihrer vorhergehenden Entwicklung nachgetragen. Um die Deutsche Erdölaktiengesellschaft — vor kurzem noch Deutsche Tiefbohrergesellschaft — hellen sich immer mehr die Petroleummächte Deutschlands, sie sitzen sogar schon in Oesterreich-Ungarn, Galizien und Rumänien. Neulich tritt die gewaltige Machtverschiebung und Erweiterung auf diesem Gebiete dadurch in Erscheinung, daß die Deutsche Erdölaktiengesellschaft, die zu Beginn des Jahres nur 8 Millionen Mark Aktienkapital hatte, es vor einigen Monaten auf 13 Millionen erhöhte und jetzt dazu übergeht, eine weitere Steigerung auf 20 1/2 Millionen Mark vorzunehmen.

Anfangs 1911 umfaßte die Deutsche Tiefbohrergesellschaft — jetzt Deutsche Erdölaktiengesellschaft — Erdölunternehmungen im Elsaß, Elsaßische Petroleumgesellschaft in Amsterdamm und Walburg, Gesellschaft Gute Hoffnung bei Dürrenbach, und Badelbrunner Oelbergwerke, und die Gruppe der Vereinigten Deutschen Mineralölwerke A.-G., die durch Aktienbesitz die Gelle-Wiege A.-G., die Deutschen Erdölwerke Wilhelmshagen, die Hannoverische Erdölraffinerie, die Mineralölwerke Rheinau, und die Bohrergesellschaft Oldau-Südwinen beherrschte. Des weiteren gehörten zum Tiefbohrergewerbe die Deutsche Schachtbauergesellschaft m. b. H.; dazu kamen noch erhebliche Galizien- und Erdölgesellschaften, Beteiligungen bei der Eriten Rumänischen Bohrergesellschaft-Bularest und Interessen an der Austria Petroleumindustrie-Aktiengesellschaft, die wieder galizische Engagements hatte.

Die weiteren Transaktionen vervollständigten die Trustmacht gemäß sorgfältig vorbereiteten Plänen. Die Vereinigten Deutschen Mineralölwerke A.-G. Berlin wurden aufgelöst. Ihr Erdölbetrieb ging an die Deutsche Mineralölindustrie-Aktiengesellschaft, ihre Raffinerie an die Deutsche Tiefbohrergesellschaft. Die Deutsche Mineralölindustrie-Aktiengesellschaft ist seinerzeit durch die Internationale Bohrergesellschaft und den Schaaffhausenschen Bankverein gegründet worden. Die dritte war dabei die Deutsche Petroleumaktiengesellschaft; dies ist ein Trustunternehmen der Deutschen Bank, das deren gesamte Petroleuminteressen verwaltet. Die Deutsche Petroleumaktiengesellschaft ist auch die Vertreterin der Deutschen Bank-Interessen in der Europäischen Petroleumunion, der bekanntlich noch Rothschild-Paris und Gebrüder Nobel-St. Petersburg mit ihren Petroleumunternehmungen angehören. Die Europäische Union hat, wie nebenbei noch erwähnt werden soll, sehr bald den ursprünglichen in die Öffentlichkeit getragenen Plan, die Standard Oil Company zu bekämpfen, aufgegeben. Es besteht jetzt ein Bündnis mit den Amerikanern, demzufolge sie sich in Deutschland keine Konkurrenz mehr machen.

Das Zusammenfügen der Interessen der Deutschen Tiefbohrergewerbe in der Deutschen Mineralölindustrie-Aktiengesellschaft bedeutete also eine Vereinigung mit den Petroleummächten der Deutschen Bank. Mit dieser Transaktion war die elsässische, die hannoversche und die norddeutsche Erdölmacht unter einem Hut. An eine Frontstellung dieses deutschen Erdöltrusts gegenüber dem amerikanischen Petroleum oder auch nur an eine völlige Unabhängigkeit von ihm ist auch dabei nicht zu denken. Einmal sind es ja nur Kohlenbetriebe, die zu einem deutschen Trust vereinigt wurden. Die Raffinerien resp. die Verkaufsgesellschaften gehören durch die Deutsche Bank zu Europäischen Union, über deren Verbindung mit dem Standard Oil Trust schon weiter oben gesprochen worden ist. Außerdem muß aber beachtet werden, daß die Deutsche Mineralölindustrie-Aktiengesellschaft ihre gesamte Kohlenförderung noch für eine ganze Reihe Jahre an die Vacuum Oil Co. — das deutsche Tochterunternehmen des amerikanischen Petroleumtrusts — abgeschlossen hat. Es war also nicht das Interesse am Unabhängigmachen des deutschen Petroleummarktes von amerikanischen Einflüssen, sondern das Bedürfnis, die deutschen Petroleuminteressen zusammenzufassen, welche vor einigen Monaten diese Transaktionen herbeiführte.

Die Fusionstätigkeit ging bereits damals schon über das deutsche Gebiet hinaus. In Oesterreich-Ungarn übernahm die Deutsche Tiefbohrergesellschaft umfangreiche Unternehmungen, die sie sich alle mittels der üblichen Verschmelzungs-, Auflösungs- und Einordnungsmanipulationen anfügte.

Jetzt ist es nun zu einer weiteren Transaktion gekommen, die wieder durch ihren methodischen Plan darauf hinweist, daß hier eifrigst an der absoluten Konzentrierung der deutschen Petroleumkapitalien gearbeitet wird.

Deutsch-rumänische Petroleuminteressen werden jetzt mit der Deutschen Erdölaktiengesellschaft verschmolzen. Es handelt sich hier um die bis jetzt wenig ertragreichen rumänischen Unternehmungen der Gruppe Diskontogesellschaft-Veichröder. Die beiden Firmen waren seinerzeit Bankiers der rumänischen Regierung und fühlten sich deswegen wohl verpflichtet oder besser: anderen gegenüber genug im Vorteil, um sich an der im Entstehen begriffenen rumänischen Petroleumindustrie zu beteiligen. So wurde durch sie eine Kohlengewinnungs-, eine Raffinations- und eine Transportgesellschaft gebildet, deren Aktienmehrheiten in die allein zu diesem Zwecke gebildete Allgemeine Petroleumindustrie-Aktiengesellschaft eingebracht wurden. Dies Trustunternehmen der Diskontogesellschaft-Veichröder ist durch ihre drei Untergesellschaften auch noch an einer Anzahl anderer Petroleumunternehmungen interessiert. Die Allgemeine Petroleumindustrie-Aktiengesellschaft soll jetzt durch Aktienumtausch an die Deutsche Erdölaktiengesellschaft resp. den Deutschen Petroleumtrust übergehen. Für die Diskontogesellschaft und für Veichröder ist die ganze Sache ohne weiteres ein lukratives Geschäft. Denn sie lassen sich nicht nur einen Teil des Kaufpreises bar auszahlen, sondern übernehmen auch noch Aktien der Deutschen Erdölaktiengesellschaft, die an der Börse gehandelt werden und wegen deren guter Dividende annehmbare Preise erzielen. Die dafür in Eintausch gegebenen Werte der Allgemeinen Petroleumindustrie-Aktiengesellschaft sind nicht börsennotiert und haben überdies auch noch keine imponierenden Dividenden gebracht. Da so offensichtlich das materielle Geschäft auf der einen Seite liegt, muß ohne weiteres angenommen werden, daß einmal bestimmte starke Nachfrager im Deutschen Erdölmarkt für die Fusion sind, und daß man zum anderen hofft, in dem Erwerb der Spekulation stark auszunutzen rumänischen Petroleumunternehmungen für die Zukunft gute Kapitalanlagen zu besitzen. Die zudem auch Sicherstellung der Macht für den Fall eines deutschen Petroleummonopols bedeuten können. Die Verträge mit den Amerikanern sind ja alle in der Art abgeschlossen, daß ein Monopol ausbleibend wirkt. So oder so, der petroleumverbrauchende Konsument wird die Rechnung, die man jetzt begonnen hat anzuschreiben, sicherlich zahlen müssen.

Der Einfluß des Krieges. Während alle möglichen Gewerbetriebe, die im Verkehr mit dem Mittelländischen Meere stehen, über Handelsbeschränkungen durch den italienisch-türkischen Krieg klagten, kommt den Waffen- und Munitionsfabriken der kriegerische Konflikt sehr zu statten. Die Aktien solcher Unternehmungen sind denn auch in der letzten Zeit nicht unerheblich gestiegen, was sicherlich in der Hauptsache auf Staatsaufträge zurückzuführen ist, die von den kriegführenden Parteien ausgehen. Auch ist es klar, daß in solch unruhigen Zeiten ein jedes Land für den Fall der politischen Verwicklung Vorbehalte trifft. Für die anderen Gewerbe ist das allerdings kein Trost, denn je mehr die Kriegsunternehmungen verdienen, um so größer wird die Gefahr für die Stetigkeit der gewerblichen Entwicklung in anderen Betrieben.

Soziales.

Wie ist die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen geordnet?

In den Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 ist unter anderem eingehender die Frage behandelt: Wie ist die erste Hilfeleistung bei Unfällen geordnet? Es ist damit ein vielfach recht schlimmer Notstand bloßgelegt, der dringend energischer Abhilfe bedarf. Schon in den Berichten der vorhergehenden Jahre war von einzelnen Gewerbeaufsichtsbeamten darauf hingewiesen worden auf die Notwendigkeit besserer Verrichtung der bei Unglücksfällen sofort benötigten Verband- und Transportmittel und auf die Zuverlässigkeit der Personen, denen die erste Hilfe und Versorgung der Verunglückten obliegt. Nicht nur für größere Fabrikbetriebe, sondern auch für kleinere Werkstätten und Werkplätze hatte sich die Notwendigkeit herausgestellt, einmal festzustellen, wie weit in jedem einzelnen Betriebe diese Vorbehalte getroffen ist und in welchem Zustande die betreffenden Hilfsmittel, Verbandstoffe und Gerätschaften sich befinden. Bei den vorjährigen Ermittlungen hat sich herausgestellt, daß in größeren Betrieben meist zweckmäßige und ausreichende Mittel und Utensilien in gutem Zustande für die erste Hilfe und für den Transport der Verunglückten vorhanden sind, auch genügend dazu ausgebildete Personen zur Stelle sind. Allerdings auch nicht in allen größeren Betrieben. So wird aus dem Bezirk Bromberg berichtet: „In den Kleinbetrieben, namentlich auf dem Lande, fehlen häufig selbst die einfachsten Verband- und Desinfektionsmittel. Auch fällt es nicht selten auf, daß sogar in bedeutenden Betrieben die Verbandstoffe an recht ungeeigneten, dem Staub und Schmutz ausgefetzten Stellen aufbewahrt werden. Es ist erstaunlich, wie wenig zugänglich weite Arbeiterkreise für die einfachsten Lehren der antiseptischen Wundbehandlung sind. Infolgedessen häufen sich die Fälle, wo aus den unbedeutendsten Verletzungen durch Blutvergiftung die schlimmsten Folgen entstehen.“ Ja, woher sollen denn die Arbeiter das wissen? In der Schule und in der Fortbildungsschule bekommen sie davon auch nicht den geringsten Hinweis. Hier wäre ein Gebiet, auf dem die Fortbildungsschule, die männliche wie die weibliche, durch verständliche schlichte Darlegung der einfachsten hygienischen Grundfächer dringend nötige gemeinnützige Kenntnisse unter der Bevölkerung verbreiten könnte. Das ist geradezu eine Notwendigkeit, die sich auch aus anderen Berichten ergibt. So schreibt der Bericht aus dem Bezirk Königsberg: „In kleineren und ländlichen Betrieben läßt die Fürsorge für die erste Hilfeleistung, besonders die Art der Aufbewahrung vorhandener Verbandmittel, oft viel zu wünschen übrig. Von größtem Wert aber ist eine ausreichende Fürsorge in abgelegenen Werken (Ziegeleien, Sägewerken, Wassertriebwerken, landwirtschaftlichen Nebenbetrieben), da auf dem Lande ärztliche Hilfe oft schwer zu erhalten und der Transport eines Verwundeten nach dem Krankenhaus oder der Stadt meist größere Ansprüche an einen sachgemäßen Notverband, an die Rettung des Verletzten und die Wahl eines geeigneten Transportmittels stellt. Auf dem Gebiete der ersten Fürsorge für Verletzte bleibt daher namentlich auf dem platten Lande noch viel zu tun übrig.“ Der Bericht aus Cöpen sagt unter anderem: „In kleineren Betrieben fehlt es häufig an leistungsfähigem Verbandmaterial. Die etwa vorhandenen Verbandstoffe weisen oft ungewöhnliche Verbandstoffe auf, aber es sind nur sogenannt Verbandsäckchen da, die in ungeeigneter Weise aufbewahrt werden. Vielfach fand sich das Verbandmaterial bei der Verletzung auch in solem Zustande, durch Anfaulen beschmutzt oder sonst stark verunreinigt. Besonders unangenehm treten die geschädigten Leibelstände in Ziegeleien und Holzgewerken auf dem Lande in die Erscheinung, wo Schwierigkeiten mit der Beschaffung geeigneten Verbandmaterials bestehen.“ Ähnliche Leibelstände werden aus den Bezirken Erfurt, Hildesheim, Münster, Wiesbaden und Koblenz berichtet. Aus dem Bezirk Trier sagt der Bericht: „Die Beschaffung des Verbandmaterials und der sonst vorhandenen Mittel zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen war nicht immer einwandfrei und entsprach vielfach nicht den Grundbedürfnissen der modernen Heilunde und Hygiene.“ Auch der Bericht aus Berlin sagt, „daß die Einrichtungen für die erste Hilfeleistung bei Unfällen nur in Großbetrieben in bemerkenswerter Weise zur Entwicklung gelangt sind.“ In vielen Betrieben sind die Verbandmittel in bedenklichem Maße eingetrocknet oder verdorben und nicht selten allen Grundregeln der Hygiene zuwider verstaubt, verschmutzt und unordentlich aufbewahrt.“ Der Bericht aus dem Bezirk Breslau schreibt: „In zahlreichen Fällen fand sich das Verbandmaterial in Nigarrackisten oder Pappschachteln untergebracht oder lose umherliegend, verschmutzt und verunreinigt vor, und oft stellte sich zugleich heraus, daß die zur ersten Hilfeleistung bestellten Personen (Biermeister, Maschinenwärter, Bureauangestellte) über die Art und Weise der Benutzung der Mittel keinen Bescheid wußten. Inwieweit liegt die Sache bedenklich im argen.“ Allerdings sehr im argen liegt sie, und es ist nur gut, daß man ihr von anderer Seite wirksam beispringt, was auch von unbefangenen Aufsichtsbeamten anerkannt wird. So schreibt der Bericht aus dem Bezirk Köln: „In letzter Zeit haben sich auch die Arbeiterorganisationen mit der Frage der Hilfeleistung bei Unfällen befaßt. Sogenannte Arbeiterkameradschaften sind entstanden, deren Mitglieder eine gründliche Ausbildung für die Behandlung unfallverletzter Personen erhalten. In Köln zählt dieser von den freien Gewerkschaften gegründete Verein über 150 Mitglieder, von denen schon etwa 100 ausgebildet sind. Die Hilfeleistungen durch die Vereinsmitglieder erfolgten nach Angabe des Verbandes im Jahre 1910 bei 218 Betriebsunfällen. Die einzelnen Mitglieder müssen nach jeder Tätigkeit in Unfallangelegenheiten an Hand einer Meldebüchlein Bericht über ihre Leistung erstatten. Diese Berichte werden in geeigneten Fällen in den Auszubildungslehren als Lehrbeispiele verwendet. Das in den Vereinigungen großgezogene und gepflegte Gefühl der Kameradschaftlichkeit wird betätigt durch die Hilfe, die der Samariter seinen Mitarbeitern bei Unglücksfällen im Betriebe leistet. Darüber hinaus werden die Arbeiter aber durch ihre Tätigkeit als Samariter auf den Segen des vorbeugenden Unfallshutzes hingewiesen. Dieser Vorteil ist bei der häufig beklagten Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber der Unfallverhütung besonders hoch anzuschätzen.“ Aus diesem Grunde haben sich außer in Köln auch anderwärts nicht nur freie Arbeiterkameradschaften, sondern auch Arbeiterinnenkameradschaften gegründet.

Die Unzulänglichkeit der Unfallversicherung.

Der Arbeiter Josef G. war im Betriebe des Produktenhändlers J. R. als Knüttler beschäftigt. Außer dem Transport der Lumpen hatte er auch andere im Betriebe vorkommende Arbeiten zu verrichten. Am 4. Januar 1910 hantierte G. mit einem Lumpenballen, die Sodniumumhüllung war morsch, und als G. mit dem Ballen, den man zum Hantieren benutzt, einhaken und den Ballen umdrehen wollte, riß die Sodniumumhüllung und G. verletzte sich das rechte Auge.

G. stellte bei der Lagerer-Verunglücktenversicherung den Antrag auf Bewährung der Unfallrente; er wurde indessen abgewiesen, weil der Betrieb des Herrn R. zur Zeit des Unfalls noch nicht im Handelsregister eingetragen war und somit eine wesentliche Voraussetzung für die Versicherungspflicht genannten Betriebes in Gemäßheit des § 1 Abs. 1 Ziffer 7 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes fehlte.

Auch in der Berufungsinstanz, dem Schiedsgericht für Arbeiterbeschwerden für den Stadtkreis Berlin und dem Reichsversicherungsamt, wurde die Klage abgewiesen. In den Gründen des Reichsversicherungsamts heißt es u. a.: „Der Kläger war in der Lumpenhandlung des J. N. in Berlin beschäftigt und hatte neben anderen Arbeiten besonders den Transport der Lumpen als Aufsicht zu besorgen. In dem Betriebe des J. N. ist am 4. Januar 1910 beim Aufladen von Lumpen verunglückt. Der Betrieb des J. N. muß als Lagerungsbetrieb im Sinne des § 1 Abs. 1 Ziffer 7 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes angesehen werden. Die in einem solchen Betriebe beschäftigten Arbeiter sind nach der angezogenen Gesetzesvorschrift nur dann gegen Unfälle versichert, wenn der Betrieb mit einem Handelsgewerbe verbunden ist, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen steht. J. N. war zur Zeit des Unfalles nicht im Handelsregister eingetragen; ein später gestellter Eintragungsantrag ist vom Königlich-Preussischen Bezirksamt Berlin-Mitte mit der Begründung abgelehnt worden, daß das Geschäft des J. N. nicht eintragungsfähig sei, da es zum Kleingewerbe gehöre. War der Kläger sonach zur Zeit des Unfalles nicht in einem in die Unfallversicherung einbezogenen Betriebe beschäftigt, so steht ihm auch kein Entschädigungsanspruch nach Maßgabe des Unfallversicherungsgesetzes zu.“

Der aus der Urteilsbegründung hervorgehende Mangel der Unfallversicherung bleibt auch nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung bestehen. Wohl ist die Versicherungspflicht dann nicht mehr von der Eintragung in das Handelsregister abhängig, vielmehr entscheidet das Reichsversicherungsamt, ob der Betrieb zu denen des Kleingewerbes gehört. Damit bleibt aber das Risiko für den Arbeiter dasselbe. Ein sozialdemokratischer Antrag, der diese Unbill beseitigen wollte, ist bekanntlich abgelehnt worden.

Aus der Frauenbewegung.

Ein dänischer Regierungsvorschlag zur Unterstützung armer Witwen und ihrer Kinder.

Neben einer Reihe von Gesetzen, die dem Volke neue Lasten auferlegen, um weitere Mittel für den Militarismus aufzubringen, hat sich die dänische Regierung bei der Eröffnung des Reichstages veranlaßt gesehen, auch einen sozialen Gesetzentwurf einzubringen, durch den den armen Witwen und Waisen aus öffentlichen Mitteln ein Beitrag zum Unterhalt und zur Erziehung ihrer Kinder zuteil werden soll. Wie alle sozialen Gesetzentwürfe ist auch dieser auf die Initiative der Sozialdemokratie zurückzuführen. Auf Vorschlag unserer Genossen ist eine Untersuchung veranstaltet worden, die ergeben hat, daß in Dänemark 14 200 Witwen und 3100 Waisen vorhanden sind, deren Einkommen unter 800 Kronen im Jahre beträgt. Für die Versorgung kommen rund 30 000 Kinder in Betracht, und die Summe, die pro Jahr für ein Kind aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden soll, ist auf durchschnittlich 72 Kronen berechnet, so daß eine Jahresausgabe von 2 160 000 Kronen erforderlich sein wird. Ein Drittel der Summe soll aus Staatsmitteln, und zwei Drittel sollen aus kommunalen Mitteln aufgebracht werden. Die auf Grund des Gesetzes gewährte Unterstützung soll natürlich nicht als Armenunterstützung gelten, wird also mit keinerlei Einbuße an den Staats- und Gemeindegeldern verbunden sein. Es handelt sich bei diesem Entwurf um die ehelich geborenen Kinder, für die außerordentlich geborenen ist in ähnlicher Weise schon durch die bestehende Gesetzgebung gesorgt, und weil dies der Fall ist, kann man um so sicherer damit rechnen, daß der neue Entwurf auch die Zustimmung des Reichstages finden wird. Nebenbei haben auch unsere Parteigenossen ihre Ansprüche zu derselben Angelegenheit von neuem eingbracht, und sie werden jedenfalls dahin wirken, daß die Unterstützungsbeiträge nicht gar so niedrig bemessen werden. Ferner hat die sozialdemokratische Fraktion ihre Vorschläge zur Einführung einer Schulbesprechung von neuem eingbracht, die das Volk ebenfalls schon in früheren Sessionen beschäftigt, aber bisher nicht die Zustimmung der bürgerlichen Parteien gefunden haben.

Kontrollkuria der Rinderseuchenkommission für Wilmersdorf ist die Genossin E. Bahr, W. 15, Pfalzburger Str. 74, Gartenhaus 2 Treppen rechts.

Verfassungen - Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Das erste Klavierkonzert im Wälder-Saal, Lützowstr. 76, findet nicht um 4 Uhr nachmittags, sondern 8 Uhr abends am 15. Oktober statt. Mitwirkende: Fräulein Maria Kleblad, Herr Emanuel Reider, Herr Egon Petri, Frau Marg. Gille, Herr Walter Fischer. Billets à 50 Pfennig sind zu haben bei Horst, Engel-Ufer 15, Gottfried Schulz, Admiralstr. 40, Frau Klöckel, Fichtestr. 1, Frau Jordan, Lübecker Straße 43, Frau Kallide, Pringelstr. 102, Frau Köhler, Schreinerstraße 58, Frau Panzeram, Pappelallee 76, Frau Gahn, Hornborfer Straße 39, Frau Dörig, Steinwehstr. 23, Frau Hannemann, Rixdorf, Fontanestr. 25, Frau Jakob, Wiesenstr. 10, Frau Pohl, Rosfelder Str. 27, falls nicht ausverkauft, an der Kasse. — Montag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpnickstr. 98/97. Vortrag: Ernährung, Einkommen und Besteuerung. Referent: Emanuel Wurm. Gäste willkommen.

Verfassungen.

Der sechste Wahlkreis und der Parteitag. Im gestrigen Bericht sind die Ausführungen des Genossen Ledebour sehr kurz und summarisch wiedergegeben. Wir tragen zwei Neuierungen nach, auf die der Redner besonderes Gewicht legte. Genosse Ledebour verlas u. a. zum Beweis dafür, daß er mit der Behauptung recht habe, daß die französische Partei bei der Pariser Demonstration nicht eingeladen war, folgende Erklärung, die Genosse Brade, der Vertreter der sozialistischen Partei Frankreichs in Jena, in dem Parteitag „Le socialisme“ veröffentlicht hat:

„Infolge der großen Versammlung in Berlin hatten die deutschen Genossen, die Einladung der französischen Sozialisten annehmend, ihre Vertreter nach Paris zu dem bekannten internationalen Meeting geschickt. Sie erachteten es als selbstverständlich, daß in Frankreich die französische Partei zur Mitwirkung an dieser Versammlung eingeladen werden würde. Dies ist aber nicht geschehen; nach Unterhandlungen verstanden sich unsere braven Anarchos höchstens als Konzession dazu, daß ein sozialistischer Abgeordneter, Laband, das Wort nehmen würde, nach einer Erklärung des Vorsitzenden, daß dies auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Genossen geschah. Aber in keinem Augenblick ist die Partei als Partei eingeladen worden.“

Ferner verlies Genosse Ledebour auf folgende Erklärung aus der Frankfurter „Volkstimme“:

„Die Frankfurter „Volkstimme“ bringt in Nummer 231 (3. Oktober d. J.) in der 2. Beilage unter der Rubrik „Aus der Partei“ Ausführungen des Genossen Wels, welche derselbe in einer Berliner Versammlung gemacht hat und welche sich mit den Sonderberatungen der Linken auf dem Genauer Parteitag beschäftigen. Ohne uns mit der von der „Volkstimme“ eingenommenen Stellung zur Notwendigkeit von „Sonderberatungen der Linken“ heute zu beschäftigen — es ist Sache der Delegierten, den Organisationen, welche sie mit den Mandaten betraut haben, darüber Rechenschaft abzugeben — fühlen wir uns doch zur Abgabe folgender Erklärung veranlaßt, nachdem die „Volkstimme“ nur die Weisungen der Ausführungen bringt, nicht aber die ebenfalls im „Vorwärts“ erschienenen sachlichen Richtigstellungen der Genossen Stadthagen und Ledebour. Genosse Wels hat nach der „Volkstimme“ und bezugnehmend auf eine Besprechung der Linken vom Sonntag, 10. September, unter anderem gesagt: „Es handelte sich aber nicht um Lebensinteressen der Partei, sondern in der Hauptsache um die Absicht, fast den ganzen Parteivorstand zu stürzen. Für solche hinterlistige Aburteilung konnte ich mich nicht erwidern.“ Als Teilnehmer an jener Besprechung der Linken haben wir zu erklären, daß diese Behauptungen Wels falsch sind. In jener Sitzung wurde die Notwendigkeit einer Erweiterung des Parteivorstandes besprochen, aber von keiner Seite ist irgendwas beabsichtigt worden, um „fast den ganzen Parteivorstand zu stürzen“, oder, wie sich Wels geschmacklos auszudrücken beliebt, „hinterlistig abzumurken“. Tatsache ist, daß von einer Zusammenkunft der Linken ohne Widerspruch die Wiederwahl aller bisherigen Vorstandsmitglieder empfohlen wurde. S. Armbrust, S. Bender, S. Busch, R. Dymann, G. Hoch, Th. Rad.“

Redner erwähnte, er hätte diese Erklärung nicht zu verlesen brauchen, wenn der „Vorwärts“ sie gebracht hätte. Demgegenüber möchten wir zur Vermeidung von Irrtümern bemerken, daß die Erklärung lediglich deshalb im „Vorwärts“ nicht wiedergegeben wurde, weil eine Reihe ähnlich lautender Darlegungen von anderen Genossen an verschiedenen Stellen erfolgt waren und die Wiedergabe all dieser Stimmen aus Raumrücksichten untunlich erschien, zumal sie sich mit den im „Vorwärts“ abgegebenen Erklärungen deckten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“, 11. Heft des 2. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Die italienische Parteilichkeit vor dem irripolitischen Kriegszug. Von Oda Hilberg. — Die Aktion der Massen. Von R. Kautsky. — Karoffo und der deutsche Erzbecker. Von Otto Kue. I. — Sind Spartakus Hochfahrtsbeirathungen? Von Ernst Dink. — Zeitschriftenkassen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen zur Verfügung.

Die neuen bayerischen Steuergesetze. Inhalt: a) Einkommensteuergesetz, b) Kapitalertragssteuergesetz, c) Gewerbesteuersteuergesetz nebst Einfuhrungsgegesetz. Gelehrterlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Straße 50b, 75 R. Pringelstr. Sozialer Roman von Marie Schöb. Verlag von Neuh u. Nils in Konstanz, 1911. Gebunden 4 M., geheftet 3 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder von den Briefkasten bestimmten Posttage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Konkretenantwortung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Offen 6. Die Möglichkeit hängt von sehr verschiedenen Bedingungen ab. Können Sie doch mal abends in unsere Sprechstunde. — Karl Weibrauch. Wollen Sie sich an Herrn Hugo Lieb, Bahnhofsstr. 13 wenden, oder an das Ambulatorium für Sprachstörungen, Fingelstr. 19. Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 3-4 Uhr nachmittags Sprechstunde. — B. S. 93. Unverständlich! — W. 13. 6. Zentralverband der Handlungsgehilfen und Schulkinder Deutschlands, Neue Köpenicker Str. 20. C. 1000. 1. u. 2. Au S. R. den Deutschen Kaiser. — R. G. Reiml C. 100. Die sind Ihrer Auffassung. — R. Reginal 34. Gehuch an das Vormundschaftsgericht. — R. 29 332. Die Firmen, die Einspruch erhoben haben, sind für ihre Behauptung beweiskräftig. Das zweckmäßigste ist Beratung mit einem Patentanwalt. — Frankfurter Alice 144. Warten Sie den Bescheid der Staatsanwaltschaft ab; denselben bitten wir, der Redaktion zuzuleiten. — C. R. 72. Ja. — C. R. 5. Zur unentgeltlichen Nachholung der Arbeitsstunden sind Sie nicht verpflichtet. — G. 9. Ja, nach vorüberiger Ausforderung. Zunächst ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Mann wohnt. — B. R. 100. Sie sind zur Abholung verpflichtet, können auch einen dritten schriftlich bevollmächtigen. — D. S. 65. Sie können beliebige Marken einwerfen. — F. S. 33. Konfessionslos. — R. S. 4. Ob die Kinder eingeschult werden, hängt von den kirchlichen Instanzen ab. Der Austritt ist bei dem Amtsgericht anzumelden. — W. 30. Wenn eine Behinderung in der Passage nicht stattfindet, halten wir den Einspruch für unbegründet.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	11.10.	10.10.		11.10.	10.10.
Remel, Mühl	73	+4	Saale, Großk. 1	89	-3
Bregel, Jüterbog	-49	-3	Havel, Spandau 1	12	0
Wetzlar, Ebern	-2	+4	Havel, Rathenow 1	20	+9
Oder, Kattow	98	-5	Spree, Spremberg 1	88	+2
„ Krossen	92	+3	„ Biesfeld	82	+6
„ Frankfurt	45	+4	„ Rindow	76	-1
Saale, Schramm	-32	+2	„ Rindow	148	+3
„ Landsberg	-58	+3	Rhein, Maximiliansham	378	+18
„ Borcham	-96	-1	„ Am b	134	+6
„ Lützowstr.	-76	-9	„ Röll	91	-2
„ Dresden	-188	0	„ Havel, Heilsbrunn	36	+4
„ Barch	29	0	„ Havel, Berthel	65	-1
„ Magdeburg	85	+2	„ Havel, Trier	-	-

+) + bedeutet Hoch, — heißt —) Unterdecel.

Todes-Anzeigen

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Karl Graul
am 10. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes (Hermannstraße) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vertreter
Michael Böttcher
am 11. Oktober im Alter von 48 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig Kreuz-Kirchhofes, Mariendorfer, Offenbacher Straße 62, aus statt. 71/11
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Pankow.
Am Mittwoch, den 11. Oktober, um 11 1/2 Uhr, verstarb plötzlich unser Genosse, der Buchbinder
Bernhard Ehrt
im 37. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 23/20
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Am Mittwoch, den 11. Oktober, verstarb plötzlich an Lungenschlag unser altes treues Mitglied
Bernhard Ehrt
im 37. Lebensjahre.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
25/15 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Teilnehmern meinen herzlichsten Dank.
Frau Eva Strypat, Wehensee.
Dankagung.
Allen Bekannten sowie dem Wahlverein des 4. Kreises (298. Bezirk) für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines Deubers, Daniels und Schwagers
Albert Becker
unseren herzlichsten Dank. 10555
Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Emilie Becker.
Dankagung.
Für die überaus zahlreiche Teilnahme und Anwesenheit bei der Beerdigung unseres Sohnes **Ernst** sagen wir unseren besten Dank.
10555 W. Landmann und Frau.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Bezirk 17.
Am Dienstag, den 10. Oktober, verstarb nach langem Leiden unser Mitglied
Michael Böttcher.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen-Kirchhofes in Mariendorfer aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten und Bekannten insbesondere den Kollegen der Firma Typograph, Quittenstraße, den Freunden und Bekannten von Gäßgral und den Kollegen und Kollegen der Firma Schöne meinen herzlichsten Dank.
Frau Frieda Merkel geb. Lindenberg.
Dankagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines hochgeliebten Mannes, sage ich hiermit allen Freunden, Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
10555 **Amanda Lüdecke.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kernmacher
Robert Junghaus
am 8. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Okt. her, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rudolfer Gemeinde-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 12/10
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Montag nach 14 Uhr entschlief nach schwerem Leiden meine liebe Frau
Anna Blümke
geb. Schäfer.
In tiefer Trauer
Gustav Blümke nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

*Sob gajimulka gimnazyumskul
ist boljovinnos Wolzloffen
in Willy goloft.*

Ihr Gofalt mouff! S!

Für den ersten Schnee!

empfehle 1000 werten gedruckter Wab-Papier und Uffter, sog. Monatsgasherde. Für jede Feuer (auch für den nächsten Herrn) während auf Lager. Diese Sachen sind sehr in großen Werksstätten (auch auf Selbst) gearbeitet. Früher im Verkaufsbereich bis 100 M. jetzt zu folgenden extra billigen Preisen; auch neue

Deer.-Paletts 8.00, 12.00, 16.00, 18.00; Mod.-Anzüge 12.- 16.- 20.- 22.- M. 10.
Deer.-Häuser 10.- 12.- 16.- 20.- M. 10.
Jadett-Anzüge 9.- 12.- 14.- 19.- M. 10.
Deer.-Hosen 2.- 3.- bis 6.-

Verzeichnis von eleg. Anz. u. Gesellschafts-Anzügen.

J. Wand
Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, am G. A. D.
II. Geschäft: Chausseestr. 89.
III. Geschäft: Jägerstr. 11.

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter

kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von

Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.

Gangplatz: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 53, Ecke Weinmeisterstraße; Landwehrpforte 118, am Friedrichshagen; Rixdorf: Pergar. 66, am Ringbahnhof.



Zur Vermeidung von Verwechslungen: Die Firma **A. Wertheim** unterhält in Berlin nur diese 3 Geschäfte

A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung
Berlin W. 66
Leipzigerstr. 132/37.
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich.



Rosenthaler Str. Leipziger Strasse 132-37 Oranien Strasse

Extra-Preise

Freitag, Sonnabend:

Freitag, Sonnabend:

Herren- und Jünglings-Garderobe

Ulster grau oder bräunlich gemusterter Stoff, mit angewebtem Futter	39.00	Phantasie-Westen grau od. mode-farbiger Flanell, moderner Stoff	7.90	Ulster grau oder braun melierte Stoffe, mit angewebtem Futter	22.50
Winter-Paletots Marengo-Cheviot, mit Plaidfutter	36.00	Beinkleider gestreifte Stoffe, gute Qualität	10.50	Sacco-Anzüge ein- und zweireihig, moderne Stoffe, in verschiedenen Farben	21.00
Sacco-Anzüge 1 u. 2 reihig, bräunlich melierte Stoffe	48.00				

für ca. 15-18 Jahre:

Soweit vorhanden

Lebensmittel-Angebot

Obst, Gemüse u. Fische werden nicht zugesandt

Frisches Fleisch

Schmorfleisch	Pfd. 90 Pf.
Roastbeef	Pfd. 1.05, ohne Knochen 1.40
Fehltrippe u. Brust	75, bei 5 Pfd. 70 Pf.
Kamm u. Querrippe	70, bei 5 Pfd. 65 Pf.
Gulasch Pfd. 70, Gehacktes Pfd. 60 Pf.	
Frischer Schinken im Ganzen	Pfund 70 Pf.
Schweinefilet	Pfund 1.20
Schweinekoteletts 80, im Ganz.	75 Pf.
Kamm und Schuft	Pfd. 70 Pf.
Pökelkamm	Pfund 70 Pf.
Eisbein (Dickbein)	Pfund 65 Pf.
Rückenfett	5 Pfd. 3.20
Hammelkeule im Ganzen	Pfd. 80 Pf.

Kasseler Rippespeer
Pfund 60 bis 75 Pf.

Fleischwaren

Mausschinken ca. 2 1/2-3 1/2 Pfd. schwer	Pfd. 1.15
Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd.	Pfd. 1.00
Braunsch. Zervelatwurst in Fettdarm	Pfd. 1.30
Salamiwurst	Pfd. 1.20
Zervelatwurst in Rinddarm	Pfd. 1.20
Teewurst	Pfd. 1.10
Feine Leberwurst	Pfd. 90 Pf.
Pastetenleberwurst	Pfd. 1.00
Landleberwurst	Pfd. 85 Pf.
Rotwurst	Pfd. 45, 70 Pf.
Ochsenzungen tafelfertig in Dosen netto eingewogen, 1 1/2-3 1/2 Pfd.	Pfd. 2.40
Fetter Speck in Stücken von ca. 4 Pfd.	Pfd. 65 Pf.
Delikatess-Brühwürstchen 12 Paar Inhalt 1.50, 6 Paar Inhalt Dose	80 Pf.

Kakao, Schokolade

Deutscher Kakao	Pfund 65, 90 Pf.
Holländ. Kakao	Pfund 1.50, 2.00
Haushalt-Schokol.	Pfund 68, 78 Pf.
Vanille-Schokolade	Pfund 1.15, 1.25

Tee

Suchong-Melange				
I	II	III	IV	V
Pfd. 1.90	2.30	2.80	3.40	4.20
Kongo-Melange				
	I	II		
	2.60	4.20		
Ceylon-Tee	Pfund 3.40			
Pecco-Melange	Pfund 4.80			
Darjeeling-Melange	Pfund 6.40			
Grus-Tee	Pfund 1.50			

Fische

Lebende Aländer	Pfund 65 Pf.
Lebende Hechte	Pfund 70 u. 98 Pf.
Lebende Aale	Pfd. 68, 85 Pf. 1.05
Lebende Schleie	Pfund 95 Pf. 1.20
Lebende Karpfen	Pfund 78 u. 85 Pf.
Makrelen	Stück 22 Pf.
Lachs 38 u. 50 Pf. Zander	Pfd. 43 Pf.
Scharbenzungen	Pfund 20 Pf.
Schollen	Pfund 25 Pf.
Steinbutte	Pfund 75 Pf.
Rotzungen	Pfund 30 Pf.
Heilbutte	Pfund 30 Pf.
Seelachs ohne Kopf in ganzen Fischen	Pfund 18 Pf.
Schellfisch	Pfund 18 u. 25 Pf.
Kabeljau mit Kopf in ganz. Fisch. 16, o. Kopf in g.z. Fisch. 20 Pf.	

Hirschwild und Wildschwein

Keule Pfd. 80, Rücken Pfd. 65, Blatt Pfd. 55, Ragout Pfd. 25 Pf.

Starke Hasen gestreift

Stück 3.25

Wilde Kaninchen gestreift

Stück 70, 80 Pf.

Reste

Damentuche schwarz und farbig per Meter von 3 Mark an
Kostümstoffe neueste engl. Muster per Meter von 2 Mark an
Seidenplüsch Vel du Nord 80 cm breit per Meter 4 Mark
Engl. Seal 120 cm breit per Meter 10 Mark
Astrachan 120-130 cm breit per Meter 5 Mark
Samt und Seide etc. etc. zu sehr billigen Preisen.
C. Pelz, Kottbuser Straße 5.

Ihre Kinder sind größer geworden aber wie schlafen sie?

Fördern Sie die weitere Entwicklung durch Jaekel's verwandelbare Patentbetten als Dauer- wie als Fremdenbett unentbehrlich u. 10000-fach erprobt. Sie erhalten auf Wunsch sofort gratis u. franko reich illust. 100seitigen Katalog Nr. 193.
R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik München Berlin
Dionysier 6 Markgrafenstr. 20.

Kaol

Kaol alleine, diese Macht, hat diesen Glanz hervorgebracht.

Beste flüssige Metall-Politur.

Überall zu haben in Flaschen von 10 Pf. an.
Fabrik: Lubzhuski u. Co., Berlin-Lichtenberg.

Möbel

liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Großer Total-Ausverkauf!

Wegen Auflösung unserer seit ca. 20 Jahren bestehenden Engrosfirma werden
Anzüge, Paletots, Ulster, Hosen etc.
welt unter Preis an jedermann schnellstens ausverkauft.
Da Lokal geräumt werden muß, nur wenige Tage!
J. Baum & Co., Neue Friedrichstr. 38/40, I. Etage. 1147/3

Berufskleidung

für jedes Gewerbe in solidester Qualität. Sehr billige Preise. Größte Auswahl.
Kaufhaus FR. HAHN Alexanderplatz Landsberger Straße 60/63.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Freitag, 13. Oktober 1911:

Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus, Vestfalia.
Deutsches Faust 1. Teil.
Haberland, Spezialitäten.
Zirkus Busch. Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.

Zirkus Schumann. 1000 Jahre auf dem Meeresgrund.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Tannenstraße 48/49.
Geheimnisse der beliebten Natur.
R. Oper- und Heltra.
Kammerspiele. Gaskin.
Neues Schauspielhaus. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Neues Operetten. Die moderne Eva.

Sessing. Glaube und Heimat.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Königgrätzer Straße. Spielereien einer Kaiserin.

Romische Oper. Die leuchtende Susanne.
Neues S. Operntheater. Geschlossen.

Entwickelhaus. Der Großfürst.
Schiller. O. Der Probenandbat.
Schiller. Charlottenburg. Der Geizige. Der eingebildete Kranke.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Der Leiermann und sein Pfleger.
Neues Volkstheater. Das Vermächtnis.

Berliner. Bummelstudenten.
Neues. Die Näherin.
Metropol. Die Nacht von Berlin.

Kleines. Papa.
Weichen. Die Dame in Rot.
Trianon. Mein Baby.

Thalia. Volnische Blüsch.
Suisen. Die Nacht der Liebe.
Kofe. Das Räthchen von Dellbronn.

Casino. Der selbige Holschinsky.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.

Wahner. Spezialitäten.
Königsplatz-Kasino. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Herrnfeld. Scherzoper.
Das Kind der Firma.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Road. Don Cesar.
Boites Caprice. Kobi Krach. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat einge-
schlagen!

Boigt. Die Kameliendame.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. Der Sittenapostel.
Intimes. You. — Liebesabenteuer.

Sternwarte. Invalidenstr. 67-69.
8 Uhr: Dr. Schwahn: Die Welt der Röntgenstrahlen.

Kaiser-Banorama. Neu: 2. Jyllus.
Konstantinopel. 3. Wanderungen am Gardasee.

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Probenkandidat.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Piarrer von Kirchfeld.

Sonntag, mittags 12 Uhr:
Kammersmusik u. Gesang.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Bummelstudenten.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Spielereien einer Kaiserin.

Neues Theater.
Anf. 8 Uhr. Gastspiel Hansi Niess:
Die Näherin.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Ein Wassertraum.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.

Schwank in 3 Akte v. Richard u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von
Volker-Baenders.

Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater.
Abendlich 8 1/2 Uhr:
Kopliki! Der Sittenapostel.

Sonnabend 8 1/2 Uhr: Die Räuber.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Maria Stuart.

Suisen-Theater.
Freitag und folgende Tage:
Die Macht der Liebe.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Meysel, Britton, Seidel,
Horst, Schröder, Schabert,
Grüning A. u. R. Schröder.

Anfang
montags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Kenntnis der Polarländer.
Eintritt für Ausstellungsgeh. 50 Pf.
Vorführungen:
Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.
Sonntags 12, 3, 4 1/2, 6, 7, 9 Uhr.
Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr.
Eintrittspreis 30 Pf.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr: **Geheimnisse der beliebten Natur.**
Invalidenstr. 57-62
Prof. Schwahn 8 Uhr:
Die Welt der Fixsterne.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 182.
Abends 8 Uhr:
Das Räthchen von Dellbronn.
Sonnabend 4 Uhr: Prinzessin Edeltraut.
8 Uhr: Richters Millionen.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Auf. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Schauspiel gestaltet.

Apollo Theater

8 1/2 Uhr:
10 sensationelle Novitäten.
Experimental-Psychologie
Leo Erichsen.
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel.
New Yorker Burlesque Gesellschaft
u. v.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener
Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Herrfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorberf. 11-12 Uhr (Theaterkasse).

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Madme. Sato, die japan. Mimi-
dramatikerin mit
ihrer Truppe i. ihr.
Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser in ihren
Putzi Cassani Parodien
und das
gr. Oktober-Progr.
14 Spezialitäten.

Castans Panoptikum.

Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
Entree 50 Pf.

Das Kind der Firma

mit Anton und Donat Herrfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorberf. 11-12 Uhr (Theaterkasse).

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Madme. Sato, die japan. Mimi-
dramatikerin mit
ihrer Truppe i. ihr.
Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser in ihren
Putzi Cassani Parodien
und das
gr. Oktober-Progr.
14 Spezialitäten.

Castans Panoptikum.

Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
Entree 50 Pf.

Das Kind der Firma

mit Anton und Donat Herrfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorberf. 11-12 Uhr (Theaterkasse).

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Madme. Sato, die japan. Mimi-
dramatikerin mit
ihrer Truppe i. ihr.
Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser in ihren
Putzi Cassani Parodien
und das
gr. Oktober-Progr.
14 Spezialitäten.

Castans Panoptikum.

Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
Entree 50 Pf.

Das Kind der Firma

mit Anton und Donat Herrfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorberf. 11-12 Uhr (Theaterkasse).

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Madme. Sato, die japan. Mimi-
dramatikerin mit
ihrer Truppe i. ihr.
Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser in ihren
Putzi Cassani Parodien
und das
gr. Oktober-Progr.
14 Spezialitäten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonnabend, den 14. Oktober, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110:

Kunstabend

(Internationale Weisen und Tänze)

Mitwirkende: Das Steiner-Rothstein-Ensemble. Herr Robert Wilke (Rezitation).
Anfang 8 1/2 Uhr :: Eintritt 50 Pf.

Nachdem: **Tanz.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt. **Das Komitee.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, den 14. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Charlottenburg, Rosinenstraße 3:

Heiterer Abend.

Mitwirkende:
Herr Fritz Richard (Deutsches Theater),
Frau Frida Richard (Lustspielhaus),
Fr. Marie Farescu (Operettensängerin),
Herr Johannes Fürst (Operettensänger).
Nach dem Konzert: **Tanz.**
Während d. Konzerts bleiben d. Saaltüren geschlossen
Rauchen verboten! 191/9

Sänger-Chor Südost

: Gau Berlin : M. d. D. A.-S.-B.
Chormeister: Otto Kowalski.

Heiterer Abend

in Hapoldts Konzertsaal, Hagenheide 32-35,
Eing. Gräfenstr., mit Mitwirk. d. hum. Ensembles Alf.
Bender, Berliner Künstler-Ensemble, Direktor Max Saebel.
Anfang präz. 9 Uhr. Billetts im Vorverkauf 40 Pf.,
an der Kasse 50 Pf. — Nachdem: **Großer Ball.**
Programme und Liedertexte am Saaleingang gratis.

SPORT PALAST

Potsdamer Str. 12

Allabendlich: **Hurra! Parade!** Gr. militärische Revue in 6 Bildern. **Sport-Attraktionen** I. Ranges. Sololäufer u. -Läuferinnen, Schnelllauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw.
Zirka 200 Mitwirkende.
3 Musik-Kapellen. — Feenhaftes Beleuchtung.

Grösster Eispalast der Welt!

CLOU

BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstraße 62 x Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppel-Konzert.
Musik. des Garde-Regt. z. Fuß **Graf.**
Oberm. **Jolly.**
Musik. des G.-F.-Artillerie-Reg. Oberm.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
b. freiem Entr. Heute: Musik. d. tagen nachm.: Gr. Promenaden-Konz. Elis.-G.-Regt. Oberm. Brinkmann.

Das Volkshaus Charlottenburg

Rosinenstraße 3
bietet Vereinen und Gesellschaften drei Säle,
vier Kegelbahnen;
insbesondere einen kleinen Saal mit Bühne
für Hochzeiten und Familien-Festlichkeiten.
Guter Mittagstisch inklusive Bier 70 Pfennig.
Oskar Schade, Oekonom.

PASSAGE :: ANOPTIKUM

Die wilden Leber!
Heul-Derwische
aus Ceylon
mit ihren fanatisch. Produktionen. **Merino, der lebende Amboß. A.G.A., die schwebende Jungfrau.**
Alles ohne Extra-Entree.

Kreuzberg-Festsäle.

SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Sänger.
anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Basspartout u. Vortzugs-
arten gütig.
Nach der Vorstellung:
Frei-Tanzfränschen.
Jeden Mittwoch:
Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr.
Für Vereine Sonnabende noch zu verg.

Zirkus A. Schumann.

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Keine Zirkus-Vorstellung sondern zum 1. Male: Die Orestie.
Aufführung d. Deutschen Theaters
Anfang 8 Uhr.
Morgen, Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Soirée High-Life
Auftreten sämtl. Spezialitäten und die große Feerie
1000 Jahre
auf dem **Meeresgrund**

Union-Theater

Direktion: Willi Grumer.
Heute: Letzter Tag
des dieswöchentlich glänzend.
Elite-Programms.
Morgen **Moritzplatz**
Hasenheide **Premiere**
Der **schwarze Traum**
Hauptdarstellerin:
Asta Nielsen.
Alexanderplatz
Unter d. Linden
Die neueste Kunstschopfung:
Frieda Hempel
singt ins Grammophon.
Ton und Bild
der gefeierten Künstlerin.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Kobi Krach.
Sunter Teil.
Nr. 14.

Volks-Theater.

Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 15./10.: **Raffles, Defektio-**
kombdie in 4 Akten von H. Sachse.
Montag, 16./10.: **Fra Diavolo,**
Bauerville in 3 Akten nach der gleichnamigen Oper von Huber.

Königstadt-Kasino.

Dolzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Erstklass. Spezialitäten
anf. wochent. 8, Sonntag 6 1/2 Uhr.
Ab Sonntag, 8. Oktober cr., be-
ginnen Familien-Nachmittags-Vor-
stellungen um 4 Uhr zu ermäßigten
Preisen. (Entree 20 Pf.)

Zirkus Busch

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Die größte und neueste Attraktion
aus U. Hagenbocks berühmtem
Tierpark Stellingen:
**Die beiden Menschen-
Affen „Max und Moritz“.**
4 orig. Perez 4.
Zum 1. Male auf d. Kontinent
Der Aeroplan im Zirkus!
Viola und Bro, Exzentrika —
Herr Ernst Schumann m. neuen
Freiheitsadressuren.
Um 9 1/2 Uhr zum 25. Male:
**Ein Jagdfest am Hofe
Ludwigs XIV.**

Boigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstraße 58.
Freitag, den 13. Oktober 1911:
Die Kameliendame.
Dram. Gemälde von A. Damas, Sohn
Kasseneröffnung 7, Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
Casino-Theater
Leibnizstr. 37. Täglich 8 Uhr
Abendlich der neue
Berliner Poffen-Schläger
Der selbige Holschinsky.
Sonntag 8 1/2 Uhr: **Papa Nitsche.**

Roads Theater.

Direktion: Robert Hill.
Berlin N., Brunnensstraße 16.
Don Cesar
od.: König und Strohenlängerin.
Schauspiel mit Gel. in 5 Akten von
H. Feibich.
Don Cesar: Dir. Rob. Hill
Anfang 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
für Schlittschuhläufer u. Zu-
schauer täglich ununter-
brochen ab 10 Uhr vorm.
geöffnet. Unterricht im
Schlittschuhlaufen.
Mittags von 12-2 Uhr:
Korso bei Musik.
Nachmittags:
Militär-Konzert
und
Produktionen v. Sololäufern.
Abends zum 200. Male:
Das grandiose Eisballett
Montreal.
Die kleine Charlotte
mit ihrer Novität
Der Lichtertanz
und die übrig. erstklass.
Kunstlaufproduktionen.
Restaurant I. Ranges.
Bis 6 Uhr u. nach 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.
Touren
zum Sonntag, den 15. Oktober.
1. bis 11. Rd.: 2 Uhr: **Wittenau**
(Oberhardt). Start: An den be-
kanntesten Stellen.

Wachtung!

Morgen, Sonnabend, 14. Oktober,
abends 8 Uhr, in der Neuen Welt:
Fröhlicher Sportabend.
Vorstellung über die Herstellung eines
Fahrrades (160 Mark).

Restauration von Schulz,

Johannisthal, befindet sich jetzt
Rixdorf, Ecke Rogat und
Zeilstraße.
Eröffnung Sonnabend.
Officiere in nur frischer, schöner Ware:
Nur ein Preis!
Fette **Gänse 0,68**
7-12 Pfund schwer. 112/20
Nur allererste Qualität
Gänserümpfe, halbe Gänse.
Reite Suppenbühnen, fr. Bratfahner.
K. Wegner, 50, Mariannenstr. 34.

Öffentliche politische Versammlungen.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 15. Oktober 1911, abends 6 1/2 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Wieleffstr. 24:

Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Rückblicke und Ausblicke auf die deutsche Kolonialpolitik. Referent: Redakteur Genosse Ernst Däumig. 2. Diskussion. 231/16*
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Der Einberufer. Heinrich Umlauf, Alt-Moabit 15.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Sport-Palast“, Potsdamer Str. 72/72a:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Berichterstattung über die Tarifverhandlungen.
Zu dieser Versammlung werden sämtliche tarifstreuen Gesellen hiermit eingeladen und um zahlreiches Erscheinen ersucht. 29/8
Albert Massini, Gesellenvertreter.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer. Achtung!

Sonntag, den 15. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Otto Hanke. 2. Endgültige Beschlussfassung über die in den Bezirken vorgelegene Tarifvorlage. 3. Verschiedenes. 140/11*
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Col I. Amt 3, 1909. Verwaltungsbüro Berlin: Charlottstr. 3. Hauptbüro: Col III. Amt 3, 1907.

Sonntag, den 15. Oktober er., vormittags 10 Uhr, in Dräsel's Festsaal (H. Saal), Neue Friedrichstr. 35:

Allgemeine Versammlung

sämtlicher in den Hefenschmieden Berlins u. Umgegend beschäft. Kollegen, Hefenschmiede, Mieter, Vorhalter usw.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hefenschmiede Berlins. 2. Diskussion.

Kollegen! Da in dieser Versammlung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen sämtlicher Betriebe gesprochen wird und besonders die bestehenden Mängel der verschiedenen Betriebe einer öffentlichen Kritik unterzogen werden sollen, ist das Erscheinen aller in Frage kommenden Kollegen notwendig. Wir ersuchen daher die Kollegen, zu dieser Versammlung eine rege Propaganda zu entfalten. Die Kollegen von Hr. Gebauer, Beustelstraße, Dr. Habrecht, Hauptstraße, Krupner, Weihensee, Sander, Tempelhof und Scheel u. Häbner, Alt-Stralau, sind hiermit besonders eingeladen.

Sonntag, den 15. Oktober er., vormittags 10 Uhr, im Lokal Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147:

Versammlung

aller in den Kuvertmaschinenfabriken beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:
1. Der Streit in der Kuvertmaschinenfabrik von Bruno Pahltsch, Gieselerstraße. 2. Diskussion.
Die Kollegen von den Firmen Deffman, Fischer und Eckert sind ganz besonders eingeladen.

Sonntag, den 15. Oktober er., abends 5 Uhr, im Lokal von Wolfschläger, Adalbertstr. 21:

Versammlung

aller in der Drohtindustrie beschäftigten Jaunaufsteller und Helfer (mit Frauen).

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Otto Hanke. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Die Kollegen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen. 124/8
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenanstalt):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Meine Leistungen sind erstklassig
Meine Reellität ist unantastbar
Meine Kulanz ist Tagesgespräch
Meine Auswahl ist vorbildlich
Meine Preise sind konkurrenzlos

Möbelmagazin

Otto Piehl

Berlin N.
Brunnenstrasse 120

Möbel!

Komplette Einrichtungen

schon von 230 Mark an

Schlafzimmer von 210 Mk. an
Herrenzimmer von 300 Mk. an
Speisezimmer von 400 Mk. an
Mod. Küchen von 45 Mk. an

Einzelne Möbel
billiger als überall.

Keine sogenannten Bazarware

Brautleuten
Vorzugsofferte

Kein Kredithaus — trotzdem kulant!
Teilzahlungen ohne Preisauflschlag!

Beachten Sie meine Schaufenster!

KL. GERTRAUDENSTR.
SCHARRENSTRASSE
PETRI PLAZ
GERTRAUDENSTRASSE

H. Esders & Dyckhoff

Berlin C, Gertraudenstr. 8, 9
Kl Gertraudenstr. 1-2, Scharrenstr. 18, an der Petrikirche

Grosses Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Kleidung

Damen-Schneider-Kleider und Mäntel
fertig und nach Mass

Ulster Anzüge

FAHRGEGELENHEIT UNTERGRUNDBAHN SPITTELMARKT
Straßenbahn: 3, 38, 47, 48, 58, 59, 62, 64, 65, 66, 67, 69, 71, 72, 74, 76, 78, 79, 99. Omnibus: 1, 3, 8

Unserem werthen Parteigenossen Ludwig Kaiser die besten Glückwünsche zum 70. Geburtstag. 10645
Die Genossen des 311. Bezirks.

Unserem Gruppenführer Franz Ludwig nebst Braut senden die besten Glückwünsche zu ihrer Vermählung. 2123
Die Genossen vom 12b. Bezirk.

Bekanntmachung.
Hierdurch geben wir bekannt, daß die Herren: Tischler Alfred Riebel zum 1. Vorsitzenden, Kaufmann Otto Köhler zum 2. Vorsitzenden, Kontrolleur Kurt Ludermann zum ersten Schriftführer wiedergewählt sind und der Kollege Karl Schäfer zum 2. Schriftführer neugewählt worden ist. Wilmerdorf-Berlin, den 12. Oktober 1911.
Der Vorstand der Gemeinnützigen Erbkranke-Kasse für Dr. Wilmerdorf und Umgegend. 279/6

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Stoffe
Damentuche, Eskimo, Str. 2.50, und 4.50 cm. Kammgarn, Cheviot, Str. 3.00, 4.50 u/a.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Steinarbeiter!
Erscheint Mann für Mann am Sonntag vormittag 10 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
Bekundet Euerer Stellung zur Einführung einer örtlichen Arbeitslosenunterstützung.
Agitiert für guten Besuch!
172/12* Zentralverband der Steinarbeiter. Erbkrankeverwaltung Berlin.

Feiner
Dänischer Kapitän-Kautabak
in Rollen, Bündel und Enden.
General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
Grüner Weg 110 (Amt VII, 2901).

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Meerstraße beim Alten Freund.

Liste derjenigen Fabrikanten, die den Lohnstarif der Zigarrenarbeiter von Groß-Berlin

betwilligt, sowie derjenigen Fabrikanten, die sich mit ihren Arbeitern im Einverständnis mit der Organisation geeinigt haben.

Parteilosen, Arbeiter, Interessenten, Raucher! Wer die Tabakarbeiter in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen gewillt ist, beziehe seine Waren von nachstehenden Zigarrenfabrikanten. Weht Solidarität!

- Offen. Otto Schirmer, Frankfurt Allee 7.
Südosten. Adolf Domann, Rauffstr. 7.
Norden. Emil Herforth, Rögner Str. 7.
Süd. Wilhelm Voerner, Ritterstr. 15.
Nordwesten. Richard Kiepert, Zwingstr. 29.
Zentrum. Karl Janda, Adlershof, Friedenstr. 16.
Vorort. Karl Janda, Adlershof, Friedenstr. 16.

Achtung, Raucher! Kauft nur in solchen Geschäften, wo sich unser grünes Plakat, unterzeichnet: Der Vertrauensmann. Alwin Schulze, Große Hamburger Straße 18/19 befindet.

Nachträglich eintreffende Bewilligungen werden den späteren Veröffentlichungen mit angefügt. - Plakate für Fabrikanten werden nur gegen Vorzeigung des unterzeichneten Tarifs im Bureau der Tabakarbeiter, Große Hamburger Str. 18/19, 2. Hof II, ausgehändigt.

Der Vertrauensmann. Al. Schulze, Große Hamburger Str. 18/19.

Verkäufe. Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, leicht bei Gelegenheitskäufen. Teppiche, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Möbel, etc.

Möbelangebot. Vortheilhafte Gelegenheitskäufe durch Verkauf ganzer Warenlager. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, etc.

Möbelangebot. Durch Verkauf größerer Posten Möbel verkaufen wir hübsche Wohn- und Schlafzimmer, etc.

Musikinstrumente. Mietpianos, elektrische Harmonikas, etc. Bilder. Diesen Monat direkte Fabrikpreise bei Bilder-Verkauf, etc.

Kaufgesuche. Platinsachen, Goldsachen, Silber, etc. Unterrichts. 60 Schreibmaschinen Schölich, etc.

Vermietungen. Großer Laden, passend für Restaurant, etc. Arbeitsmarkt. Wächterstelle, Kaufstelle, etc. Stellengesuche. Wächterstelle, Kaufstelle, etc.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Im vierten Kreis sieht und das Lokal „Fürstbergs Festale“, Frankfurter Allee 106, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In den Zentral-Festalen, Drantienstr. 180, hat der Besitzer gestrichelt. Jeyger-Inhaber ist Otto Lindstadt, das Lokal führt den Namen „Luisenstadt-Kasino“, und ist nach wie vor für die Arbeiterschaft frei.

T-B. Auf vielseitige Anfragen teilen wir mit, daß in Neue Mühle-Niederlehme die Lokale Post-Restaurant, Klubhaus und Nibel für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt sind.

Brig-Adow. Sonntag, den 15. Oktober, mittags 2 Uhr, findet in Adow auf dem Ackerlande des Herrn Grenzow, zwischen Rudow und Johannisdamer Chauffee, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt.

Niederlehme. Den Genossen zur Kenntnisnahme, daß die Mitgliederversammlungen jeden zweiten Sonnabend im Monat stattfinden, diesmal also am Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Jägerstr. 18, Inhaber Gustav Koch.

Königs-Wusterhausen, Wildau und Deutsch-Wusterhausen. Am Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Frau Wehborn: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen Scholz-Rigdorf vom Parteitag.

Lichtenrade. Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ruymann am Bahnhof, früher Peter: Gemeinsame Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag.

Reinickendorf-West. Am Sonnabend, den 14. Oktober, veranstaltet die Bildungsausschuss der Partei in den „Hübnerwäldchen“, Provinzstr. 77/79, einen Volksliederabend.

Groß-Schönebeck (Mark). Am Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet in Groß-Schönebeck auf dem Grundstück des Herrn A. Raab an der Liebenthaler Chauffee eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt.

Wahlisdorf (Dübahn). Am Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Adler, Grunowstraße statt.

Trebbin. Die öffentliche Versammlung am Sonnabend, den 14. Oktober findet nicht statt.

Berliner Nachrichten.

Oktober.

Die Eigenheiten des verflorenen Sommers haben auch im Herbst noch ihre Fortsetzung erhalten. Es ist an sich ein Herbst, der seinen Namen verdient, mit seinem Gemisch aus Sonnenschein, Wolfenbunzt und Regenschlägen.

Auf den Rasenplätzen der Anlagen erglühen noch immer die Beete von rotfunkelnden Pelargonien und Begonien, von den farbigen Stauden der Petunien und Chrysanthenen.

besiegen hilft. Auch die Möven zählen hierher, die über den Gewässern des Grunewaldes kreisen und sich vielleicht bald auch in Berlin heimischer als bisher machen werden.

Wir gehen mit raschen Schritten dem Winter entgegen und wissen nicht, was er unter seinem weißen Gewande uns entthüllen wird.

Im Märkischen Museum wird jetzt eine Sammlung älterer Ansichten märkischer Städte, Dörfer, Schlösser und Landschaften neu ausgestellt. Die Blätter gehören der Zeit vom Ende des sechzehnten Jahrhunderts bis zur Mitte des neunzehnten an.

Die Pflichtfortbildungsschulen Berlins.

haben im letzten Schuljahr eine geringere Mehrung der Schüler als im vorletzten gehabt. Der von der Fortbildungsschuldeputation erhaltene Jahresbericht über das Schuljahr 1910/11, den jetzt der Magistrat veröffentlicht hat, gibt die Schülerzahl für Sommer 1910 und für Winter 1910/11 auf 31 987 und 32 220 an.

In dem Jahresbericht über das Schuljahr 1909/10 war — ebenso, wie in dem über 1908/09 — hingewiesen worden auf die Beeinträchtigung der Fortbildungsschulfrequenz durch den wirtschaftlichen Niedergang, der die Zahl der in Handel und Gewerbe beschäftigten Personen eingeschränkt habe.

An der möglichen Zunahme der Gesamtschülerzahl aus 1910/11 sind die drei Stufen ungefähr gleich beteiligt. Vom Winter 1909/10 bis zum Winter 1910/11 mehrten sich die Schüler, wie schon angegeben, im ganzen um nur 716 bis auf 32 220, im besonderen für die Unterstufe um 283 bis auf 12 633, für die Mittelstufe um 231 bis auf 11 024, für die Oberstufe um 202 bis auf 8 363.

Ueber die Unterrichtsfolge sagt der Bericht, daß sie bei dem Fortwirken der in früheren Berichten geschilderten Einflüsse auch jetzt noch nicht gleichmäßig seien. Die Erfolge werden nicht nur durch die häufigen Umstellungen beeinträchtigt, die aus Umlagen oder Arbeitswechsel sich ergeben.

Die Statistik des Schulbesuches, der wir im vorigen Jahresbericht zum ersten Mal begegneten, ist in dem Bericht über 1910/11 weitergeführt worden. Das Ergebnis ist diesmal etwas günstiger: die Besuchsziffer war im Sommer 88,6 Proz., im Winter 87,2 Proz. der Schülerzahl.

Kinderarbeit — „zum Vergnügen“!

Das Kinderschutzgesetz hat die Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder leider nicht vollständig verboten, sondern nur ein-

geschränkt. Aber selbst die wahrlich nicht zu engen Grenzen, die der Kinderausnutzung durch dieses Gesetz gezogen worden sind, werden noch lange nicht immer respektiert.

Ein Fall von Kinderarbeit, der besondere Beachtung verdient, ist in Tegel durch die Kinderschutzkommission festgestellt worden. An ihm fällt die lange Dauer der Arbeitszeit, die dem beschäftigten Kinde zugemutet wurde, sowie die eigenartige Meinung, die der Lehrer des Kindes über die vermeintliche Zulässigkeit dieser Beschäftigung geäußert haben soll.

Seiner erste Knabe hat auf die Spazierfahrten verzichten müssen, weil seine Mutter auf Betreiben einer Verwandten sie ihm nicht mehr gestattet. Den Eltern seines Nachfolgers hat eine Kontrollleurin der Kinderschutzkommission denselben Rat gegeben, doch hat sie hier ebenso, wie bei dem Arbeitgeber, sich eine Juristenausschließung geholt.

Die Errichtung eines Obdach für Jugendliche

Ist von einem zu diesem Zwecke gegründeten Verein geplant. Dieser Verein ist an den Magistrat herangetreten um Unterstützung der Gründung. In einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung empfahl der Magistrat finanzielle Beihilfe.

Vermehrung der Mängelmesser. Den minder bemittelten Bevölkerungsschichten, namentlich den kleinen Gewerbetreibenden ist der Bezug an Leuchtgas von den städtischen Gasanstalten durch Einführung der Automatismesser wesentlich erleichtert worden.

Siemens u. Halske gegen Schöneberg. Vor dem Landgericht Berlin II ist soeben ein Willkürprozeß der Firma Siemens u. Halske gegen die Stadtgemeinde Schöneberg zugunsten der letzteren entschieden worden.

Die Stadt Schöneberg hatte bei den Bergmannschen Elektrizitätswerken sechs Motortwagen für ihre Schnellbahn in Auftrag

gegeben, während die Firma Siemens u. Halske die Übertragung dieser Lieferung mit der Begründung beanspruchte, daß sie gemäß des Untergrundbahn-Bauvertrages alle während der Dauer der Konzession (90 Jahre) erforderlichen Nachlieferungen zu stellen müßten. Der Schöneberger Magistrat lehnt diese Forderung jedoch ab, worauf die Firma Siemens u. Halske die Klage anstrengte. Das Landgericht II hat nun aber nach eingehender mündlicher Verhandlung die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Diese Entscheidung ist, falls sie rechtskräftig wird, für die Stadtgemeinde Schöneberg von großer Wichtigkeit, weil sie es ermöglicht, daß die Stadt die künftig notwendig werdenden Nachlieferungen für die Untergrundbahn beliebigen Firmen übertragen kann und nicht gezwungen ist, die von der Firma Siemens u. Halske festgesetzten Preise zu zahlen. Durch die Übertragung der Bestellung der sechs Waggonen bei den Bergmann-Elektrizitätswerken soll eine Ersparnis von circa 100 000 M. erzielt werden sein. — Die einstweilige Verfügung, durch welche den Vertretern resp. Beauftragten der Stadtgemeinde Schöneberg das ihr von der Firma Siemens u. Halske bestrittene Recht zum Betreiben der Anlagen der Untergrundbahn zuerkannt wird, ist inzwischen vor dem Kammergericht bestätigt worden und hat die Rechtskraft erlangt.

Auf dem Alexanderplatz sind nunmehr die Arbeiten zur Fortführung der Untergrundbahn endlich in Angriff genommen worden. Es werden jetzt die eisernen Träger an den Strahlenzügen eingetrammt, wofür sich komplizierte Gleisanlagen der Straßenbahn befinden. Diese Arbeiten können daher nur in der kurzen Betriebspause vorgenommen werden. Die umfangreichen Fundamentarbeiten für die Unterführung des Gebäudes in der Kaiser-Wilhelm-Straße werden nächste Monats fertiggestellt sein, danach kann die fehlende Zwischentrecke durch die Mühlstraße aus dem Alexanderplatz in Angriff genommen werden. In der Schönehauser Allee sind die Mauerpfeiler für die Hochbahnstrecke errichtet worden, gegenwärtig ist man dabei, die Werkstücke, welche aus Wänschelburger Sandstein bestehen, an den Straßenunterführungen zu versetzen. Demnächst soll mit der Montage der Brückenabakus begonnen werden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Mittwoch gegen 10 Uhr abends in der Oranienstr. ereignet. Dort fuhr vor dem Hause Nr. 61 der 24jährige Schlosser Karl Rosenstock, als er einem Fußtritt ausweichen wollte, mit seinem Fuhrwerk gegen den entgegengekehrten Richtung kommenden Motorwagen 1311 der Straßenbahnlinie 18. Er wurde umgestoßen und stürzte in weitem Bogen auf das Straßenpflaster, wo er blutüberströmt und bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Kommandantenstraße gebracht, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde. Nach Anlegung von Rotverbänden wurde er in sehr bedenklichem Zustande nach dem Urban-Krankenhaus übergeführt.

Wie Katholiken Proselyten machen. Ein 17jähriges Mädchen, Amanda Försterling, wurde am Mittwoch auf Veranlassung ihrer evangelischen Eltern und auf eine Verfügung des Landgerichts III aus dem katholischen Schwesterheim in Pantow durch einen Gerichtsbescheid abgeholt und dem Rechtsbeistand der Eltern übergeben. Wegen der beteiligten Personen ist wegen Entziehung einer Minderjährigen beim Staatsanwalt Anzeige erstattet. Zu dem Vorfall wird folgendes berichtet: Amanda Försterling gewann im Frühling dieses Jahres enge Fühlung zu katholischen Familien, besuchte täglich die katholischen Andachten und verließ schließlich nach einem Streit mit ihrer Mutter heimlich das elterliche Haus, trat bedingungsweise zum katholischen Glauben über und wurde später von dem Kurat der katholischen Kirche in Pantow in das Heim der „Frauen Schwestern“ gebracht. Da die Eltern erfuhrten, daß ihr Kind in den nächsten Tagen als Nonne in ein französisches Kloster eintreten wollte, wandten sie sich um Hilfe an den Evangelischen Bund und durch diesen an einen Rechtsanwalt, der beim Landgericht III den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung stellte, das Kind an die Eltern herauszugeben. Dies ist gestern geschehen. Wie wir hören, sind eine Anzahl Vernehmungen vorgenommen worden; doch werden die Ermittlungen wohl zu keinem Erfolg der Strafanzeige führen, da das Mädchen zugibt, freiwillig das Bekenntnis gewechselt zu haben und auch ohne Zwang in der Anstalt verblieben wäre.

In der Futterdiebstahl-Affäre wurden gestern die beiden Oberstreiber Otto und Paul Heinrich, die bei der Kommissionsfirma Siebert u. Stinzel beschäftigt waren, auf dem Viehhof durch die Kriminalpolizei verhaftet. Wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ erzählt, haben die Brüder Heinrich in 17 Monaten den Händlern 86 000 M. mehr Futter berechnet, als sie von der städtischen Verkaufsstelle auf dem Viehhof entnommen hatten.

Bestrafener Schuhmann. Nachmittags einbrecher, die in der letzten Zeit den Nordosten der Stadt, besonders das Gebiet an der Bankower Grenze unsicher machen, suchten am vergangenen Sonntag dort auch einen Schuhmann heim, der ein Haus verwaltet. Während der Beamte im Dienst und seine Frau zu Besuch bei einer Nachbarin war, drangen die Einbrecher zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags in die Wohnung ein und erbeuteten 2200 M. Werten, die der Verwalter eingezogen, aber noch nicht an den Hauswirt abgeliefert hatte. Verdächtig sind zwei Männer von 25 bis 30 Jahren, von denen der eine mittelgroß und der andere etwas kleiner ist. Der größere, der einen blonden Schnurrbart hat, trug einen Kneifer ohne Einfassung. Der kleinere hat schwarzes Haar und einen starken hochgebürsteten schwarzen Schnurrbart.

Zwei Opfer hat jetzt ein Brandunglück gefordert, über das wir vor drei Wochen aus der Auguststr. 41 berichteten. Dort hatte die 16 Jahre alte Verkäuferin Margarethe Wiesow das Unglück, den Spiritusbrenner umzustößen, als sie sich das Haar brannte. Ihre leichte Kleidung fing Feuer, und sie fand bald in hellen Flammen. Die Pflegerinnen des Mädchens, den 52 Jahre alte Förster Friedrich Kretzsch und seine Frau, eilten auf das Hilfeschrei herbei und versuchten die Flammen mit den Händen auszudrücken. Aber erst Nachbarn gelang es, durch Heberwerfen von Kleidungsstücken das Feuer zu erlöchen. Fräulein Wiesow und ihre Pflegerinnen wurden nach dem jüdischen Krankenhaus gebracht. Die Pflegerinnen wurden wieder nach der Wohnung entlassen, nachdem sie verbunden worden waren. Drei Tage später verschlechterte sich der Zustand des Mannes so, daß er das Krankenhaus wieder aufsuchen und jetzt auch dableiben mußte. Das Mädchen farb am vergangenen Sonntag. Während es gestern nachmittag auf dem

Friedhof der Bartholomäusgemeinde an der Falkenberger Chaussee zu Weizensee beerdigt wurde, verschied im Krankenhaus auch der Pfleger. Frau Kretzsch ist zu Hause noch in ärztlicher Behandlung, aber auf dem Wege der Besserung.

Der erste Unglücksfall ereignete sich am Donnerstagnachmittag auf dem neuen Elektrizitätswerk, das die Firma Siemens u. Halske in Ansbach errichtet hat. Zwei Schlosser waren in einer Höhe von acht Metern mit dem Vernieten eines Eisengerüsts beschäftigt. Plötzlich brach ein eiserner Haken des Brettergerüsts, auf dem die Leute standen. Während der eine sich noch rechtzeitig festklammern konnte, stürzte der zweite kopfüber in die Tiefe. In einem Krankenwagen wurde der Schwerverletzte nach dem Krankenhaus Bestend geschafft, wo die Ärzte schwere innere Verletzungen feststellten, die zwar nicht lebensgefährlich sind, jedoch ein dauerndes Siechtum des Mannes nach sich ziehen werden.

An Unterwerfung gestorben ist der 54 Jahre alte Gastwirt Anton Jaenede aus der Rosenthaler Str. 24, ein in seinem Viertel bekannter Mann. Jaenede, der früher in Ober-Schöneberg ein Geschäft betrieb, öffnete in der vergangenen Woche eine Selterswasserflasche, die hierbei in seinen Händen zerbrach. Eine Verletzung am rechten Zeigefinger, die er sich zuzog, beachtete er nicht weiter, weil sie ganz unbedeutend zu sein schien. Aber schon am anderen Tage schwellte der rechte Arm an. Der Mann wurde jetzt nach der Charité gebracht, aber es war schon zu spät. Die Unterwerfung war soweit vorgeschritten, daß man ihn den Arm abnehmen mußte. Der Verunglückte überlebte jedoch die Operation nicht mehr.

Für 6000 M. Waren erbeuteten Einbrecher gestern früh auf dem Grundstück Sprengelstr. 16 in dem Posamentiergeschäft von Letteborn, dessen Inhaber in der Torfstraße wohnt. Sie kanelten die Haustür auf, bohrten mit einem Zentrumböhrer aus der Kabinen für das Feuer des Schloß heraus und verschafften sich so Eingang in die Geschäftsräume. Mit Sachkenntnis suchten sie für 6000 M. Stoffe und Wäsche aus, luden ihre Beute auf einen Einspanner, den sie mitgebracht hatten, und zogen unbehindert davon. Eine Zeitungsauslegerin sah die Herbe bei der Arbeit, ließ sie aber gewähren, weil sie glaubte, daß das Geschäft umziehe. Schon vor einem Jahre wurden Letteborn, der damals noch nicht verheiratet war, einmal für 2000 M. Waren gestohlen.

Das Postexpedition teilt mit Bezug auf eine gestrige, auch von uns gebrachte Zeitungsnachricht über Verlesung eines Mädchens durch einen Hund mit, daß es sich lediglich um eine unbedeutende Haut- bezw. Fleischwunde an der rechten Wade handelt.

Selbstmord verübt hat der 60 Jahre alte Lohgerber Fridtjof Kieselbach aus der Pankstraße 72. Kieselbach, der als Junggeheile bei einer Witwe in der Pankstraße in Schloßstraße wohnte, war seit zwanzig Jahren in einer Gerberei in der Prinzenallee beschäftigt. Am vergangenen Montag fiel er drei Stufen einer Treppe hinab und zog sich dabei eine Beinverletzung zu, die ihn zwingt, in ärztlicher Behandlung zu Hause zu bleiben. Jetzt bildete er sich ein, daß das Leiden nicht heilen werde, daß er deshalb dauernd arbeitsunfähig bleiben und verhungern müsse. Als er gestern nicht zum Vorschein kam und nicht öffnete, stieg man durch das Fenster in seine Stube ein und fand ihn jetzt tot an dem Körperstücken hängen.

Als Leiche wurde vorgestern aus dem Spandauer Schiffahrtskanal am Elisabethspeicher in der Kieler Straße ein Mann gelandet, der gestern als der 41 Jahre alte Reimer Adolf Kribgensky aus der Schlegelstr. 28 festgestellt werden konnte. Kribgensky, der kinderlos verheiratet ist, verließ vor acht Tagen seine Wohnung unter dem Vorwand, seine Arbeitsstelle in der Robalstraße aufsuchen zu wollen. Dort erschien er auch, ging aber wieder sogleich fort, da er an dem Tage dienstfrei war. Abends gegen 10 Uhr ist er denn noch von Bekannten in der Friedrichstraße gesehen worden. Seitdem aber nicht mehr. Bei der Leiche fand man noch alle Schmuckstücke, so daß nur ein Unglücksfall oder ein Selbstmord vorliegen kann. Für letzteren sollen jedoch keine Gründe vorgelegt haben. Kribgensky war in seinen Kreisen allgemein beliebt und unter dem Namen „der lustige Adolf“ bekannt.

Der Männerchor Noabit veranstaltet am morgigen Sonnabend, den 14. Oktober im Stadttheater Noabit sein zweites Stiftungsfest, zu dem er vor allem die parteigenösslichen Freunde einladet. Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater hat seine Mitwirkung zugesagt.

Der vermifchte Regensturm hat sich angefunken und ist in unserer juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 69 IV, abzuholen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

In der letzten Sitzung der Grundeigentumsdeputation gelangte eine Reihe von Erweiterungs- und Verwertungsprojekten für den städtischen Grundbesitz zur Erörterung. — Es wurde ferner beschlossen, wegen Freilegung des südlichen Teiles des Richardplatzes in weitere Verhandlungen einzutreten. — Der Vorsitzende machte die Mitteilung, daß die Verkaufsverhandlungen mit dem Reichsbankdirektorium zum Abschluß gekommen sind und daß demnächst mit dem Neubau auf der an die Badeanstalt angrenzenden Parzelle an der neuen Straße zwischen Richard- und Donaustraße begonnen werden wird. — Die Wachen für die Landkolonie am Mariendorfer Wege sollen veranschaulicht in Halbjahresraten eingezogen werden. Den Kolonisten werden Spielplätze daselbst mientiglich überlassen. Soweit bei ihnen der Wunsch besteht, die Wasser-versorgung der Kolonie in eigener Regie zu betreiben, soll diesem Wunsche entsprochen werden. Die Gewährung einer Entschädigung bei vorzeitiger Räumung von Parzellen wird abgelehnt, jedoch sollen die Bauämter ersucht werden, ihre Projekte so rechtzeitig der Grundeigentumsverwaltung mitzuteilen, daß eine Räumung von Parzellen nicht innerhalb des Bestellungsjahres zu erfolgen braucht.

Steglitz.

Angesichts der angeforderten Stadtvermehrung von Steglitz ist es dringend erforderlich für jeden Arbeiter, der nicht die preussische Staatsangehörigkeit besitzt, diese zu erwerben. Nach der Städteordnung steht nur demjenigen das Wahlrecht zu, der die preussische Staatsangehörigkeit besitzt, während nach der Landgemeindeordnung auch für Nichtpreußen nur der einjährige Aufenthalt in der Gemeinde erforderlich ist. Jeder Arbeiter sollte deshalb Vorbeuge-

treffen, daß er nicht das Wahlrecht verliert. Die Erwerbung der preussischen Staatsangehörigkeit ist nur mit geringen Ausgaben für Porto und Stempel zur Beschaffung der erforderlichen Ausweis-papiere verbunden. Auskünfte über die einzuleitenden Schritte zur Erlangung der Staatsangehörigkeit erteilen die Genossen Gustav Ahmann, Döppelstr. 7, und Georg Winkelman, Althoffstr. 11.

Pankwitz.

Aus der Gemeindevertretung. Die Erhebung von Beiträgen für den verbesserten Ausbau der Viktoria, Cornelius, Siemens- und Gärtnerstraße rief eine längere Debatte hervor. Die Straßen haben insgesamt 280 000 M. Kosten verursacht. Die Anlieger können bis zu fünf Sechstel der Kosten herangezogen werden. Beschlossen wurde, von den Anliegern der Cornelius- und Viktoriastraße, welche im Jahre 1891 15 M. für den Frontmeter Straßenpflaster bezahlt haben, sieben Zwölftel der Kosten, gleich einem Betrage von 40,04 M. für den Frontmeter zu erheben. In der Siemensstraße sind von den Anliegern im Jahre 1893 18,50 M. erhoben worden, jetzt sollen sie zwei Drittel der Kosten, gleich 42,84 M. pro Frontmeter entrichten. In der Gärtnerstraße, wo bisher noch keine Straßenbaukosten gezahlt wurden, sind fünf Sechstel der Kosten, gleich 65,20 M. pro Meter zu entrichten. Der Gemeindevorsteher wurde ermächtigt, zur Dedung der Kosten eine Anleihe von 280 000 M. aufzunehmen. — Ein Antrag auf Maßnahmen gegen die Verteuerung der Lebensmittel, welcher vom Genossen Rabitz gestellt worden war, rief eine längere Debatte hervor. Daß eine Verteuerung vorhanden ist, wurde allgemein zugegeben, jedoch lehnte die Mehrheit den ersten Teil des Antrages, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, ab. Im übrigen wurde zur Verteuerung des Notstandes von Gemeindegewerke eine siebenköpfige Kommission gewählt, der auch Genosse Rabitz angehört. Ein Antrag des Gemeindevorsetzers Teuritz, den Ortsarmen eine einmalige Unterstützung von 20 M. und einen Zuschuß zur Unterstützung von monatlich 5 M. zu gewähren, wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt. Man befürchtete, die Armen könnten mit dem Gelde nicht haushalten. Von 7 bürgerlichen Vertretern war ein Antrag auf Einführung eines kollegialischen Gemeindevorstandes und die Vermehrung der Vertretung um einen Schöffen und drei Gemeindevorsteher gestellt. Gegen die Einführung eines kollegialen Gemeindevorstandes hatte der Gemeindevorsteher nichts einzuwenden. Der Antrag wurde mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen. Anders kam es jedoch bei der Vermehrung der Gemeindevertretung. Der Antrag wurde vom Gemeindevorsteher Wulff begründet. Gemeindevorsteher Teuritz, welcher den Antrag befürwortete, betonte, dem Antragsteller sei es anscheinend nicht darum zu tun, die Gemeindevertretung zu vermehren, sondern er rechne nur vielleicht darauf, auf diese Weise den Schöffenposten zu erhalten, da er bei den im März stattfindenden Neuwahlen bei den Wählern der dritten Klasse auf eine Wiederwahl nicht rechnen könne. Der Gemeindevorsteher wollte die Sache einer Kommission überweisen, was jedoch abgelehnt wurde. Bei der Abstimmung stimmte Gemeindevorsteher Hildebrandt, der den Antrag mit unterschrieben hatte, gegen denselben, so daß derselbe mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. — Dem Erlaß einer Polizeiverordnung wegen Einführung des Reihenhausbaues wurde zugestimmt. Zur Entsendung von drei Mitgliedern der Gesundheitskommission und 3 Mitgliedern des Bauausschusses zur Besichtigung der Hygieneausstellung in Dresden wurden die Kosten bewilligt.

Potsdam.

Können die Gehaltszulagen nachträglich zur Kommunalsteuer herangezogen werden? Bekanntlich hatten die Beamten 1909 eine Gehaltssteigerung erhalten, die ihnen auch für 1908 mit nachgezahlt wurde. Wie verschiedene Gemeinden so hat auch Potsdam nun 1910 die Nachzahlung für 1908 mit zur Gemeindesteuer herangezogen (bei der staatlichen Steuer war dies auf Grund einer Verfügung des Finanzministers nicht geschehen). Einige Beamte haben deshalb beim Bezirksauschuss Klage erhoben, während eine größere Anzahl Beamter sich an den Magistrat um Verteilung von der Verteuerung ihrer Nachzahlung wandten, weil sie dieselbe für ungerechtfertigt hielten. Der Magistrat hatte den letzteren geantwortet, daß er die Einziehung der Steuer bis zur Verwaltungsgerichtlichen Entscheidung aufsetzen werde. Nachdem dann der Bezirksauschuss zugunsten des Magistrats entschieden hatte, wurde den betreffenden Beamten mitgeteilt, daß die Steuer nunmehr eingezogen werden müsse. Später lag ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vor, nach welchem die Verteuerung der Nachzahlungen für 1908 unzulässig ist. Ein Postbeamter, der seinerzeit auch den Magistrat um Verteilung von dieser Steuer ersucht hatte, hat nun von dem späteren Urteil des Oberverwaltungsgerichts Kenntnis erhalten und den Magistrat ersucht, ihm die Steuer zurückzuführen. Weil der Magistrat das Gesuch abgelehnt hat, ersucht er die Stadtverordneten um Beschließung über Zurückzahlung der von ihm gezahlten Steuer. Begründend führt er an, daß er damals aus dem Schreiben des Magistrats gelesen habe, daß nicht nur der Bezirksauschuss, sondern auch das Oberverwaltungsgericht entschieden habe und das hätten auch die anderen Beamten angenommen, sonst hätten sie es nicht bei dem magistratlichen Bescheide belassen. Ein Teil der Stadtverordneten war der Ansicht, daß hier der Magistrat nicht ganz korrekt verfahren sei, er hätte bei der fraglichen Antwort deutlich erklären müssen, daß auf Grund der Entscheidung des Bezirksauschusses die Steuer eingezogen werde. Wenn auch das formelle Recht auf seiner Seite sei, indem die betreffenden Beamten nicht rechtzeitig gegen diesen Magistratsbescheid Klage erhoben hätten, so wären doch die Beamten im materiellen Rechte, weil nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts die Verteuerung der Nachzahlungen unzulässig sei und die Beamten bei dem Bescheide des Magistrats der Ansicht sein müßten, daß bereits das höchste Gericht zu ihren Ungunsten entschieden habe. Der Magistrat ließ alle die Entwendungen nicht gelten, die Beamten hätten die Einspruchsfrist veräußert und könnten deshalb nichts zurückverlangen. Wenn sie irrtümlicherweise angenommen hätten, mit den verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen sei eine Entscheidung bis zum höchsten Gericht gemeint gewesen, so sei das ihre Schuld, sie hätten sich dann eben erkundigen müssen. Die Versammlung lehnte mit großer Majorität den Anspruch der Beamten auf Zurückzahlung der zuviel gezahlten Steuer ab.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Sonntag, den 15. Oktober: Kartoffel- und Hertingspartie nach Erster Restaurant zur Post. Abmarsch um 7½ Uhr vom Jugendheim, Wilhelmstr. 74.

Sunlicht Seife

10 & 25
Pfennig

Wundervoll!

Sunlicht Seife Wäschewohl!
Sunlicht Seife wundervoll!
Sunlicht Seife wirkt brillant!
Sunlicht Seife weltbekannt!